G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Die Stunde der Wahrheit

Wie Reagan und Bush sich den Atomkrieg vorstellen
Ein alarmierendes Buch aus den USA

Konrad Ege
Schlachtfeld Europa

Jörg Huffschmid
Zu den Schwerpunkten der Haushaltspolitik nach dem Regierungswechsel

Martin Kutscha
Konservative Ideologien für die Krise

Walter Kreck
Streit um den Frieden in der Kirche

Entwurf eines Hirtenbriefs der Katholischen Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden (Auszüge)

12'82

Dezember 1982 Einzelheft 6,50 Im Abonnement 4,75 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,25 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1982

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1982 1409

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die Stunde der Wahrheit ..... *Karl D. Bredthauer* 1412

Volksbefragung zur Stationierung? ..... *Werner Holtfort, Wolfgang Däubler* 1415

Zum Verhältnis zwischen Pakistan und Afghanistan ..... *Jean-Pierre Rouleux* 1420

HAUPTAUFSÄTZE

Wie Reagan und Bush sich den Atomkrieg vorstellen
Ein alarmierendes Buch aus den USA 1423

Schlachtfeld Europa
Die neue amerikanische Heeresdoktrin ..... *Konrad Ege* 1438

Die USA nach den November-Wahlen
Erfolge für „Freeze", aber noch keine Wende
..... *Bernd Greiner und Rainer Rilling* 1447

Sparen, Umverteilen, Rüsten
Zu den Schwerpunkten der Haushaltspolitik nach dem Regierungswechsel ..... *Jörg Huffschmid* 1458

„Gemeinsinn" und „Opferbereitschaft"
Konservative Ideologien für die Krise ..... *Martin Kutscha* 1471

Streit um den Frieden in der Kirche ..... *Walter Kreck* 1481

Diskussionen in Moskau
Bericht über ein deutsch-sowjetisches Rundtischgespräch ..... *Karl D. Bredthauer* 1496

MEDIENKRITIK

Sensibler Protest ..... *Günter Giesenfeld* 1518

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort. Entwurf eines Hirtenbriefs der Katholischen Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden (Auszüge) 1519

Jahresregister 1982 ..... I–XIII

Die Stunde der Wahrheit

Über drei Jahre sind jetzt seit dem „Doppelbeschluß" der NATO vom 12. Dezember 1979 vergangen; wir stehen an der Schwelle des Jahres 1983, in dem nach diesem Beschluß die Stationierung der neuen US-Atomraketen in Westeuropa beginnen soll; die Vorarbeiten für die neuen Basen haben allenthalben begonnen . . . Und in Bonn amtiert eine neue Regierung, die das alte Doppelspiel mit dem sogenannten Doppelbeschluß eisern weiterzuspielen versucht, ja, die sogar glaubt, einen „Raketenwahlkampf" gewinnen zu können, und der neuen Opposition süffisant mitteilt, sie werde „dann auch daran erinnern, daß es zu den Verdiensten einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und eines sozialdemokratischen Kanzlers gehört, den Beschluß gefordert und im Bündnis durchgesetzt zu haben." (Kohls Regierungserklärung v. 13. 10. 1982)

Dabei ist die Katze doch längst aus dem Sack. Spätestens, seit der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Jürgen Brandt, sich persönlich die Mühe gemacht hat, das Bundeskabinett aufzuklären: Es geht „nicht darum, etwa dem Waffensystem SS-20 entsprechende Waffensysteme des Westens entgegenzusetzen", stellte der General unmißverständlich fest. (Am 31. März 1982, zit. nach: „Mediatus", Starnberg, 5. Mai 1982) Aber worum geht es dann? General Brandt spricht von neuen „Optionen" für die NATO. Mit anderen Worten: Es geht nicht darum, daß die Sowjetunion, etwa mit ihren SS-20, das „Gleichgewicht" in Europa zerstört hätte, sondern es geht darum, daß die USA eine neue Atomkriegsstrategie entwickelt haben, mit „neuen Optionen", und daß jetzt „die für Europa bestimmten Waffen dieser neuen Strategie" (Mechtersheimer) hermüssen – deren Stationierung auf deutschem Boden die Amerikaner schon sicher in der Tasche zu haben glaubten, als sie 1980, bezeichnenderweise *nach* dem NATO-Beschluß, mit der Präsidentendirektive 59 erstmals amtlich durchblicken ließen, worum es ihnen wirklich geht: um die Fähigkeit, einen Atomkrieg führen und auf Europa „begrenzen" zu können! Mittlerweile liegt das Kernstück der neuen Strategie offen auf dem Tisch, enthüllt von der „New York Times" am 30. Mai d.J., wenige Wochen nach General Brandts in Bonn offenbar spurlos gebliebenem Aufklärungsversuch: *„Grundlage der künftigen US-Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung,* d.h. Schläge gegen die politische und militärische Führung und gegen die Verbindungslinien der Sowjetunion." („Leitlinien-Dokument" des Pentagon, zit. nach dem Wortlaut in „Blätter", 8/1982, Hervorh. v. Verf.).

Das ist die neue „Option", um die es in Wirklichkeit geht: der aberwitzige Wunsch, fähig zu werden, die andere Weltmacht aus heiterem Himmel „enthaupten" und damit auf einen Schlag

„unschädlich" machen zu können. Kein Geringerer als der Sicherheitsberater Präsident Kennedys, McGeorge Bundy, hat schon im Oktober vergangenen Jahres offen durchblicken lassen, daß die Pershing-II-Raketen, die bezeichnenderweise ausschließlich auf dem Boden unseres Landes zur Stationierung kommen sollen, in Wahrheit Waffen für die „Enthauptung" der Sowjetunion sind: „In einer Rede warf dieser (Bundy) die Frage auf, ob die Dislozierung von ‚Pershing-II'-Raketen tatsächlich ein notwendiges Gegengewicht zur sowjetischen ‚SS 20' sei, weil diese Waffen von deutschem Boden aus Ziele in der Sowjetunion in fünf Minuten treffen könnten. ‚Das ist zu schnell . . . Wir würden es nicht schätzen, wenn der Vorwärts-Einsatz sowjetischer Unterseeboote eine ähnliche Bedrohung Washingtons hervorriefe. *Wir sollten nicht die ersten sein, die die Enthauptung einer großen gegnerischen Regierung um Haaresbreite messen.*" („Frankfurter Allgemeine Zeitung"/FAZ v. 22. 10. 1981, Hervorh. v. Verf.) Und wie reagierten die Politiker *unseres* Landes, auf dessen Risiko es hier ganz überwiegend gehen soll, wenn amerikanische Atomstrategen sich ihres Hauptgegenspielers gewaltsam entledigen wollen?!

Kein Wort bisher aus Bonn, beispielsweise dazu, daß einer der „Väter" der „Enthauptungs"-Strategie, Colin S. Gray (in dessen kaltschnäuziger Formulierung es darum geht, „dem sowjetischen Huhn den Kopf abzuschneiden", vgl. „Blätter", 9/1982), ebenfalls schon in diesem Frühjahr festgestellt hat: „Bei dem NATO-Plan, 108 Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper zu stationieren, *geht es nicht darum, ein Gleichgewicht* oder *ein Gegengewicht gegenüber der sowjetischen SS-20-Stationierung* (Hervorh. v. Verf.) zu schaffen . . . Die NATO braucht eine beträchtliche Anzahl dieser 572 Systeme (oder Entsprechendes), *gleichgültig ob* die sowjetische S-20-Stationierung auf Null reduziert wird *oder nicht.* (Hervorh. von Colin Gray! Vgl. den Wortlaut in: „Blätter", 10/1982) – Und Kohl versucht immer noch, die Blöße mit einem sogenannten „Verhandlungsteil" des NATO-Beschlusses zu verhüllen, demzufolge es allein an „den Sowjets" sei, den „Nachrüstungsteil", also die Stationierung der US-Raketen, „überflüssig" zu machen!

Abwarten, was die Verhandlungen bringen?! Solange Bonn nicht wahrhaben will, welch zynisches Spiel Washington wirklich spielt, und den Blankoscheck für die Atomkriegsstrategen des Pentagon, als welcher der sogenannte Doppelbeschluß sich in der Realität erwiesen hat, nicht endlich zurückzieht, werden die Verhandlungen nur als Rauchvorhang dienen, in dessen Schutz die Stationierung der Raketen vorschreitet. In Genf geht es dann nur darum, wer den „schwarzen Peter" für das Scheitern der Verhandlungen behält.

Staatssekretär Burt vom US-Außenministerium hat es am 15. September 1982 vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senats in einer Weise dargelegt, die eigentlich auf Flugblätter gedruckt und in alle Hausbriefkästen in unserem Land verteilt gehört: „Hätten wir nicht die Verhandlungen mit den Russen aufgenommen, wäre es unmöglich gewesen, die Verbündeten zur Stationierung von Raketen auf ihrem Territorium zu bewegen. Die Antiatomwaffenbewegung in Westeuropa wächst weiter an, und sie könnte den NATO-Beschluß vom Dezember 1979 über die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite in Gefahr bringen. Deshalb war es notwendig, bei den Verbündeten den Eindruck zu erwecken, daß wir ernsthaft Fortschritte bei der Begrenzung der nuklearen Rüstungen anstreben." (Vgl. FAZ v. 4. 11. 1982 und „Unsere Zeit" v. 4. 11. 1982) Bedarf dies noch eines Kommentars?

Natürlich sind solche Äußerungen, wie auch die von Gray, nicht für die Ohren der europäischen Öffentlichkeit gedacht – um so wichtiger, sie hier jetzt wirklich je-

dermann und jederfrau zu Gehör zu bringen. Es gibt mehr Gelegenheiten (und mehr Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung) dafür, als bisher genutzt werden konnten, bei Gesprächen im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz, an Informationsständen und bei Veranstaltungen, vor allem aber auch bei Hausbesuchen, beispielsweise im Rahmen der Kampagne für „atomwaffenfreie Zonen von unten", die jetzt in so vielen Städten, Gemeinden, Stadtvierteln und Straßen angelaufen ist. Was General Bastian schon im vergangenen Jahr auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg vorgezeichnet hat: Die Unterschriftensammlung gegen die Stationierung der neuen Atomraketen, innerhalb von 2 Jahren schon über drei Millionen, muß zu einer regelrechten Volksabstimmung werden! Schon jetzt zeigen ja die Dämme einer Argumentation, es sei verfassungsrechtlich unzulässig, das Volk, in einer derartigen Existenzfrage, selbst zu befragen, erste Risse.

Daß heute öffentlich über die Herbeiführung einer Volksbefragung in Sachen „Nachrüstung" nachgedacht wird, ist ein Erfolg, der die Friedensbewegung, alle Kritiker der „Nachrüstung", anspornen sollte, 1983 zu *ihrem* Jahr zu machen. Das Ziel, zu verhindern, daß die Stationierung 1983 wie beschlossen beginnt, ist erreichbar! Selbst wenn damit noch nicht die grundsätzliche Abkehr von der „Nachrüstung" und der grundsätzliche Kurswechsel in Richtung Atomwaffenfreiheit und Abrüstung in Ost und West durchgesetzt wäre, wäre lebenswichtige Zeit gewonnen. An der Seite der in den USA selbst rasch wachsenden „Freeze"-Bewegung (und unter Hinweis auf den, jetzt selbst von Springers „Welt" großzügig bestätigten, einseitigen Stationierungsstopp der Sowjetunion seit März 1982; vgl. „Die Welt" v. 29. 11. 1982, S. 1) sollte zumindest ein Moratorium erzwingbar sein, das *beide* Seiten verpflichtet, für die Dauer der Verhandlungen keine neuen Atomraketen in Europa zu stationieren. Die USA würden sich dann zu überlegen haben, ob sie es sich weiterhin leisten können, in Genf auf einer Position der Scheinverhandlungen zu beharren . . .

Ob es nun 1983 zu Bundestagswahlen kommt oder nicht: Keinem Abgeordneten, keinem Politiker, ganz gewiß nicht Helmut Kohl, der so vollmundig von Vaterland und Patriotismus spricht, darf in diesem Jahr die permanente Konfrontation mit der Frage erspart bleiben, ob er der nationalen Existenz, dem Überleben unseres Volkes, oder der Nibelungentreue zu einem unter falschen Voraussetzungen durchgepaukten Raketenbeschluß, einem „Plan Euroshima" der US-Atomkriegsstrategen, den Vorrang gibt. Was glauben Kohl, Wörner oder andere eigentlich, wie die Sowjetunion reagieren wird, wenn die Raketen, allen Warnungen zum Trotz, tatsächlich aufgestellt werden? Auf deutschem Boden, von dem schon einmal ein Krieg ausging, der zwar die „Enthauptung" und damit die „Liquidierung" der Sowjetunion verfehlte, diese aber über 20 Millionen Tote kostete. Glaubt man in Bonn wirklich, in Moskau werde dies vergessen? Nur weil so viele Deutsche es gern vergessen oder verdrängen wollen? Haben Kohl oder Wörner wohl bisher auch nur ein einzigesmal versucht, sich vorzustellen, wie die Verantwortlichen, Politiker und Generäle, in Moskau die drohende Veränderung der Lage in Europa sehen müssen? Von einer „umgekehrten" Kuba-Krise zu sprechen, wäre fast noch zu harmlos.

Die Stunde der Wahrheit rückt näher. Wenn die Friedensbewegung es schafft, die Wahrheit darüber, worum es bei der Stationierung der neuen US-Raketen in Wirklichkeit geht – um nicht weniger als um unsere Haut und um ganz Europa –, in jeden, wirklich jeden Haushalt der Bundesrepublik zu bringen, dann wird die Stunde der Wahrheit keine Stunde der „Nachrüstung", kein „Euroshima" sein.

Karl D. Bredthauer

Volksbefragung zur Stationierung?

Die „Nachrüstung" mit der für 1983 drohenden Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik läßt sich immer weniger als Sache der Regierenden dieses Landes verkaufen, zu der die betroffene Bevölkerung nichts zu sagen hätte. Der jüngst vom Bundesverfassungsrichter Helmut Simon während einer Tagung der Ev. Akademie in Bad Boll geäußerte Vorschlag, man solle zur Raketenstationierung eine „konsultative Volksbefragung" durchführen, bringt die Legitimationsdefizite von Regierung und Parlament deutlich zum Ausdruck. Aus dem aktuellen Anlaß der Initiative Helmut Simons veröffentlichen wir zwei Beiträge, die sich mit verfassungsrechtlichen und politischen Aspekten auseinandersetzen. Werner Holtfort, Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins, und Wolfgang Däubler, der vor kurzem das Gutachten zur Verfassungsbeschwerde des DGB Rheinland-Pfalz gegen die Lagerung von Giftgas miterstellte (vgl. „Blätter" 10/1982, S. 1276 ff.) und über Verfassungsfragen der Stationierung publiziert hat, sandten uns die folgenden Beiträge. D. Red.

I

Eine Stationierung besonders der Pershing II auf bundesdeutschem Boden ist das größte vitale (oder auch letale) Problem seit Bestehen der Republik. Diese Raketen können zum Entwaffnungsschlag gegen den Ostblock dienen. Bei einer Flugdauer von ca. 4 Minuten entfällt jede Vorwarnzeit. Die Staaten des Warschauer Paktes müssen das als sehr ernste Bedrohung empfinden. Die USA wollten 1962 lieber einen dritten Weltkrieg riskieren, als russische Mittelstrekkenraketen auf Kuba zulassen, weil dadurch die Vorwarnzeit beseitigt und die USA atomar erpressbar geworden wären. Dasselbe gilt aber für das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Daher könnten die Pershing II im Falle etwa einer Krise um die Ölfelder am Persischen Golf sowjetische SS-20 oder 21 anziehen wie ein Magnet das Eisen.

In dieser Situation hat Bundesverfassungsrichter Helmut Simon zum Nachdenken darüber angeregt, ob nicht die bedrohte Bevölkerung befragt werden solle, ob sie dem Abschreckungsgedanken zuliebe diese tödliche Gefahr in Kauf nehmen wolle. Das führt auf den einfachen Gedanken zurück, daß nicht die Bundesrepublik, sondern das Volk der Souverän der Demokratie ist.

Freunde atomarer Hochrüstung sind empört. Sie scheinen sich von einer solchen Befragung nichts gutes für ihre Ideologie zu versprechen. Enno von Loewenstern fühlt sich in der „Welt" daran erinnert, daß „Möchtegern-Befrager offensichtlich politischen Druck erzeugen wollten". CSU-MdB Paul Gerlach bezeichnet im „Deutschland-Union-Dienst" seiner Partei Simon als ein „durch Verkündung abstruser Gedankengänge bereits früher unrühmlich aufgefallenes Mitglied des höchsten deutschen Gerichts", das „sich wiederum in einer Weise betätigt, die ihn als Mithüter der Verfassung in einem zweifelhaften Licht erscheinen läßt". Von CDU/CSU-Seite wird Simon angedroht, ihn als Richter wegen Befangenheit abzulehnen.

Das alles läßt sich mit unserer Rechtsordnung nicht in Einklang bringen. Verfassungsrichter, die zu ihrem Amt taugen, müssen notwendig politisch bewußte Menschen sein. Also haben sie auch bestimmte Ansichten über politische Probleme, und zwar bevor sie auch nur ahnen, daß sie mit der Materie von Amts wegen befaßt werden.

Selbstverständlich steht es ihnen frei, ihre Ansichten für sich zu behalten oder auch

öffentlich zu äußern. Ob sie schweigen oder reden, jeder von ihnen hat sein Vorverständnis von der ihm wünschenswert erscheinenden Antwort auf jede Rechtsfrage, auch auf die ihm später etwa im Amt vorgelegte. Dieses Vorverständnis wird meist aus der entweder mehr konservativen oder mehr progressiven Grundhaltung rühren, um welcher willen der Richter in sein Amt gewählt wurde. In diesem Sinne ist jeder Richter am Bundesverfassungsgericht stets „befangen". Das aber meint kein Gesetz, welches Richterablehnungen wegen Besorgnis der Befangenheit zuläßt. Befangen in diesem gesetztlichen Sinne ist allein der Richter, welcher das allgemeine Vertrauen enttäuscht, er werde sich als erstes im Richteramt seiner Vorverständnisse bewußt werden und diese über Bord werfen, um objektiv seine jeweilige Aufgabe zu meistern.

Nun haben allerdings die Väter des Grundgesetzes aus Angst vor Demokratieunmündigkeit des eigentlichen Souveräns darauf verzichtet, eine Volksbefragung förmlich in die Verfassung einzuführen. Dem standen böse Erfahrungen aus Weimarer Zeiten Pate. Damals allerdings waren weder Republik noch Demokratie in den Menschen fest verankert. Sie konnten Demagogen erliegen. Heute aber gehen wir vom „mündigen", vom demokratiebewußten Bürger aus. Auch tritt ein neues Demokratieverständnis zu Tage: Viele Bürger sind es leid, nur alle vier Jahre durch Abgabe des Stimmzettels an der „Volksherrschaft" teilzuhaben. Sie betätigen sich aktiv in politischen Parteien oder in Bürgerrechtsorganisationen wie etwa der Humanistischen Union, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, dem Republikanischen Anwaltsverein oder dem Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland. Sie nehmen an überwiegend friedlichen Demonstrationen teil, um auf soziale Probleme und Mißstände aufmerksam zu machen.

Angesichts dessen ist die Meinung, Volksbefragungen dürften keinesfalls stattfinden, eine obrigkeitsstaatliche, demokratiepervertierende Auffassung. Plebiszite sind Demokratie in ihrer reinsten, ursprünglichen Form. Sie sind im Grundgesetz (Artikel 29 und 118) und in mehreren Landesverfassungen sogar zu Fragen von weit minderer Bedeutung vorgesehen. Simons Anregung ist deshalb ganz und gar verfassungskonform.

Mehr noch, sie ist auch politisch klug. Noch keine Gruppierung in der bundesdeutschen Geschichte hat so viel Bürger zu Demonstrationen auf die Beine gebracht, wie die Friedensbewegung. Man sollte sie nicht in die Aktion des „zivilen Ungehorsams" drängen, nicht vom verbalen oder in einer Demonstration artikulierten Protest in den Widerstand. Weit besser ist es, den Befürwortern wie den Gegnern der atomaren Hochrüstung eine gesetzmäßige Abstimmung zu ermöglichen.

Diese kann nicht hinreichend durch eine baldige Bundestagswahl ersetzt werden. Denn dabei spielen auch soziale, wirtschaftliche, freiheitsstaatliche, energiepolitische und andere Fragen, wie die Sympathie zu einer bestimmten Person, eine ausschlaggebende Rolle. Alles das würde verfälscht, wenn man aus der Parlamentswahl einen „Raketenwahlkampf" machen würde.

Werner Holtfort

II

1. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Wiederum habe sich „ein durch Verkündung abstruser Gedankengänge bereits früher unrühmlich aufgefallenes Mitglied des höchsten deutschen Gerichts in einer Weise betätigt, die ihn als Mithüter der Verfassung in einem zweifelhaften Licht erscheinen läßt. Herr

Helmut Simon konstatierte ein verfassungspolitisches Defizit, weil das Grundgesetz keine konsultative Volksbefragung vorsieht. Zur Beseitigung dieses angeblichen Defizits schlägt er die Verabschiedung eines Gesetzes über konsultative Volksbefragungen, etwa über die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen im Rahmen des Nachrüstungsbeschlusses des Nordatlantischen Bündnisses, vor. Die abwiegelnden Bemerkungen, mit denen Herr Simon seinen Vorschlag umgibt, können nicht darüber hinwegtäuschen , daß in der Sache eine die Fundamente unserer Verfassungsordnung umgestaltende Verfassungsänderung vorgeschlagen wird" – so der Originalton des CSU-Bundestagsabgeordneten Paul Gerlach im „Deutschland-Union-Dienst" seiner Partei[1]). Abqualifizierungen dieser Art stehen in der besten Sonthofener Tradition – andernorts sind solche „Ausgrenzungen" Andersdenkender für Kommunisten und andere „Verfassungsfeinde", allenfalls noch für einzelne Gewerkschaftsführer reserviert. Verfassungsrichter als Systemveränderer – man reibt sich ein wenig die Augen angesichts der Absurdität des Vorwurfs.

Der Vorschlag einer konsultativen Volksbefragung – von Bundesverfassungsrichter Helmut Simon auf einer Tagung der Ev. Akademie Bad Boll gemacht[2]) – weckt gleichwohl Interesse, ja Emotionen. Gibt es vielleicht doch eine Möglichkeit, jene Diskussion um die Einschaltung des Volkes wiederaufzunehmen, die durch die Volksbefragungsurteile des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1958[3]) für alle Zeiten erledigt schien? Haben wir eine Chance, nicht nur alle vier Jahre zwischen „schwarz" und „rot" wählen zu können, sondern zu wesentlichen Fragen unseres Schicksals (immerhin) konsultiert zu werden? Denn über eines darf von vorneherein kein Zweifel aufkommen: Es geht nicht darum, daß das Volk bestimmte Dinge verbindlich entscheidet und damit u. U. gegenüber dem Parlament das letzte Wort hätte; was allein in Rede steht, ist die Abgabe einer Stellungnahme, die die Staatsorgane berücksichtigen, aber auch in den Wind schlagen können. Das Wort vom „Plebiszit" wäre eine Übertreibung; von „Befragung" zu sprechen ist korrekt.

2. Der Vorschlag Simons könnte unschwer als „Einzelaktion" abgetan werden, würde er sich nicht nahtlos in eine neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht einfügen, die bislang außerhalb der etablierten Staatsrechtswissenschaft noch recht wenig Aufmerksamkeit erfahren hat.

Im Zusammenhang mit der sog. friedlichen Nutzung der Kernenergie hat das Bundesverfassungsgericht am Beispiel des Grundrechts auf Leben und Gesundheit nach Art. 2 Abs. 2 GG seine Grundrechtskonzeption weiterentwickelt und um eine partizipative Dimension erweitert[4]). Ausgangspunkt ist die schon in früheren Entscheidungen entwickelte Auffassung, nach Art. 2 Abs. 2 GG treffe alle staatlichen Organe die Pflicht, „sich schützend und fördernd vor die darin genannten Rechtsgüter (d. h. Leben und Gesundheit) zu stellen und sie insbesondere vor rechtswidrigen Eingriffen von seiten anderer zu bewahren."[5]) Angesichts der Art und Schwere möglicher Gefahren bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie müsse bereits die entfernte Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts genügen, um die Schutzpflicht des Gesetzgebers konkret auszulösen[6]). Daraus folge, daß nicht nur die Genehmigung inhaltlich von strengen Voraussetzungen abhängig gemacht werden müsse, sondern daß auch *vom Verfahren her den betroffenen Bürgern*

1) Im Wortlaut abgedruckt in: „Frankfurter Rundschau" v. 27. 11. 1982, S. 4.
2) Pressemeldung des epd v. 24. 11. 1982.
3) BVerfGE 8, 104 ff., 122 ff.
4) Vgl. insbes. BVerfGE 53, 30, 57 ff.
5) BVerfGE 53, 30, 57.
6) BVerfGE 49, 89, 141, bestätigt in BVerfGE 53, 30, 57.

alle Möglichkeiten eröffnet werden müssen, ihre rechtlich geschützten Interessen zur Geltung zu bringen. Nur auf diese Weise könne ein Grundrecht auch in der sozialen Realität wirksam werden. „Verfahren" im Sinne dieser Rechtsprechung ist nicht nur der gerichtliche Rechtsschutz, sondern bereits das Verfahren vor der Verwaltungsbhörde. Dies ist in der Entscheidung zum Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich besonders nachdrücklich hervorgehoben worden[7]). In dem interpretierten Minderheitsvotum[8]), auf das sich an anderer Stelle auch der Erste Senat als solcher bezog[9]), heißt es dazu: „Für einen effektiven Grundrechtsschutz der potentiell Gefährdeten ist angesichts des Ausmaßes denbarer Gefahren entscheidend, daß bereits das behördliche Verfahren geeignet ist, im konkreten Fall zu ‚richtigen' sicherheitsrelevanten Entscheidungen zu führen. Wahrscheinlich läßt sich über das Verfahrensrecht verhindern, daß der Bereich zwischen Recht und Technik zum juristischen Niemandsland wird."

Faßt man diese Rechtsprechung zusammen, so verlangt sie offensichtlich eine recht weitgehende Einschaltung all jener Personen, deren Grundrecht auf Leben und Gesundheit durch eine bestimmte Maßnahme gefährdet sein könnte. In Bezug auf die in Art. 28 Abs. 2 GG garantierte kommunale Selbstverwaltung hat der Zweite Senat dasselbe angenommen und die staatliche Verwaltung von Verfassungs wegen für verpflichtet erklärt, die durch die Bestimmung von Lärmschutzzonen bei einem Militärflugplatz besonders betroffenen Gemeinden anzuhören, bevor vollendete Tatsache geschaffen sind[10]). Die juristische Literatur ist diesem Ansatz im Grundsatz gefolgt, ohne freilich zu versäumen, vor einer allzu weiten „Ausuferung" dieser neuen Grundrechtsdimension zu warnen[11]).

Wie der Kreis der Betroffenen abzugrenzen ist, kann im Einzelfall sehr schwer zu bestimmen sein. Die Rechtsprechung zu den Kernkraftwerken bietet hierfür genügend Anschauungsmaterial[12]). Fest steht nur, daß der völlige Verzicht auf die Einschaltung auch der am unmittelbarsten Betroffenen gegen Art. 2 Abs. 2 GG verstoßen würde; da für die militärische Nutzung der Kernkraft schon wegen der vergleichbaren Unfallgefahren nichts anderes gelten kann, ist der Vollzug des sog. NATO-Doppelbeschlusses über unsere Köpfe hinweg verfassungswidrig[13]). Fest steht auf der anderen Seite aber auch, daß es Fälle geben kann, in denen eine so gravierende Entscheidung ansteht, daß eben nicht nur eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung, sondern alle hier Wohnenden in besonderer, existentieller Weise betroffen sind. Für diese Fälle ist die von Helmut Simon vorgeschlagene konsultative Volksbefragung gedacht: Der Gesetzgeber hat lediglich ein Verfahren bereitzustellen, in dem die Bevölkerung ihre Meinung kundtun kann.

Bedeutet dies nicht, daß man damit von den Volksbefragungsurteilen aus den 50er Jahren abweicht? Die Frage zu bejahen, würde nicht bedeuten, daß man deshalb die neue Grundrechtskonzeption relativieren oder gar revidieren müßte: Es steht dem Bundesverfassungsgericht frei, aufgrund gewandelter Umstände oder besserer Einsicht frühere Positionen aufzugeben. Bei näherem Zusehen besteht der Widerspruch allerdings nicht. Die Ablehnung der vom Hamburgischen und Bremischen Gesetzgeber vorgesehenen

7) BVerfGE 53, 30, 65/66.
8) BVerfGE 53, 69, 76.
9) BVerfG NJW 1981, 1437.
10) BVerfG NJW 1981, 1662.
11) Vgl. insbes. Bethge, NJW 1982, 1 ff.; Ossenbühl, DÖV 1981, 1 ff.; der Gesamtzusammenhang der neueren Entwicklung der Grundrechte in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist aufgearbeitet bei Hesse, EuGRZ 1978, 434 ff.
12) Vgl. zuletzt BVerfG EuGRZ 1982, 435.
13) Näher dazu Däubler, Stationierung und Grundgesetz, Reinbek 1982, S. 143 ff.

Volksbefragungen stützte sich entscheidend auf die Erwägung, daß das Volk hier als Staatsorgan tätig werden, den Staatswillen mitbilden sollte, wofür es an der verfahrensmäßigen (das Grundgesetz kennt keine Volksbefragungen, ob es sie zuläßt, war nicht zu entscheiden) und inhaltlichen Kompetenz (Verteidigung als Bundesangelegenheit) fehlte. Soweit nur die Bildung der öffentlichen Meinung und die politische Willensbildung des Volkes in Rede steht, gelten diese Grundsätze nicht – ob sich alle Bürger zu einer bestimmten Frage äußern, ist allein ihnen überlassen, insoweit stellt sich kein Kompetenzproblem[14]). Wichtigster Anhaltspunkt dafür, daß es um staatliche und nicht um „gesellschaftliche" Willensbildung ging, war für das Bundesverfassungsgericht die Übernahme sämtlicher für das Wahlverfahren geltender Vorschriften einschließlich der geheimen Abstimmung[15]) – ein Gesetz über konsultative Volksbefragung hätte derlei „Anleihen" tunlichst zu vermeiden. Möglicherweise könnte man bereits existierende Formen der Bürgerbeteiligung wie die atomrechtliche Verfahrensverordnung als Vorbild nehmen – andere Regelungen wie das Recht, sich auf der Gemeindeverwaltung im Rahmen bestimmter Fristen in eine Ja- und Nein-Liste eintragen zu können, wären in die Überlegungen einzubeziehen.

3. Was sich daraus konsequent in die Rechtsprechung einfügt, ist deshalb noch lange nicht realisiert; rechtsdogmatische Folgerichtigkeit kann keine sozialen Prozesse ersetzen, noch so überzeugend begründete Positionen müssen – selbst wenn moderne Nachfahren des rechtsstaatlichen Positivismus dies nur ungern zur Kenntnis nehmen – erst einmal durchgesetzt werden. Auch richterliche Grundsätze kennen möglicherweise ihr „Oberhaus" der hehren Grundsätze, denen alsbald das „Unterhaus" der Ausnahmen folgt, die vom ersteren kaum etwas übriglassen.

Die Problematik wäre dann entscheidend entschärft, bestünde kein wesentlicher Unterschied zwischen der Anhörung der in der Umgebung eines Kernkraftwerks Wohnenden und der Befragung der gesamten Bevölkerung. Parallelen sind vorhanden: Die Einschaltung der Betroffenen ist in beiden Fällen ein Mittel der Informationsgewinnung für die staatlichen Instanzen, sie beschafft der bestehenden Ordnung eine höhere Legitimität, akzeptiert man doch bestimmte Dinge leichter, wenn man nach „demokratischen Spielregeln" erst befragt wurde, und sie ist schließlich ein Mittel, um grundrechtlich geschützte Interessen effektiver als über das Parlament oder über Gerichtsverfahren zur Geltung zu bringen. Die Unterschiede liegen in den Risiken, die für die bestehende Herrschaftsordnung eintreten können. Geht es um einen Bebauungsplan oder die Errichtung eines Kernkraftwerks, so droht als „schlimmste" Variante für eine zum Handeln entschlossene Bürokratie die Ablehnung ihres Vorhabens durch die Betroffenen – was nur in Extremfällen die Durchführung der beabsichtigten Pläne wirklich behindert. Das Volk kommt gewissermaßen immer nur in parzellierter Form zu Wort – dem Protest der Zehntausend steht ggf. die positive Entscheidung des 6 Millionen repräsentierenden Landesparlamemts gegenüber. Bei der Volksbefragung ist dies anders; hat sich eine klare Mehrheit gegen ein Vorhaben ausgesprochen, bleibt nur noch der Appell an den höheren Sachverstand der Experten, was wenig verfängt und das repräsentative System in eine Legitimationskrise stürzen könnte. Dies ist freilich nur ein Risiko: Geht die Sache „glatt" im Sinne des von staatlichen Instanzen Geplanten, so ist der Legitimationsgewinn um so größer.

Wer die Macht hat und im Rahmen rechtsstaatlicher Bedingungen über den Staatsapparat verfügt, wird vermutlich nicht

14) BVerfGE 8, 104, 113 f.
15) BVerfGE 8, 104, 114/115.

dazu neigen, andere als unvermeidbare Risiken einzugehen. Konkret bedeutet dies, daß eine konsultative Volksbefragung nicht wie eine reife Frucht aufzusammeln sein wird – sie wird uns nicht geschenkt, sondern sie muß erkämpft werden. Daß man sich dabei auf die Initiative von Helmut Simon und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts stützen kann, ist sicherlich kein Nachteil. Es sollte zu denken geben, daß die Linke bislang nicht den Mut hatte, das Thema „Volksbefragung" wieder aufzugreifen – wer den Wind immer im Gesicht hat, neigt manchmal etwas zu früh zur Resignation. Das heißt nicht, daß man in einem großen Schritt von heute auf morgen eine Volksbefragung zur Raketenstationierung erreichen könnte – atomwaffenfreie Zonen auf lokaler Ebene sind ein sicherlich notwendiger Zwischenschritt, zumal sie dem verbreiteten Hang entgegenkommen, sich mehr an konkreten und überschaubaren Zusammenhängen als an „großen Entwürfen" zu orientieren. Wir haben Grund zu hoffen, daß es uns gleichwohl in nicht allzu ferner Zukunft gelingt, über unser eigenes Schicksal ein wenig mitzubestimmen.

Wolfgang Däubler

Zum Verhältnis zwischen Pakistan und Afghanistan

Neben akuten innenpolitischen Problemen hat die Regierung Zia ul Haq auch im Bereich der internationalen Beziehungen, darunter unmittelbar an Pakistans Grenzen, mit überaus komplizierten Fragen zu tun. Ziemlich widersprüchlich gestalten sich ihre Beziehungen mit dem benachbarten Afghanistan, wo 1978 ein neues Regime errichtet wurde, das vom Kreml wirtschaftlich und militärisch gestützt wird. Um sich an der Westgrenze gegen kommunistische Einflüsse zu wehren, entschieden sich die pakistanischen Behörden in ihren Beziehungen mit Afghanistan für eine Politik der Druckausübung auf das gegenwärtige Kabuler Regime. Dabei bedienen sie sich der zahlreichen afghanischen Emigranten, die in Pakistan Asyl gefunden haben. Die afghanischen Emigranten werden von ihnen als eine Art Wechsel präsentiert, um von den USA, China und einigen arabischen Freunden ansehnliche finanzielle Kredite zu erhalten. Die Beziehungen zwischen den beiden moslemischen Staaten stecken schon seit Jahren in einer tiefen Krise und bereiten der internationalen Gemeinschaft große Sorgen. Auch ist die Position der pakistanischen Politiker gegenüber Afghanistan recht unbeständig, denn sie können nicht umhin, der jüngsten Entwicklung in Afghanistan Rechnung zu tragen.

Die Hoffnung auf eine Lösung des afghanischen Problems mit militärischen Mitteln, deren sich die afghanischen Partisanen bedienen, schwindet und erweist sich in zunehmendem Maße als eine Illusion. Das Regime in Kabul verfolgt, indem es sich auf die Hilfe sowjetischer Berater stützt, beharrlich den Kurs, seine Armee zu verstärken, und verstand es, den Aufständischen mehrere beträchtliche Niederlagen zuzufügen. Besonders empfindlich war die jüngste Zerstörung ihrer Stützpunkte in der Gegend von Pandsher, die sowohl die Islam-Krieger als auch ihre Freunde im Ausland tief entmutigte. Heute steht bereits fest, daß die Versuche, alle, die mit der Revolution unzufrieden sind, unter der grünen Fahne des Heiligen Krieges zu vereinigen, endgültig gescheitert sind. Während in abgelegenen Gebieten Afghanistans sowie im Gebirge

die Bevölkerung heute noch nicht bereit ist, das neue Regime vorbehaltlos anzuerkennen, macht sich in den Städten und in ihrer weiteren Umgebung in wachsendem Maße bemerkbar, daß das Volk den verheerenden Bürgerkrieg satt hat und sich zu den Neuerungen und Reformen durchaus loyal verhält. Das Bestreben der Regierung Babrak Karmal, die kriegerischen Puschtu-Stämme, verschiedene ethnische Gruppen und Mullas auf ihre Seite zu ziehen, führt allmählich zu den erwünschten Ergebnissen. Eine Folge davon ist die unvermeidliche Schwächung der Basis der Widerstandsbewegung.

Ein trauriges Bild bietet das Lager der Aufständischen. Die sechs größten islamischen Afghaner-Organisationen, die ihren Sitz in Pakistan haben, haben sich zwar vor einem Jahr formell vereinigt, aber das führte keineswegs zur Bildung einer gegen Kabul gerichteten effektiven antikommunistischen Allianz. Zwischen den islamischen Führern dauert der erbitterte Kampf um Führungspositionen und Geldzuwendungen an, aber auch in Fragen der politischen Gestaltung Afghanistans sind sie sich uneinig.

Ebenso schlecht ist es mit den afghanischen Flüchtlingen in Pakistan bestellt. In den Flüchtlingslagern herrschen Anarchie, Hunger und Krankheiten. Es kommt häufig zu Zusammenstößen mit der pakistanischen Bevölkerung. Die afghanische Lagerverwaltung hat sich in ein kompliziertes, durch und durch korruptes bürokratisches System verwandelt, dessen Angehörige nur auf das eigene Wohl bedacht sind. Wie General Zia ul Haq jüngst in einer Pressekonferenz sagte, bilde das Problem der 2,7 Millionen afghanischen Flüchtlinge für die Wirtschaft Pakistans eine schwere Belastung.

Es entsteht der Eindruck, als offenbare die gegenwärtige „afghanische Richtung" in der Politik Pakistans zunehmend ihre Aussichtslosigkeit. Dieser Kurs führt in eine Sackgasse. Anstatt durch vernünftige Kompromisse und das Zustandebringen normaler Beziehungen mit Afghanistan die Westflanke seines Staates zu verstärken, steht Zia ul Haq vor einem ganzen Knäuel schwer zu lösender Probleme und wird in dieser Frage für die pakistanischen Oppositonsparteien zunehmend zu einer geeigneten Zielscheibe.

Die Enttäuschung über die afghanischen Aufständischen und ihre Führer spielte offensichtlich auch bei der jüngsten Entscheidung der pakistanischen Führung eine wesentliche Rolle, unter Vermittlung des Sonderbeauftragten des UNO-Generalsekretärs Kontakte zur Regierung Karmal aufzunehmen, um strittige Fragen zu erörtern und Bedingungen für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan herbeizuführen. Die Fürsprecher einer politischen Lösung des afghanischen Problems rechnen nit einer Fortsetzung dieses Dialogs und bereiten sich auf die zweite Runde der Genfer Verhandlungen „aus nächster Nähe" vor. Aber neben den Staatsmännern, die zur Anerkennung politischer Realitäten bereit sind, gibt es unter der pakistanischen Elite auch Hitzköpfe, die einen Ausweg aus der afghanischen Sackgasse nicht in Verhandlungen, sondern in der weiteren Konfrontation sehen.

Es sickerten Nachrichten durch, wonach einige pakistanische Generäle, durch die geringe Wirkung der Unternehmen der Mudschahidin verärgert, die Regierung aufforderten, die Hilfe an die afghanische Aufstandsbewegung zu verstärken, die diplomatische Tarnung, wonach Pakistan an den Aktionen gegen Afghanistan unbeteiligt sei, fallenzulassen und die Rolle des Organisators des Kampfes gegen das prokommunistische Regime in Kabul offen zu übernehmen. Sie raten, zu diesem Zweck gemeinsame Gremien aus pakistanischen Militärs und afghanischen Oppositionsführern zu bilden, die das Vorgehen der Aufständischen auf dem Territorium Afghanistans koordinieren und ihre Aktivität verstärken sollen.

Pakistanische Militärs üben Kritik an den Aufständischen, die bestrebt sind, sich in den Dörfern zu verstecken und ihre Stützpunkte in ländlichen Gegenden einzurichten. Sie meinen, diese Taktik müsse geändert werden, weil sie die Bevölkerung den Schlägen der Regierungstruppen aussetzt und Haß gegen die Aufständischen erregt. Sie schlagen vor, statt dessen die Unterwanderung der afghanischen Regierungstruppen zu verstärken und aktive Offiziere und Mannschaften für die Teilnahme an der Widerstandsbewegung zu gewinnen. Was das Riesenheer der afghanischen Flüchtlinge betrifft, so wird empfohlen, die Leitung der Lager Vertretern pakistanischer Behörden und UNO-Spezialisten zu übertragen, die in der Lagerverwaltung korrupte afghanische Emigranten ablösen sollen.

Diese pakistanischen Militärs wollen somit im Endergebnis Pakistan noch mehr als bisher in afghanische Angelegenheiten ziehen und der geschwächten afghanischen Widerstandsbewegung martialischen pakistanischen Geist einflößen. Die Zweckmäßigkeit eines derartigen Vorgehens ist jedoch sehr problematisch. Die Regierung Zia ul Haq sollte begreifen, daß eine Verstärkung der Konfrontation nur für die innenpolitische Opposition von Vorteil wäre und die Flexibilität Pakistans auf dem internationalen Schauplatz verringern würde. Auf weite Sicht kann aber eine derartige Politik für die nationale Konsolidation Pakistans selbst ungeahnte Folgen haben.

Jean-Pierre Rouleux

„Blätter"-Geschenkabo '83

Ein nützliches Geschenk

Ein Jahr lang jeden Monat neu

Wenn Sie ein Jahresabonnement 1983 der „Blätter" verschenken, schenken wir Ihnen ein Buch Ihrer Wahl aus dem Programm des Pahl-Rugenstein Verlags im Wert bis zu 20,– DM.

Bitte benutzen Sie die diesem Heft beiliegende „Blätter"-Bestellkarte, tragen Sie auf der Vorderseite die Adresse des/der Beschenkten ein, setzen Sie vor die Zeile „Name" das Wort „Für:" und vergessen Sie bitte nicht *Ihre* Unterschrift. Streichen Sie dann auf der Rückseite der Bestellkarte die Zeile „Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft . . ." und ersetzen Sie sie durch die Worte: „Rechnung bitte an:". Darunter tragen Sie in Blockschrift *Ihre* vollständige Postanschrift und in einer neuen Zeile Titel und Bestellnummer des von Ihnen gewünschten Buches ein. (Ggf. Verlagsgesamtverzeichnis anfordern.)

Der/die Beschenkte wird von Januar bis Dezember 1983 die „Blätter" erhalten. Das Geschenkabonnement ist also abweichend von den auf der Bestellkarte aufgeführten üblichen Bezugsbedingungen auf ein Jahr befristet.

Mitte Dezember wird dem/der Beschenkten das Heft 12/1982 und ein Begleitbrief des Verlages zugeschickt, in dem das Geschenkabonnement angekündigt und mitgeteilt wird, wer ihm/ihr die „Blätter" geschenkt hat.

Schlachtfeld Europa

Die neue Heeresdoktrin der USA

Von Konrad Ege

Die Friedensbewegung hat im Lauf der beiden letzten Jahre eine tiefgreifende Problematisierung der Atomwaffen bewirkt und damit die politischen und psychologischen Grundlagen einer Strategie des nuklearen Ersteinsatzes infragegestellt, also der bis heute gültigen NATO-Doktrin. Unter dem Stichwort „Rogers-Plan" sind nun in den letzten Monaten Vorstellungen in die öffentliche Debatte gelangt, die eine Anhebung der Nuklearschwelle und eine Verringerung der „Abhängigkeit" der NATO von Atomwaffen in Aussicht stellen, dafür aber den Kritikern der Atomrüstung nahelegen, sie sollten als Kompensation der NATO eine Verstärkung ihrer „konventionellen" Potentiale zugestehen. Wenn in diesem Zusammenhang von einer Umrüstung auf „intelligente Abwehrwaffen" die Rede ist, so handelt es sich allerdings keinesfalls, wie offenbar suggeriert werden soll, um die Hinwendung zu einem – eindeutig defensiven – Alternativkonzept, wie es etwa Afheldt vorgeschlagen hat. In der Lesart Adelbert Weinsteins, des Militärexperten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und engagierten Befürworters des Rogers-Plans handelt es sich dabei vielmehr um „konventionelle" (oder, wie bei den „Cruise Missiles", um sowohl „konventionell" als auch atomar bestückbare) Präzisionswaffen mit einer Reichweite von vielen Hundert km, deren „Defensivcharakter" darin besteht, die sogenannte „Zweite Staffel" eines etwaigen sowjetischen Angriffs noch in ihren Bereitstellungsräumen, tief im Hinterland des Warschauer Paktes, in Polen oder der westlichen Sowjetunion zerschlagen zu können. Derartige „Defensivwaffen" kann man natürlich ebensogut schon vor jedem gegnerischen Offensivakt einsetzen, – vorbeugend oder „sicherheitshalber" sozusagen . . . Insbesondere, wenn man gleichzeitig über das Potential für den sogenannten „Enthauptungsschlag" gegen die andere Seite verfügt, also vor allem die Pershing-II-Raketen, auf die laut Adelbert Weinstein auch nach einer Realisierung des „Rogers-Plans" keinesfalls verzichtet werden kann.

Der nachstehende Beitrag unseres Washingtoner Mitarbeiters Konrad Ege informiert über die – hierzulande bisher weitgehend ignorierten – Zusammenhänge einer US-Kriegsführungskonzeption für das „Schlachtfeld Europa", in der eins ins andere greift, „konventionelle" und atomare Aufrüstung, und die Grenzen verschwimmen. In diesem Zusammenhang erscheint auch ein Hinweis auf das „Langzeitprogramm" der NATO von 1978 angebracht, das sowohl die als „Modernisierung" der atomaren Mittelstreckenwaffen bezeichnete „Nachrüstung", als auch die Verstärkung und „Modernisierung" der konventionellen und der chemischen Rüstung, – konventionelle Aufrüstung also keineswegs als „Alternative" zur nuklearen „Nachrüstung" – festgelegt hat. Allerdings ohne den Aufschwung und die wachsende Resonanz der Friedensbewegung in Betracht zu ziehen. . . . D. Red.

„Wir müssen in der Lage sein, den Landkrieg in Europa zu gewinnen. Ich betone: Gewinnen." Und die neue Doktrin[1]) der US-Army mit dem Namen „Air-Land Battle" (Luft/Land-Schlacht), ergänzt Colonel Gary Werner, Pressesprecher des Army Training and Doctrine Command (TRADOC) in Fort Monroe, Virginia, sollte einen Sieg über die Sowjetunion möglich machen[2]). Das Konzept „AirLand Battle", das von führenden Vertretern der Rüstungsindustrie als eine der wichtigsten militärischen Entwicklungen dieses Jahrhunderts angesehen wird, verändert die amerikanische Kriegsführungstaktik, die militärische Ausbildung und die Ausrüstungsschwerpunkte von Grund auf.

Die „AirLand"-Doktrin betont, daß die Operationen der Army offensiv sein müssen, daß die US-Truppen im Kriegsfall „so früh wie möglich angreifen müssen[3])" und daß sie feindliche Formationen „vernichten" müssen, noch bevor diese die eigentliche Kampfzone erreichen[4]). Das neue Handbuch der Army, das „Field Manual FM 100-5", das im August 1982 veröffentlicht wurde und „AirLand" in die Praxis umsetzen soll, instruiert die amerikanischen Kommandeure, daß Nuklearwaffen sowie chemische Waffen „besonders geeignet sind, feindliche Truppen im Hinterland auszuschalten". Solche Begriffe dienen dazu, so NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers, „das Schlachtfeld ins Hinterland des Gegners [zu] verlagern"[5]).

Die „AirLand Battle"-Doktrin ist dieses Jahr in Kraft getreten. Manche Militärwissenschaftler, wie beispielsweise John Mearsheimer von der Harvard-Universität, schreiben, daß diese neue Doktrin „die NATO-Länder in Westeuropa zu Tode erschrecken wird", weil sie „schon fast einen Präventivschlag [gegen die Sowjetunion] vorschreibt"[6]). Sogar die konservative Wochenzeitschrift „US News and World Report" meint, daß die „AirLand Battle"-Doktrin „eine sehr sensitive Sache sei, weil sie einen so aggressiven Eindruck macht, daß es aussieht, als solle sie einen US-Angriff ermöglichen"[7]). Führende amerikanische Militärs halten dagegen, die „AirLand"-Doktrin diene der Abschreckung und verringere deshalb die Gefahr eines Atomkrieges in Europa. General Rogers, so hofft das US-Fachblatt „Defense Week", ist mit seiner Öffentlichkeitsarbeit über „AirLand" sogar auf dem besten Weg, die Abrüstungsbefürworter in Europa davon zu überzeugen, daß die NATO mit der neuen Doktrin ihre konventionelle Schlagkraft so verstärken kann, daß der Einsatz von Nuklearwaffen in Europa nicht mehr notwendig sein

1) „Army doctrine" könnte am besten mit „Richtlinien für die Kriegführung" übersetzt werden. „Doctrine" legt den Modus der Kriegführung in einem umrissenen geographischen Raum, z. B. Europa, fest.
2) Colonel Werner in einem Interview mit dem Autor im September 1982 in Fort Monroe, Virginia. TRADOC ist für die Entwicklung der Heeresdoktrin verantwortlich sowie für die Erstellung der Ausbildungshandbücher, die im Heer verwendet werden. TRADOC könnte als die Denkfabrik („think tank") der Armee bezeichnet werden.
3) Sofern nicht anders vermerkt, sind alle die „AirLand Battle"-Doktrin betreffenden Zitate dem US Army Field Manual 100-5 (August 1982) entnommen.
4) Siehe Lt. Col. John S. Doerfeld, The Operational Art of the AirLand Battle, „Military Review", Mai 1982; und Lt. Col. L. D. Holder, Maneuver in the Deep Battle, „Military Review", Mai 1982.
5) „Spiegel"-Interview, 23. 8. 1982, S. 123.
6) Robert Dudney, The New Army with New Punch, "US-News and World Report", 20. 9. 1982, S. 60.
7) Dudney, a. a. O., S. 59.

wird[8]). Das Arsenal der konventionellen Waffen wird unter „AirLand" gewaltig aufgebessert[9]), und außerdem, stellen amerikanische Militärs fest, wird „AirLand" zum Sieg führen, weil es die Art und Weise der amerikanischen Kriegsführung revolutioniert.

„Von einem offensiven Geist geprägt"

Die Einführung der „AirLand"-Doktrin war notwendig, so Colonel Werner, weil die bisherigen Richtlinien für die Kriegführung „zu defensiv" waren. Die alte Doktrin, behauptet Werner, beschränkte sich darauf, feindliche Truppen erst anzugreifen, wenn sie die an der Grenze stationierten NATO-Truppen erreicht hatten. „AirLand" dagegen ist „von einem offensiven Geist geprägt". Oberstes Gebot ist, so früh wie möglich anzugreifen. Das Heereshandbuch FM 100-5 betont, wie entscheidend wichtig es ist, die Initiative von Anfang an „zu ergreifen, sie zu erhalten und dann rigoros auszunützen", um den Feind zu „vernichten". Und weiter: „Die Vernichtung des Feindes wird erreicht, indem er durch einen machtvollen ersten Schlag aus einer unerwarteten Richtung aus dem Gleichgewicht geworfen wird und dann durch schnelles Nachfassen daran gehindert wird, sich wieder zu erholen."

Die Initiative muß „sofort" ergriffen werden; die erste Schlacht muß gewonnen werden, denn, so TRADOC (s. o.), die stetig ansteigende Vernichtungskraft moderner Waffen wird es schon bald wahrscheinlich machen, daß Verluste in der ersten Schlacht so hoch sind, daß keine zweite Schlacht mehr möglich sein wird. Daher empfiehlt das FM 100-5, atomare und chemische Waffen, wenn sie benutzt werden sollen, in einem Krieg so früh wie möglich einzusetzen, um den Ausgang dieser bedeutenden ersten Schlacht zugunsten der USA zu beeinflussen.

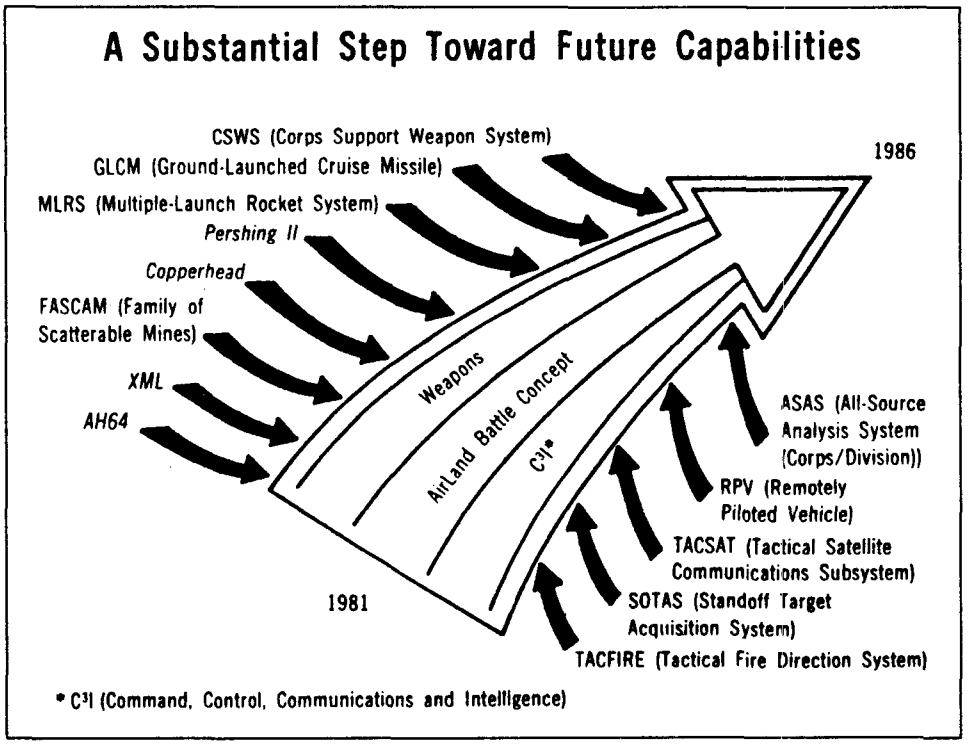
Heeressprecher betonen, daß nur der Präsident Atomwaffen zur Verwendung freigeben kann. Es gibt aber Anzeichen, daß dieses Konzept schon seit einiger Zeit innerhalb der Army kritisiert wird. Während eines geheimen Vortrages vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses am 1. April 1982 sagte General Niles Fulwyler, Chef des Nuklearen und Chemischen Direktorats der Army, daß „es viel einfacher wäre, für einen Konflikt zu planen, wenn wir die Erlaubnis [Nuklearwaffen einzusetzen] im voraus bekommen könnten"[10]). Ein Artikel in der Heereszeitschrift „Military Review" schlug im vergangenen Jahr vor, daß „es der Bataillonskommandeur sein sollte, der innerhalb bestimmter Richtlinien die Entscheidung für den Einsatz von Nuklearwaffen trifft."[11]) Unter der derzeitigen Befehlsstruktur entscheidet der Präsident zwar, ob Nuklearwaffen eingesetzt werden; der Kommandeur auf dem Schlachtfeld bestimmt aber bereits, wie er seine Nuklearwaffen einsetzen

8) David Fairhall, NATO Commander Cools Political Fires in Europe, „Defense Week", 12. 10. 1982, S. 16.
9) Siehe auch Capt. Marc C. Baur, AirLand Battle's Power Punch, „Armor", September bis Oktober 1982.
10) Department of Defense Appropriations for Fiscal Year 1983, Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations of the House of Representatives, 97th Congress, Second Session, Part 4, S. 425.
11) Major Calvin A. Buzzell und Major John P. Rose, New Concept for Battlefield Employment of Nuclear Weapons, „Military Review", August 1981, S. 66.

will. Nuklearwaffengebrauch wird in „Paketen" geplant; d.h. Dutzende von taktischen Atomwaffen sollen in einer kurzen Zeitspanne abgefeuert werden. Der Kommandeur entscheidet, welche Waffen er wann und wo einsetzen will. Die Entscheidung des Präsidenten betrifft nur die Frage, ob Atomwaffen überhaupt eingesetzt werden sollen.

Atomarer Erstschlag

„AirLand Battle" ist die erste Army-Doktrin, die konventionelle, chemische und nukleare Waffen vollständig integriert. Die bisherige Doktrin habe vor dem Einsatz von taktischen Atomwaffen zurückgeschreckt, behauptet „Mili-



Diese schematische Darstellung aus der Army-Zeitschrift „Military Review" zeigt, wie Heeres-Offiziere sich die Weiterentwicklung der US-Army vorstellen: Die Integration von neuen Waffensystemen mit der gerade in Kraft getretenen „AirLand Battle"-Doktrin und mit verbesserten Kommando-, Kontroll-, Kommunikations- und intelligence-Systemen (C^3-I) soll dazu führen, daß die amerikanischen Streitkräfte zu einer Armee werden, die offensive Operationen besser ausführen kann. Die Darstellung demonstriert, daß die Stationierung der Cruise Missiles und der Pershing II und die Entwicklung der „AirLand Battle"-Doktrin Teil eines integrierten Prozesses sind. Andere Waffensysteme, die in der Darstellung genannt werden, sind der neue „Apache"-AH 64-Hubschrauber, neuartige Landminen und die „Copperhead"-Raketen; im C^3-Bereich betont die Armee die Entwicklung der unbemannten Aufklärungsflugzeuge, Satellitenkommunikationssysteme sowie verbesserte Datenverarbeitungsinstallationen. *Konrad Ege*

tary Review", und daher „einen defensiven, oder fast schon fatalistischen Charakter" gehabt[12]). US-Militärs sehen das als eine der bedeutendsten Änderungen, die mit der „AirLand"-Doktrin und dem FM 100-5 verbunden sind: „Das FM 100-5 ist voll von Hinweisen auf Kriegführung mit nuklearen und chemischen Waffen. Diese Hinweise beziehen sich . . . auch darauf, wie man einen nuklearen oder chemischen Konflikt erfolgreich zu Ende bringt." Das FM 100-5, heißt es in der „Military Review", „macht zwischen einem Erstschlag [„first strike"] und atomarer Vergeltung keinen Unterschied"[13]). Dies ist ein bedeutendes Eingeständnis. Der „Military Review"-Artikel stellt vollkommen richtig – aber mit überraschender Offenheit – fest, daß das Heereshandbuch FM 100-5 nicht nur den Ersteinsatz („first use") von Nuklearwaffen, sondern auch die Eventualität eines atomaren Erstschlags („first strike") plant.

Das neue Army-Handbuch FM 100-5 sieht nukleare und chemische Waffen als besonders geeignet an, Angriffe, Interventionen und Invasionen einzuleiten. „Kleine Einheiten können, wenn sie mit nuklearen oder chemischen Waffen unterstützt werden, in einem rapide durchgeführten Angriff die gleichen Erfolge erzielen wie größere Einheiten, die konventionelle Waffen einsetzen. Nukleare und chemische Waffen, die dazu benutzt werden, einen Angriff vorzubereiten, können die Stärke des Feindes so reduzieren, daß tiefe, mehrfache und koordinierte Angriffe ermöglicht werden." Die „AirLand Battle"-Doktrin betont, daß die Truppenkommandeure ständig bereit sein müssen, alle Waffengattungen einzusetzen, und daß „Kommandeure ihre Operationen so ausführen müssen, daß keine Verzögerungen eintreten, nachdem Nuklearwaffen eingesetzt worden sind."

„Intelligente" Waffensysteme

Einer der wichtigsten Faktoren bei der Umsetzung der „AirLand"-Doktrin in die Praxis ist die Entwicklung von technologisch weit fortgeschrittenen Waffen sowie Aufklärungs- und Kommunikationssystemen. „AirLand Battle", so behauptet TRADOC-General Donald Morelli, ist „der Versuch, den Vor-

12) Col. William G. Hanne, The Integrated Battlefield, „Military Review", Juni 1982, S. 38. Eine Überprüfung früherer Heereshandbücher, u.a. FM 101-31-1, „Nuclear Weapons Employment Doctrine and Procedures" (1977), zeigt, daß sich diese Behauptung so nicht aufrechterhalten läßt. FM 101-31-1 plant den Einsatz von Nuklearwaffen, „um dem Feind zu demonstrieren, daß seine möglichen Verluste, sollte er den Kampf fortsetzen oder eskalieren, bedeutend größer sind als seine möglichen Gewinne." Nuklearwaffen müssen „so eingesetzt werden, daß sie den Kurs des Kampfes dramatisch verändern" und daß sie den Krieg so beenden, „daß das Resultat für die Vereinigten Staaten und die Verbündeten annehmbar ist." FM 101-31-1 unterscheidet kaum zwischen offensivem und defensivem Einsatz von Atomwaffen und schreibt vor, daß Nuklearwaffen nie einzeln, sondern in „Paketen" (d.h. Dutzende von Atomwaffen) eingesetzt werden sollen. FM 101-31-1 geht davon aus, daß die US-Armee einen Atomkrieg gewinnen kann. Trotzdem hat Oberst Hanne recht, wenn er schreibt, daß der Unterschied von den Richtlinien im FM 101-31-1 zu denen der „AirLand Battle" groß ist. Allerdings ist es nicht ein Unterschied zwischen Verzicht auf Nuklearwaffengebrauch und Integration von nuklearen und konventionellen Waffen, wie Hanne es darstellt, sondern ein Unterschied zwischen Nuklearwaffeneinsatz im Verlauf des Kampfes, um eine Wende herbeizuführen, und frühzeitigem Nuklearwaffeneinsatz, um offensive Operationen einzuleiten. (Siehe Konrad Ege/Arjun Makhijani, US-Army Manuals Say: We Can Win a Nuclear War, „Counter Spy", September bis November 1982).

13) Hanne, a.a.O., S. 40.

sprung, den die Armee im Labor hat, auf das Schlachtfeld zu verlagern"[14]). Auch Colonel Werner räumt ein, daß US-Waffentechnologie sowjetischen Systemen überlegen ist, vor allem, was die Anwendung von Computern, Kommunikationssystemen und Waffen für das elektronische Schlachtfeld angeht. Die Weiterentwicklung von Datenverarbeitungsanlagen und Radarinstallationen, die die feindlichen Positionen in Sekundenschnelle analysieren können und diese Informationen dann sofort an die einzelnen Truppenteile weitergeben, ist natürlich von höchster Bedeutung. Dazu kommen noch die Cruise Missiles und lasergesteuerte Präzisionsmunition, die gegenwärtig ins Inventar der Army eingeführt werden.

Die Entwicklung dieser neuen Systeme, so schreibt Richard Cooper, Direktor der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), wird die bisherige „traditionelle Taktik, Truppen auf dem Schlachtfeld konzentriert einzusetzen, unmöglich oder nicht mehr effektiv machen"[15]). Ein Beispiel für diese neuen technologischen Entwicklungen, die für „AirLand" von Bedeutung sind, sind die „Hellfire"-Raketen, die schon jetzt von der Armee benutzt werden. Die „Hellfire" findet ihr Ziel mit Hilfe von Laserstrahlen; der Schütze braucht die Rakete nur in die ungefähre Richtung des Zielobjekts zu feuern. Die „Hellfire" wird von dem neuen „Apache"-Hubschrauber – der erste Hubschrauber, der Tag und Nacht und bei jedem Wetter fliegen kann – aus abgeschossen. Die Army kauft in den nächsten vier Jahren über 35 000 „Hellfire"-Raketen[16]).

Die „Copperhead" ist ein zweites dieser „intelligenten" Geschosse. Sie hat eine Reichweite von 16 km, wird von 155 mm-Haubitzen abgeschossen und findet wie „Hellfire" ihr Ziel mit Hilfe von Laserstrahlen. Die „Patriot", ein neues Geschoß für die Luftabwehr, informiert computerisierte Radaranlagen über ihre Position und Flugrichtung, nachdem sie abgefeuert worden ist. Mit Hilfe ihres neu entwickelten Leitsystems „Track-via-Missile" kann sie dann von der Radaranlage Anweisungen über Flugrichtungsänderungen erhalten, so daß sie das feindliche Flugzeug trifft.

Auch das „clusterbomb"-Konzept erhält in der Waffenentwicklung der USA eine neue Bedeutung. Die Armee wird nächstes Jahr 72 „Multiple Launch Rocket"-Systeme (MLRS) mit über 23 000 dazugehörenden „clusterbomb"-artigen Raketen kaufen[17]). Das MLRS ist das erste Waffensystem, das mehrere Raketen gleichzeitig abfeuern kann. In nur wenigen Jahren wird das MLRS dazu ausgerüstet sein, Raketen mit mehreren zielgesteuerten Spreng-

14) David M. Russell, AirLand Battle 2000 Takes the Offensive Using High Technology, „Defense Electronics", Juni 1982, S. 62.

15) Robert S. Cooper, The Coming Revolution in Conventional Weapons, „Astronautics and Aeronautics", Oktober 1982, S. 75.

16) Informationen über diese neuen Waffensysteme sind einer gemeinsamen Erklärung des Heeresstaatssekretärs für Forschung, Entwicklung und Beschaffung J. R. Sculley und von Generalleutnant James H. Merryman, dem stellvertretenden Heeresstabschef für Forschung, Entwicklung und Beschaffung gegenüber dem Streitkräfteausschuß des Senats am 8. Februar 1982 entnommen.

17) Department of Defense Authorization for Appropriations for Fiscal Year 1983, Hearings before the Committee on Armed Services, United States Senate, 97th Congress, Second Session on S. 2248, Part 4, S. 2243.

köpfen bis zu 30 km in Feindesrichtung zu feuern. Diese Raketen, die noch im Entwicklungsstadium sind, öffnen sich im Flug und geben gesteuerte Submunition frei, die dann ähnlich wie die „Hellfire" ihre Zielobjekte einzeln aussuchen können. Eine einzige Salve eines MLRS könnte leicht und zielgenau Dutzende von feindlichen Panzern ausschalten.

Die US-Army beschäftigt sich über „AirLand Battle" hinaus noch mit „futuristischen" Kriegsplänen – Pläne, wie ein Krieg im 21. Jahrhundert zu führen ist. Diese Überlegungen werden vom TRADOC als „ein sehr ehrgeiziger, noch nie dagewesener Versuch, für die Zukunft zu planen", bezeichnet. Das Konzept für das 21. Jahrhundert, das sogenannte „AirLand Battle 2000", baut auf „AirLand" auf, nimmt aber Veränderungen in Kauf, mit denen die Armee in 20 Jahren fertig werden muß. TRADOC sagt beispielsweise voraus, daß ein Nuklearkrieg im Jahr 2000 wahrscheinlicher ist, schon allein deshalb, weil mehr und mehr Länder Nuklearwaffen erhalten. Angriffe werden immer weiter in das Hinterland des Feindes (300 km und weiter) gerichtet sein, elektronische Waffen und Lasertechnologie nehmen an Bedeutung zu. Kriege werden vermutlich noch schneller zu Ende sein, da die Vernichtungskraft konventioneller Waffen ständig zunimmt. Von daher wird es noch wichtiger sein, wie TRADOC sagt, „die Initiative von Anfang an zu erhalten"[18]).

Schlachtfeld Europa

Die Planung für „AirLand Battle" und „AirLand Battle 2000" konzentriert sich auf Europa, speziell auf die „innerdeutsche Grenze", wie Colonel Werner das bezeichnet. Werner behauptet, „AirLand" basiere auf der Annahme, daß die Truppen des Warschauer Paktes der NATO zahlenmäßig weit überlegen sind; die Sowjetunion habe auch viel mehr Panzer, und daher sei mit der bisherigen „defensiven" Kriegsführungsplanung nicht gewährleistet gewesen, daß die USA Westeuropa ohne Nuklearwaffen schützen könnten. Die „AirLand"-Doktrin geht, zumindest was offizielle Behauptungen betrifft, davon aus, daß sowjetische Truppen mit ihren Panzern die Bundesrepublik in einem Blitzkrieg überfallen könnten und daß die NATO mit der alten Doktrin nicht in der Lage wäre, diesen Angriff aufzuhalten.

Solch eine Behauptung ist eine Zwecklüge; mit ihr soll gerechtfertigt werden, daß die NATO-Arsenale ständig mit immer mehr und immer neuen offensiven Waffen aufgefüllt werden. Sogar wenn man die Annahme der kalten Krieger, wonach die sowjetische Regierung die Absicht hat, Westeuropa mit Gewalt in das „russische Reich" einzubeziehen, einmal ernst nimmt, ist es, militärisch gesehen, für Truppen des Warschauer Pakts unmöglich, die Bundesrepublik zu erobern, ohne schwerste Verluste und höchstwahrscheinlich einen globalen Nuklearkrieg in Kauf nehmen zu müssen.

18) Unveröffentlichtes TRADOC-Manuskript, „AirLand Battle 2000".

Eine Invasion auf die Bundesrepublik?

Nur zwei Beispiele – die Anzahl von Soldaten und Panzern – sollen hier aufgeführt werden, um die ständig wiederholte Behauptung der NATO-Militärs, daß der Warschauer Pakt im konventionellen Bereich überlegen sei, zu widerlegen und um zu zeigen, daß der Verteidigungsauftrag der NATO gegenwärtig wahrgenommen werden kann.

US-Offiziere, die für Aufrüstung plädieren, behaupten, wenn die Sowjetunion und die Länder des Warschauer Pakts die Bundesrepublik massiv und ohne Rücksicht auf Verluste angreifen würden, könnten sie schon nach ein paar Tagen am Rhein stehen. Aber um eine derartige Invasion durchzuführen – darüber sind sich die NATO-Feldherren einig –, benötigt die angreifende Armee mindestens eine 3:1-Überlegenheit in der Zahl der Soldaten. Eine Studie der britischen Regierung, „Statement on Defence Estimates, 1981" stellt aber beispielsweise fest, daß die Sowjetunion in Europa nur eine personelle Überlegenheit von 1,2 zu 1 habe. Eine 3:1-Überlegenheit könnte die Sowjetunion nur erreichen, wenn sie mobilisiert und Truppen von der chinesischen Grenze nach Europa1 delegiert. Solche Truppenbewegungen würden aber sicherlich nicht unbeachtet bleiben und böten der NATO ausreichend Zeit, selbst zu mobilisieren.

Eine Invasion der Bundesrepublik ist auch mit großen geographischen Schwierigkeiten verbunden. NATO-Theoretiker nehmen an, daß bestenfalls vier Invasionswege geeignet sind: im Norden in die Tiefebene, durch den „Göttinger Korridor" in Richtung Ruhrgebiet, durch die Fulda-Senke nach Frankfurt und durch den Hof- und/oder Coburg-Korridor nach Süddeutschland. Eine Invasion in den Norden oder Süden würde aber sicherlich ein Aufreiben der NATO-Struktur in der Bundesrepublik nicht gewährleisten; um das zu erreichen, müßten einmarschierende Truppen versuchen, Frankfurt oder das Ruhrgebiet einzunehmen. Um lange genug verteidigen zu können, bis Verstärkung kommt, sehen NATO-Kommandeure es als notwendig an, daß eine NATO-Brigade nicht mehr als 15 km Grenze verteidigen muß. Diese Bedingung ist entlang der gesamten Ostgrenze der Bundesrepublik gegeben[19]). Der Heeresinspekteur der Bundeswehr bestätigte, daß die Verteidigung der NATO schon vor „AirLand" gesichert war: „Ich kenne keinen Brigadekommandeur in der Bundesrepublik, weder beim deutschen Heer noch bei unseren Verbündeten, der nicht fest davon überzeugt ist, daß er den Ansturm der ersten Welle ohne Kernwaffen auffangen kann."[20])

Das Spiel mit den Panzerzahlen ist eine weitere Lieblingsbeschäftigung der NATO-Propagandisten, wenn sie „beweisen" wollen, daß der Warschauer

19) Die Zahlenangaben über die Kräfteverhältnisse sind einer Studie von John Mearsheimer, Why the Soviets Can't Win Quickly in Central Europe („International Security", Sommer 1982) entnommen. Mearsheimer stellt zusammenfassend fest, daß die Sowjetunion, militärisch gesehen, nur dann überhaupt eine Chance hätte, die Bundesrepublik zu überrollen, wenn sie frühzeitig mobilisieren würde und wenn die NATO nicht darauf reagieren würde. Zieht man die ausgezeichneten Aufklärungssysteme der USA in Betracht, so ist es unvorstellbar, daß eine sowjetische Mobilisierung unbeachtet bleiben könnte.

20) „Stern" v. 11. 11. 1982.

Pakt überlegen ist. Tatsächlich hat der Warschauer Pakt mehr Panzer als die NATO. Viele dieser Panzer sind allerdings zehn, zwanzig oder mehr Jahre alt. Zudem haben die Sowjets nicht deshalb mehr Panzer, weil die NATO in der Panzerproduktion nicht schritthalten konnte, sondern weil die NATO die Entscheidung getroffen hat, sich nicht auf die Herstellung von möglichst vielen, sondern möglichst guten Panzern und von Panzerabwehrwaffen zu konzentrieren. Schon vor zwei Jahren hatte die NATO 12 Panzerabwehrwaffen für jeden Panzer des Warschauer Paktes[21]). Mit der Entwicklung von Waffen wie „Hellfire" und „Copperhead" verschiebt sich dieses Verhältnis noch mehr zugunsten der NATO.

Man kann also davon ausgehen, daß das Kräfteverhältnis in Europa, was konventionelle Waffen angeht, ausgeglichen ist. Die NATO-Truppen sind stark genug, um den „freien Westen" gegen eine Invasion der Roten Armee zu schützen.

Ein Angriff von der Bundesrepublik aus?

Die Entwicklung der „AirLand"-Doktrin wirft also schwerwiegende Fragen auf. „AirLand", so heißt es sogar in der offiziellen Literatur der US-Army, ist eine offensive Doktrin. Die „taktischen" Nuklearwaffen, vor allem die Pershing II, die in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, sind Erstschlagwaffen. Hat die NATO nun Erstschlagwaffen und eine Angriffsdoktrin für die Heeresverbände? Werden da die Vorbereitungen für einen Angriff auf Osteuropa getroffen?

Die „AirLand"-Doktrin wurde ausschließlich von den USA entwickelt. Colonel Werner bestätigte, daß kein anderes NATO-Land an den Vorarbeiten beteiligt war. Trotzdem, so General Rogers, haben die NATO-Alliierten das „AirLand"-Konzept „als Doktrin akzeptiert"[22]) – ohne jegliche öffentliche Diskussion und vermutlich über die Köpfe der meisten europäischen Parlamentarier hinweg. Die „Reforger"-Manöver 1982 waren die ersten Übungen, in denen die USA die „AirLand"-Doktrin im Verbund mit anderen NATO-Truppen angewendet haben.

Die „AirLand"-Doktrin paßt auch in das „Leitlinien-Dokument" des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger[23]). In diesen Leitlinien heißt es, daß „die konventionellen Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Verbindung mit denen unserer Verbündeten in der Lage sein sollten, es für die Sowjetunion riskant zu machen, ihre Interessen zu verfolgen, und zwar auch innerhalb des sowjetischen Kernlandes". Angesichts der Hochrüstungspolitik, die hinter

21) Dan Smith, The European Nuclear Theatre, „Protest and Survice", Monthly Review Press, New York 1981, S. 65.

22) „Spiegel"-Interview. Siehe auch Roger's Rede vor der Association of the United States Army in Washington am 13. 10. 1982. In seinen öffentlichen Reden benutzt Rogers den Begriff „AirLand Battle" selbst kaum; statt dessen redet er von einer „Verbesserung der konventionellen Streitkräfte" und von einer Verlagerung „des Schlachtfelds ins Hinterland des Gegners".

23) Vgl. den Wortlaut, „Blätter", 8/1982, S. 1011–1016.

diesen „Leitlinien" steht, und angesichts der Tatsache, daß Präsident Reagan auf dem Weg ist, das „Leitlinien-Dokument" in die Praxis umzusetzen – nicht zuletzt mit „AirLand Battle" –, muß man sich fragen, wie viele Schritte zwischen diesen Kriegsvorbereitungen und einem Krieg noch übrig geblieben sind.

Die USA nach den Novemberwahlen

Erfolge für „Freeze", aber noch keine Wende

Von Bernd Greiner und Rainer Rilling

Die Wahlen vom 2. November 1982 (in 34 Bundesstaaten wurden neue Regierungen und Parlamente bestimmt, ein neues Repräsentantenhaus mit 435 Mitgliedern und ein Drittel der Senatoren standen zur Wahl) wurden im Vorfeld als eine der wichtigsten Halbzeitwahlen der amerikanischen Nachkriegsgeschichte eingeschätzt:

– Erstmals war Gelegenheit gegeben, über Programm und Praxis der Regierung Reagan abzustimmen. Dabei mußte sich zeigen, wie gefestigt der Wahlsieg der Republikaner und neuen Rechten im Herbst 1980 tatsächlich war und ist; zugleich war die Wahl damit Barometer möglicher Kräfteverschiebungen und Richtungsdifferenzierungen in der amerikanischen Innenpolitik.

– In neun Bundesstaaten und der Hauptstadt Washington, D. C. konnten sich insgesamt 30 % aller Wahlberechtigten der USA in paralleler Abstimmung zum Vorschlag des sofortigen und beiderseitigen Einfrierens der Atomwaffenpotentiale der USA und der UdSSR äußern. Diese Abstimmungen waren zwar politisch und juristisch *nicht* verbindlich (sog. „non-binding resolutions"), aber dennoch von herausragender politischer Bedeutung. Niemals zuvor in der amerikanischen Geschichte konnten so viele Wähler gleichzeitig über eine (darüber hinaus dem jahrzehntelang tabuisierten Thema „militärische Sicherheit" zuzurechnende) Streitfrage befinden. Also war auch ein genauerer Aufschluß über die Breite der amerikanischen Friedensbewegung und ihre Verankerung im politischen System zu erwarten.

diesen „Leitlinien" steht, und angesichts der Tatsache, daß Präsident Reagan auf dem Weg ist, das „Leitlinien-Dokument" in die Praxis umzusetzen – nicht zuletzt mit „AirLand Battle" –, muß man sich fragen, wie viele Schritte zwischen diesen Kriegsvorbereitungen und einem Krieg noch übrig geblieben sind.

Die USA nach den Novemberwahlen

Erfolge für „Freeze", aber noch keine Wende

Von Bernd Greiner und Rainer Rilling

Die Wahlen vom 2. November 1982 (in 34 Bundesstaaten wurden neue Regierungen und Parlamente bestimmt, ein neues Repräsentantenhaus mit 435 Mitgliedern und ein Drittel der Senatoren standen zur Wahl) wurden im Vorfeld als eine der wichtigsten Halbzeitwahlen der amerikanischen Nachkriegsgeschichte eingeschätzt:

– Erstmals war Gelegenheit gegeben, über Programm und Praxis der Regierung Reagan abzustimmen. Dabei mußte sich zeigen, wie gefestigt der Wahlsieg der Republikaner und neuen Rechten im Herbst 1980 tatsächlich war und ist; zugleich war die Wahl damit Barometer möglicher Kräfteverschiebungen und Richtungsdifferenzierungen in der amerikanischen Innenpolitik.

– In neun Bundesstaaten und der Hauptstadt Washington, D. C. konnten sich insgesamt 30 % aller Wahlberechtigten der USA in paralleler Abstimmung zum Vorschlag des sofortigen und beiderseitigen Einfrierens der Atomwaffenpotentiale der USA und der UdSSR äußern. Diese Abstimmungen waren zwar politisch und juristisch *nicht* verbindlich (sog. „non-binding resolutions"), aber dennoch von herausragender politischer Bedeutung. Niemals zuvor in der amerikanischen Geschichte konnten so viele Wähler gleichzeitig über eine (darüber hinaus dem jahrzehntelang tabuisierten Thema „militärische Sicherheit" zuzurechnende) Streitfrage befinden. Also war auch ein genauerer Aufschluß über die Breite der amerikanischen Friedensbewegung und ihre Verankerung im politischen System zu erwarten.

Wer einen politischen Erdrutsch gegen Reagan erwartet hatte, mußte sich getäuscht sehen. Insgesamt erwies sich der politische Trend als uneinheitlich, vielfach widerspruchsvoll und ungefestigt. Uneinheitlich schon allein deshalb, weil die der Sache nach zusammenhängenden Abstimmungen über Reagans Wirtschafts- und Sozialpolitik und den Freeze in der politischen Realität (noch immer) als voneinander geschiedene Themen wahrgenommen werden. Von wenigen Ausnahmen (Zweiter Weltkrieg, Korea, Vietnam) abgesehen, werden mit außen- und sicherheitspolitischen Themen in den USA keine Wahlen entschieden. Die Innenpolitik diktiert in der Regel die Themen – das konnte im Herbst 1982 nur heißen, daß Arbeitslosigkeit und Sozialabbau im Vordergrund standen; der Freeze spielte im Wahlkampf der Kandidaten und im Abstimmungsverhalten der Wählerschaft nur in verschwindend wenigen Fällen eine Rolle[1]).

I

Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage: Reagans hochtrabende Wahlversprechen („Amerika wieder zurück zur Arbeit zu bringen") sind, wie nicht anders zu erwarten, sämtlich an der Realität gescheitert. Der Wahlkampf wurde folglich von den seit zwei Jahren rapide verschlechterten Bedingungen beherrscht, in erster Linie der *Arbeitslosigkeit.* Seit der großen Depression in den 30er Jahren gab es keine vergleichbare Wirtschaftskrise. Die offizielle Statistik (Stand: Oktober 1982) beziffert 11,3 Mill. Arbeitslose, hinzuzurechnen sind 1,6 Mill. „discouraged workers", die die Arbeitssuche längst aufgegeben haben, sowie eine nicht genau quantifizierbare Menge „versteckter Arbeitslosigkeit"; die (unfreiwillige) Teilzeitarbeit hat mit 6,6 Mill. Betroffenen ebenfalls einen Höchststand erreicht. Die größten Opfer müssen wie üblich die Schwarzen bringen: von ihnen sind durchschnittlich 20 % arbeitslos, von schwarzen Jugendlichen sind es über 50 %. Arbeitslosenunterstützung, ohnehin nur für 40 % (!) der Entlassenen beanspruchbar, wird in der Regel nur noch für 36 Wochen gewährt. Es zeichnet sich ab, daß Ende 1982 25 % der amerikanischen Arbeitskräfte, d.h. 30 Mill. Menschen, zwischen 14 und 16 Wochen arbeitslos gewesen sein werden[2]).

Keine Regierung in der Nachfolge des New Deal wagte einen derart radikalen Kahlschlag im ohnehin sehr grobmaschig geknüpften *„sozialen Netz"*. 2,1 Mill. Menschen erhalten keine Lebensmittelmarken mehr, das wichtigste Wohlfahrtsprogramm (Aid to Families with Dependent Children) wurde um 342 Mill. Dollar gekürzt, d.h. 700 000 Familien wird die Unterstützung entzo-

1) Schätzungen für die Wahl zum Repräsentantenhaus und Senat besagen, daß von den 466 Entscheidungen lediglich neun vom Freeze beeinflußt wurden. U. a. wurden die von der Friedensbewegung scharf kritisierten „Anti-Freezer" John LeBoutillier und James Coyne nicht wieder ins Repräsentantenhaus gewählt. Daß im Wählerbewußtsein von einer Identifizierung der demokratischen Partei mit dem Freeze keine Rede sein kann, zeigt eine Time/CBS-Umfrage: ihr zufolge wollten 53 % (!) der Freeze-Gegner für demokratische Kandidaten stimmen. Vgl. „International Herald Tribune" v. 20. 10. 1982.

2) Zahlenangaben nach „New York Times" v. 6. 11. 1982 und „Newsweek" v. 4. 10. 1982.

gen[3]). Und für Millionen Rentner ist zweifelhaft geworden, ob und wie ihre Altersversorgung („social security") weiterhin finanziert werden kann.

Wichtig ist, daß nicht mehr allein die (Industrie-)Arbeiterschaft und die ethnischen Minoritäten die Hauptbetroffenen sind. Die Krise erfaßt auch mehr und mehr den Mittelstand, also jene Gruppe, die traditionell ideologisch stabilisierend wirkt und überproportional große (und konservative) Wähleranteile stellt. Auch im Mittelstand steigt die Arbeitslosigkeit und mehren sich „Sekundärerscheinungen" der Krise wie z. B. zwangsweise verminderte Ausgaben für Bildung und Erziehung. So sank etwa seit 1980 die Zahl der in privaten Colleges Studierenden aus mittelständischen Familien mit 6000 bis 24 000 Dollar Jahreseinkommen um 39 %[4]).

II

Die Wahlergebnisse: Beim ersten Hinsehen erscheint der Wahlerfolg der Demokraten überzeugend. In den *Bundesstaaten* konnten sie ihren Vorsprung weiter ausbauen: in 34 Staaten kontrollieren die Demokraten jetzt beide legislativen Kammern; sieben Gouverneurssitze übernahmen sie von den Republikanern, allein fünf davon (in Ohio, Michigan, Wisconsin, Minnesota und Nebraska) in den von der Wirtschaftskrise überdurchschnittlich betroffenen Staaten des Mittleren Westens. Dort ging den Republikanern ihr Stammland und eine jahrzehntelang gehaltene Hochburg „verloren". Die im Vergleich zur 1978er Wahl höchsten Zugewinne verbuchten die Demokraten in den bevölkerungsreichsten Staaten des Ostens, Südens und der Westküste mit durchschnittlich 5–6 %[5]). Insgesamt erzielten sie auf Ebene der Bundesstaaten ihre seit 1970 besten Ergebnisse.

Bei der politisch wichtigsten Abstimmung über das neue *Repräsentantenhaus* gewannen die Demokraten 26 Sitze hinzu und verfügen nun über 267 gegenüber 166 Abgeordneten auf republikanischer Seite. Bei keiner Zwischenwahl seit 1922 (!) erlitt eine Partei, deren Kandidat seine erste Amtsperiode im Weißen Haus bestreitet, vergleichbar hohe Verluste wie die Republikaner 1982. Im *Senat* blieb die Sitzverteilung wie bisher (54:46 zugunsten der Republikaner); allerdings war Reagans Mehrheit sehr gefährdet, da sich fünf republikanische Abgeordnete nur mit äußerst knappen Mehrheiten durchsetzen konnten.

Eine Analyse der *Wählerbewegung* am Beispiel der Wahlen zu Repräsentantenhaus und Senat zeigt, daß der 1980 für Reagan ausschlaggebende, alle Wählergruppen erfassende Trend zu den Republikanern umgekehrt, teilweise der vor 1980 bestehende Stimmenproporz wiederhergestellt werden konnte. Die Republikaner konnten ihre Stammwähler halten. Dagegen mobilisierten die Demokraten offenbar Wechselwähler und konnten (der Radioge-

3) Lt. „New York Times" v. 25. 8. 1982, 1. 10. 1982; vgl. „US News and World Report" v. 16. 8. 1982. Zum Thema Hunger in den USA vgl. den materialreichen Bericht der „New York Times" v. 24. 10. 1982.
4) Lt. „New York Times" v. 9. 9. 1982.
5) Vgl. „New York Times" v. 8. 11. 1982, S. 12.

sellschaft NBC zufolge) 78 % jener Stammwähler, die 1980 ins Reagansche Lager übergewechselt waren, zurückgewinnen. Folgende Gruppen votierten mehrheitlich demokratisch und stellten die traditionelle „Wählerkoalition" der Partei wieder her: *Jüngere Wähler* unter 30 und *ältere* über 50 (55–60 %); *Arbeitslose* (69 %); *Gewerkschaftsmitglieder* (65–70 %); *Schwarze* (90 %); *Frauen* (56 %); *Katholiken* (59 %); *Juden* (72 %); und die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe der *Hispanics* (46 %, gegenüber 22 % für die Republikaner)[6]).

Die Demokraten profitierten des weiteren von der bei Zwischenwahlen seit 20 Jahren mit knapp über 40 % höchsten *Wahlbeteiligung;* auffällig dabei, daß mehr Schwarze (50 %) als Weiße zur Wahl gingen.

Als wichtige Trendwende erscheint zunächst auch der Mißerfolg der parlamentarisch und außerparlamentarisch organisierten „Neokonservativen". 13 der 1980 neugewählten Abgeordneten aus Reagans rechter Jungschar scheiterten; das rechtsradikale „National Conservative Political Action Committee" (NCPAC), 1980 durch gezielte Propagandaarbeit für die Niederlage von vier liberalen Senatoren mitverantwortlich, mußte einen Rückschlag hinnehmen. Mit 4 Mill. Dollar ausgestattet, hatte das Komitee 30 Abgeordnete und Senatoren auf seine „Zielliste" (wie dies in ihrem Jargon genannt wird) gesetzt. Nur in zwei Fällen war man erfolgreich, wohingegen zahlreiche republikanische Abgeordnete verloren, eben weil sie vom NCPAC unterstützt wurden.

III

Politische Relevanz der Wahl: Die Stimmverteilung zeigt also eindeutig eine Niederlage Reagans und der Republikaner; dies ist aber nur die quantitative Seite der Medaille. Nach inhaltlichen Kriterien bemessen, kündigt die Wahl noch *keine* grundsätzliche Wende im Kräfteverhältnis der politischen Grundströmungen an. Diese Einschränkung folgt aus mehreren Gesichtspunkten.

1) Die *demokratische Partei* wurde und wird den Aufgaben einer Oppositionspartei *nicht* gerecht. Opposition gegen das regierende Lager ist grundsätzlich nach zwei Seiten hin möglich: erstens als Protestpartei aufzutreten und aus der bloßen Negation der präsidialen Politik, d.h. noch ohne entwikkeltes Alternativprogramm, Wahlen zu gewinnen. Dazu bedarf es allerdings einer effektiven politischen Führung und profilierter Repräsentanten. Beides fehlt augenblicklich den Demokraten, weder Kennedy noch Mondale noch Glenn scheinen dazu in absehbarer Zeit fähig. Bliebe also noch die zweite Möglichkeit des Entwurfs eines innerparteilich konsensfähigen und nach außen offensiv vertretenen Wirtschaftskonzepts, das einen den Interessen der demokratischen Wählerklientel entsprechenden Ausweg aus der Krise weist – ein solches aber fehlt den Demokraten vollends. Der Wahlkampf war dafür beredtes Zeugnis, blieb die Opposition gegen Reagan doch rein defensiv.

6) Ebd.

Zwar kritisierte man die Auswirkungen der Reaganomics, blieb aber bei den vorgeschlagenen Lösungen innerhalb der Reagan-Ideologie.

Wesentlich für diese Entwicklung ist wohl, daß die Demokraten in ihren eigenen Reihen die Rechtsverschiebung des politischen Spektrums in den USA (spätestens seit 1980) nachvollzogen und unter republikanischem Druck wesentliche liberale Momente des klassisch demokratischen Programms über Bord geworfen haben. Die traditionelle Forderung nach einer Erhöhung der Bundesausgaben für sozialstaatliche Zwecke wurde aufgegeben und durch eine die Alternativlosigkeit kaum verhüllende Formel ersetzt: Sozialausgaben beschneiden und „Grundstruktur" der Sozialprogramme erhalten. Das im September 1982 vorgelegte Wirtschaftsmanifest („Rebuilding the Road to Opportunity") rückte darüber hinaus vom (jahrzehntelang proklamierten) Ziel der Vollbeschäftigung ab und nannte – in voller Übereinstimmung mit Reagan – die Inflation, *nicht* die Arbeitslosigkeit als Hauptproblem. Militärausgaben wurden in diesem „Manifest" nicht einmal erwähnt; sie seien ein gesondert zu erörterndes Problem „nationaler Sicherheit".

2) „USA Today" – die neue nationale Tageszeitung – kommt daher in ihrer Wahlanalyse berechtigterweise zu dem Schluß, daß die neue/alte *Koalition demokratischer Wähler* wegen der mangelnden Orientierungskraft „ihrer" Partei noch sehr *labil* ist. „. . . im Urteil der Wähler spiegelt sich eine Hoffnung und keineswegs die bewußte Unterstützung einer spezifischen Programmatik oder Politik."[7]) Diese „Hoffnung" besteht wohl in erster Linie darin, daß die Demokraten mit ihrem vielseitig interpretierbaren Vorschlag einer stärkeren Regierungsintervention die Wirtschaft doch noch würden ankurbeln können. Wo auch diese Hoffnung fehlte, gerann die Stimmabgabe zum perspektivlosen (und gerade in Krisensituationen extrem manipulierbaren) Nur-Protest gegen die Regierungspolitik.

3) Verschiedene repräsentative *Meinungsumfragen* bei registrierten Wählern unmittelbar vor bzw. während der Wahl zeigten, daß der Mangel an Alternativen noch immer der Reaganschen Position zugute kommt. 49–60 % der Befragten waren der Meinung, „Reaganomics" würden mit der Zeit doch zu wirtschaftlichen Verbesserungen führen[8]) – man müsse dem Präsidenten eine Chance geben, da schließlich, so die Mehrheit der Befragten, die vorangegangenen demokratischen Regierungen für die Misere verantwortlich seien.

Die diesem Urteil widersprechende Stimmverteilung bei der Wahl ist wohl darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der registrierten Wähler zu Hause blieb. Eine höhere Wahlbeteiligung hätte demzufolge auch den Republikanern zusätzliche Stimmen bringen können.

Diese Einschätzung wird bestätigt durch das zweite Umfrageergebnis, daß Reagan (eine der effektivsten präsidialen Medienfiguren überhaupt) auch

7) „USA Today" v. 4. 11. 1982, S. 10 A.

8) Ergebnisse einer Umfrage von New York Times/CBS News, in: „New York Times" v. 8. 11. 1982, S. 12; vgl. „Times" v. 15. 11. 1982, S. 12/13.

zwei Jahre nach seiner Wahl persönlich weitaus angesehener ist als die potentiellen demokratischen Gegenkandidaten Kennedy und Mondale. Es ist zu vermuten (obwohl hierzu bislang keine Untersuchungen vorliegen), daß der noch unentschiedene, zahlreichen Schwankungen unterworfene Meinungsbildungsprozeß im Mittelstand, einer erstmals von der Krise umfänglich betroffenen Gruppe, eine der wesentlichen Ursachen dieser Widersprüchlichkeit und Ambivalenz ist.

4) In dieser Instrumentalisierbarkeit einer zwar zunehmend politisierten, aber orientierungslosen Grundstimmung liegt nach wie vor die große Chance der in „Political Action Committees" organisierten *außerparlamentarischen Rechten*. Ihr Mißerfolg bei der Novemberwahl signalisiert noch keineswegs ein Scheitern ihres politischen Konzepts und/oder ihres ideologischen Einflusses. Ihr entscheidender Fehler beim diesjährigen Wahlkampf war wohl, statt wirtschaftlicher Fragen allein die sog. „social issues" (Schulgebete, Abtreibungsverbot, Beschneidung der Bürgerrechte etc.) zu thematisieren. Die Situation kann sich in dem Augenblick durchaus ändern, wenn eine wirtschaftspolitische Programmatik angeboten wird. Wahrscheinliche Schlüsselforderungen wären dann die bekannten demagogischen Varianten: Wirtschaftsaufschwung durch Aufrüstung, Lösung der Beschäftigungsprobleme durch Protektionismus, Einwanderungsverbot bzw. Abschiebung neuer Einwanderergruppen (insbesondere Hispanics), wirtschaftsautoritäre Ordnungsprogramme mit Zwangsverordnungen u. v. a. Ein so profiliertes Programm würde die neue Rechte in ihrer Oppositionsrolle zweifellos stärken und das politische Spektrum weiter nach rechts drücken.

5) Damit ist auch der Rahmen dessen abgesteckt, was von der Arbeit des im Januar zusammentretenden *neuen Kongresses* zu erwarten ist. Bisher war es Reagan gelungen, entscheidende Abstimmungen (wenn auch oft nur mit knapper Mehrheit) in einer Koalition der geschlossen auftretenden republikanischen Fraktion mit konservativen Demokraten aus den Südstaaten (sog. „Boll Weevils") zu gewinnen. Der Verlust von 26 Sitzen, die Wahl liberaler Demokraten und eine sich abzeichnende größere Unabhängigkeit republikanischer Abgeordneter vom Weißen Haus wird es unmöglich machen, diese Koalition fortzuschreiben.

Bilanziert man die umfängliche Debatte in den führenden Zeitungen und Zeitschriften des Landes und die diversen Stellungnahmen der Kapitalseite[9]), so treten zwei mögliche Entwicklungsvarianten hervor: Kompromisse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die schlimmsten Auswüchse der bisherigen Politik korrigieren (freilich weiterhin auf Grundlage der Reaganomics), und Abstriche am Rüstungshaushalt. D. h. konkret: Verabschiedung eines begrenzten und nur auf politische Legitimation bedachten, daher kosmetischen

9) Vgl. u. a.: Peter H. Stone, At War over the Pentagon, in: „New York Times" v. 14. 11. 1982; Peter T. Kilborn, Business Chiefs See Need to Cut Military Spending to Trim Deficit, in: „New York Times" v. 11. 10. 1982; Murray L. Weidenbaum, It's Time for a Hard Look at Defense, in: „New York Times" v. 31. 10. 1982.

Arbeitsbeschaffungsprogramms für soziale Infrastrukturmaßnahmen und Einsparungen im Rüstungsbereich, die die zunehmend unkontrollierbaren Folgen für den Staatshaushalt bändigen, ohne an der Entwicklung und Stationierung von Erstschlagswaffen und dem Aufbau konventioneller Interventionskapazität – also dem Kern des Reaganschen Militärprogramms – Abstriche zu machen. Möglicherweise wird es also zu einer Verteilung derselben Rüstungsausgaben auf einen längeren Zeitraum kommen.

Diese Erwartung steckt wohl hinter den Wahlanalysen der gesamten bürgerlichen Presse in den USA, die von einem Trend zum „mäßigenden Zentrum" sprach. Auch in maßgeblichen Wirtschaftskreisen scheint eine solchermaßen moderierte, aber im Grundsatz beibehaltene Richtung bevorzugt zu werden – jedenfalls legt die Verteilung der Wahlkampffinanzen auf die großen Parteien diesen Schluß nahe. Die von den wichtigsten Kapitalgruppen getragenen „Political Action Committees" (sog. „business" oder „corporate PACs") waren darauf bedacht, bei aller Bevorzugung der Republikaner auch den Demokraten ausreichenden Handlungsspielraum zu sichern: 57 % ihrer Mittel flossen der Reagan-Partei zu, 43 % erhielten die Demokraten[10]).

Es ist durchaus möglich, daß in der anstehenden Debatte über die Rüstungs- und Militärpolitik auch weitergehende Positionen zum Tragen kommen. Unter dem Druck der Friedensbewegung kristallisiert sich in der demokratischen Partei nämlich immer deutlicher (und ganz im Unterschied zum wirtschaftspolitischen Bereich!) ein Programm alternativer Außen- und Sicherheitspolitik heraus. Gerade die zentrale Forderung nach einem „Freeze" wird von einer Mehrheit der demokratischen Kongreßfraktion mehrheitlich unterstützt.

Allerdings bleibt zu beachten, daß diese Unterstützung vielfach noch ungefestigt und labil ist: im Frühsommer z. B. stimmten einige der pro-Freeze Abgeordneten des Repräsentantenhauses einem Bewilligungsantrag für den Weiterbau der MX-Rakete zu (also eines jener erstschlagsfähigen Systeme, die die Friedensbewegung sofort „eingefroren" wissen will); viele (u. a. auch Kennedy) fordern eine (begrenzte) Umleitung der im Gefolge eines „Freeze" freigesetzten finanziellen Mittel in die konventionelle Aufrüstung. Und noch immer gehen die Meinungen der außerparlamentarischen Bewegung und führender Parlamentsvertreter in der Frage auseinander, wann „eingefroren" werden soll: sofort und ohne vorherige Verhandlungen (Friedensbewegung) oder erst nach erfolgreichen Verhandlungen über den „Freeze" (so z. B. Kennedy). Letzteres würde nach Meinung der Friedensbewegung möglicherweise einen nicht wiedergutzumachenden zeitlichen Aufschub, d. h. die Gefahr der Stationierung qualitativ neuer Waffensysteme während der Verhandlungsphase, mit sich bringen.

Es wird nicht zuletzt von der Stärke und der strategischen Kompetenz der Friedensbewegung selbst abhängen, ob und wann diese Ungereimtheiten be-

10) Lt. „Washington Post" v. 29. 10. 1982.

seitigt werden können. Damit stellt sich dann auch die zweite entscheidende Frage im Gefolge der Novemberwahl: wo steht die Friedensbewegung und welche Perspektiven zeichnen sich ab?

IV

Die Friedensbewegung – eine Standortbestimmung: Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Arbeit und realer Einfluß der außerparlamentarischen Opposition nicht an der Stimmverteilung anläßlich der Wahl bemessen werden können. Gleichwohl wird die Freeze-Bewegung in Zukunft auch und gerade auf Wahl- und parlamentarische Abstimmungserfolge angewiesen sein, will sie ihre Forderungen realisieren. Die bereits ins Auge gefaßte Stationierung von Pershing II und MX läßt überdies nur äußerst geringen zeitlichen Spielraum. Daher ist die Verbindung von außerparlamentarischer Opposition und erfolgreicher parlamentsbezogener Arbeit schon jetzt zur *Tagesaufgabe* geworden. Aus Vorbereitung und Verlauf der Novemberwahl ergeben sich wichtige Hinweise auf die Schwierigkeiten und Chancen zur Bewältigung dieser Aufgabe.

Zunächst zu den *Schwierigkeiten:* die außerparlamentarische Opposition stand nicht nur vor dem traditionellen Problem, militärstrategische und außenpolitische Themen in den Wahlkampf einzubringen. Zugleich waren die Möglichkeiten effektiver *Öffentlichkeitsarbeit* sehr beschränkt. Keines der führenden Presseorgane unterstützte den Freeze. Im Gegenteil, große Zeitungen wie die „New York Times" und die „Washington Post" nahmen im redaktionellen Teil ausdrücklich gegen ein Einfrieren Stellung[11]).

Das wahrscheinlich wichtigste, strukturelle Hindernis liegt aber woanders: in der ständig wachsenden Macht des „großen Geldes" bei der Organisation des Wahlkampfes, der Bestimmung der Kandidaten und öffentlich diskutierten Inhalte. Es war der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Für die Stimmen von 160 Mill. Wahlberechtigten und 64 Mill. Wählern wurden insgesamt 900 Mill. Dollar (über 14 Dollar pro Stimme) ausgegeben, davon allein 325 Mill. für die Kongreßwahlen[12]). Um einen Senatssitz zu gewinnen, waren durchschnittlich 1,5 Mill. Dollar erforderlich – die Hälfte der Senatskandidaten waren folglich auch Millionäre. Die schwindelerregenden Steigerungsraten der notwendigen Mittel betreffen *alle* Wahlämter, von den Gemeindeparlamenten bis hin zum Senat. Verfügen die Kandidaten nicht selbst über die erforderlichen Summen, werden sie von den „Political Action Committees" finanziert und damit abhängig. 1982 gab es 1400 von Industrieseite finanzierter Komittees, eine Steigerung um das 15fache gegenüber 1974[13]); 40 % der insgesamt 3500

11) Vgl. „New York Times" v. 13. 11. 1982.
12) Lt. „US News and World Report" v. 15. 11. 1982.
13) Lt. „Washington Post" v. 30. 10. 1982. Zu den wichtigsten Komittees gehören: National Congressional Club, National Conservative PAC, Realtors' PAC, Fund for a Conservative Majority, American Medical Association PAC, Citizens for the Republic, National Committee for an Effective Congress, Committee for the Survival of a Free Congress, Fund for a Democratic Majority, National Rifle Association Political Victory Fund („New York Times" v. 3. 11. 1982).

national agierenden „Political Action Committees" werden damit vom Kapital kontrolliert[14]).

Wahlkämpfe werden nicht nur immer kapitalintensiver, sondern zusehends vom Einsatz moderner Technologie und Marketing-Strategien geprägt (Computer für Public-Relations-Programme, generalstabsmäßig organisierte Wurfsendungen etc.) Allein deren gezielter Einsatz entscheidet darüber, zu welchem Zeitpunkt welche Inhalte „vermaßt" werden. Es liegt auf der Hand, daß die außerparlamentarische Opposition damit vor denkbar ungünstigen Voraussetzungen mit Blick auf Kandidatenaufstellung und Medieneinfluß steht. Ihre Randstellung in der „medialisierten" politischen Kultur der USA wird dadurch zusätzlich verfestigt.

Trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen zeigten sich anläßlich der Wahl zugleich *Chancen* für die demokratische Bewegung, in Zukunft wirksamer als bisher in den politischen Prozeß einzugreifen – Chancen, die in den Darstellungen der bundesdeutschen Presse aus durchsichtigen Gründen nicht oder kaum erwähnt wurden.

Allgemein war erwartet worden, daß die in Zeiten wirtschaftlicher Depression allenthalben feststellbare resignative Apathie der Krisengeschädigten die Wahlbeteiligung noch weiter senken werde. Dies hat sich nicht bestätigt. Die *Wahlbeteiligung* lag mit etwas mehr als 40 % über dem Durchschnitt aller Zwischenwahlen seit 1962, und es stimmten proportional mehr *Arbeitslose, Arme* und Angehörige *rassischer Minoritäten* als in der Vergangenheit ab. Dem gewerkschaftlich unterstützten „Project Vote" z.B. gelang es, unter den vor Sozialhilfeämtern wartenden Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfängern in insgesamt sieben Staaten der Ostküste und des Mittleren Westens 80 000 zusätzliche Wähler zu registrieren.

Das entscheidende Indiz einer Intensivierung des politischen Prozesses und zugleich einer Polarisierung des Spektrums ist in der enorm gestiegenen Zahl von *Bürgeranträgen* (sog. „ballot initiatives") zu sehen. Diese Initiativen werden im Unterschied zu Referenden nicht von den Staatsparlamenten zur Abstimmung gestellt, sondern sind auf die Basisarbeit nicht-etablierter politischer Parteien und/oder Wählergruppierungen angewiesen. Von den 30er Jahren und den populistischen Anträgen zur Kontrolle des „big business" ausgehend, wird diese Form der politischen Willensbekundung von allen politisch-ideologischen Richtungen aufgegriffen. In diesem Jahr wurden nicht nur die meisten Anträge seit 1932 gestellt (60 Themen in 24 Staaten), sondern es war auch ein deutlicher Trend zugunsten progressiver Inhalte feststellbar. Zwar ist die „neue Rechte" mit ihren reaktionären Standardthemen (Abtreibungsverbot, keine Gleichberechtigung der Frau, Aufhebung der rassischen Gleichberechtigung, Wiedereinführung der Todesstrafe etc.) nach wie vor vertreten, ihre dominante Stellung aus dem Präsidentschaftswahlkampf 1980 aber wurde gebrochen.

14) Lt. „New York Times" v. 3. 11. 1982.

Angenommen wurden z. B. folgende Anträge: keine Gemeindesteuern für Zivilverteidigung (in Cleveland, Ohio); jährlicher Bericht des Bürgermeisters über die in den Pentagon-Haushalt fließenden Gelder der Stadt (in Pittsburgh, Pennsylvania); kein Bau neuer Atomkraftwerke oder Atommülldepots ohne vorherige Volksbefragung (in Massachusetts); keine weitere Militärhilfe an El Salvador (in Portland, Oregon; in Burlington und St. Albans, Vermont). Anträge gegen Kernenergie in Idaho und Maine wurden ebenso abgelehnt wie die Forderung, die Atomwaffenfabrik Rocky Flats bei Denver (Colorado) auf friedliche Produktion umzustellen.

In Gestalt dieser Bürgeranträge scheint sich eine Gegenbewegung zur krisenbedingten Apathie, zur Alternativlosigkeit der etablierten Parteien und deren abgehobenem, computerisiertem Medienwahlkampf zu formieren. Sehr wichtig für diesen Formationsprozeß ist, daß die politisch organisierte, aber zersplitterte und nach wie vor randständige *Linke* diese Arbeit als neues Politikfeld definiert hat und daß in den letzten Jahren die *Frauen* sehr aktiv geworden sind. Letzteres zeigt sich nicht allein an den Aktivitäten ihrer Organisationen (z. B. National Organization of Women-NOW), sondern wird auch durch Wahlverhalten und Meinungsumfragen bestätigt: Frauen wählten z. B. häufiger als Männer demokratisch, und ihre politische Grundhaltung scheint profilierter (ein höherer Prozentsatz als bei den Männern spricht sich z. B. für Abrüstung aus). Hier hat wohl der Kampf um die Gleichberechtigung (Equal Rights Amendment) in allen Teilen des Landes mobilisierend gewirkt.

Der „*Freeze*" war mit Abstand die häufigste und erfolgreichste „ballot initiative". In den Staaten Arizona, California, Massachusetts, Michigan, Montana, New Jersey, North Dakota, Oregon und Rhode Island sowie in zahlreichen Bezirken, Gemeinden, Städten und Großstädten (z. B. Washington, D. C., Chicago, Denver) stimmten 11 112 908 Wähler mit „Ja" (60 %) und 7 338 097 mit „Nein" (40 %). Abgelehnt wurden die Anträge nur in Arizona und je einem Bezirk in Arkansas und Colorado. In Montana sprachen sich die Bürger nicht nur für „Freeze", sondern auch gegen eine Stationierung der MX aus. Mit diesem überzeugenden Erfolg hat die Freeze-Kampagne zweifellos ein wichtiges Teilziel erreicht und ihr Anliegen nicht nur zu einer „Frage nationalen Interesses" gemacht (wie dies in den Strategiepapieren der Bewegung formuliert wird), sondern auch die Zustimmung einer repräsentativen Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung gefunden.

Sollen diese Chancen genutzt und in einen Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen 1984 umgemünzt werden, so wird sich die Friedensbewegung mit folgenden *Aufgaben* auseinanderzusetzen haben[15]):

1) Die Positionen innerhalb der eigenen Reihen zu festigen und aufklärerisch gegenüber noch unentschlossenen oder schwankenden Bevölkerungsgruppen zu wirken. Die nominelle Mehrheit für die Freeze-Resolutionen sollte

15) Zum Folgenden vgl. auch: Heinrich W. Ahlemeyer/Bernd Greiner (Hrsg.), We shall overcome – die amerikanische Friedensbewegung in Selbstzeugnissen, Köln 1982 (im Erscheinen).

nämlich nicht mit inhaltlicher Verankerung der Position gleichgesetzt werden. Einer Umfrage des Nachrichtenmagazins „Time" und der Rundfunkgesellschaft CBS zufolge wollten z.B. 40 % der zur Wahl registrierten Freeze-Anhänger für die Republikaner stimmen[16]).

2) Nur wenn es gelingt, das strikt als Einpunktforderung verstandene „Freeze Now!" als eine Politik begreif- und erfahrbar zu machen, die die wirtschafts- und sozialpolitischen *Tages*interessen der Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der Krisenopfer *unmittelbar* mit einschließt (denn einzig und allein ein sofortiges Einfrieren könnte die weitere Umverteilung stoppen und perspektivisch Mittel für soziale Zwecke freisetzen!), d.h.: nur wenn deutlich wird, daß die Erfüllung einer *einzigen* sicherheitspolitischen Forderung zugleich eine *Vielzahl* tagtäglicher Reproduktionsinteressen befriedigen würde, wird es möglich sein,

a) die künftig unabdingbare Unterstützung der Arbeiterschaft und der ethnischen Minoritäten zu gewinnen und

b) die traditionelle Abschottung von Außen- und Militärpolitik bei Wahlen zu überwinden und die Kandidaten an ihrer innen- *und* militärstrategischen Programmatik zu messen.

In den Koordinationsgremien der Freeze-Kampagne hat man diese strategische Notwendigkeit begriffen; in zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen mangelt es freilich noch an dergleichen Problembewußtsein. Die Haltung der Gewerkschaften wird auch hier für die weitere Entwicklung mitentscheidend sein. Offenbar vollziehen sich augenblicklich innergewerkschaftliche Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse[17]), die auf eine Aufkündigung der über Jahrzehnte praktizierten Loyalität in Fragen „nationaler Sicherheit" hinauslaufen.

3) Nicht zuletzt aus diesem Grund steht zu erwarten, daß von Regierungsseite die bisher erfolglose, erst während des Wahlkampfes intensivierte Propagandaarbeit gegen den Freeze[18]) verstärkt und institutionalisiert werden wird. Spaltung und Repression werden die bevorzugten Mittel sein.

4) Im Frühjahr 1983 soll die Freeze-Forderung als *verbindliche* Resolution erneut im Repräsentantenhaus eingebracht und die parlamentarische Lobbyarbeit verstärkt werden. Bei dieser Gelegenheit wird sich erneut die Frage stellen, wie im Zusammenwirken mit der demokratischen Partei deren militärpolitisches Alternativkonzept und damit der Differenzierungsprozeß innerhalb der herrschenden Kreise offensiv für den Aufbau einer breitest-möglichen Anti-Reagan-Koalition zu nutzen ist. Die Frage nach der Dauerhaftigkeit eines solchen Zusammengehens und ob Personalisierung und Vereinnahmung durch die Demokraten vermeidbar sind, wird allein in der politi-

16) Lt. „International Herald Tribune" v. 20. 10. 1982.
17) Vgl. Ahlemeyer/Greiner, a.a.O., Kap. 3, 4.
18) Vgl. Frank Donner, But Will They Come? The Campaign to Smear the Nuclear Freeze Movement, in: „The Nation" v. 6. 11. 1982, S. 456–465.

schen Praxis entschieden werden, hängt also auch wesentlich von Einfluß und strategischem Geschick der Freeze-Bewegung selbst ab. Dabei wird es nicht nur darauf ankommen, den Boden für die Freeze-Resolution zu bereiten, sondern zugleich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei militärischen Mittelbewilligungen zu beeinflussen und damit in die Haushaltsstruktur einzugreifen. Eine erste Probe aufs Exempel werden die neuerlichen Debatten und Abstimmungen über die MX im Dezember oder Januar sein.

Erst wenn diese Aufgaben bewältigt sind, wird die Freeze-Bewegung die anläßlich der Novemberwahl deutlich gewordene Ambivalenz von Stärke *und* Schwäche überwinden, die 1984er Wahl entscheidend beeinflussen und Reagan schlagen können. Nur unter der Voraussetzung, daß die gegebene Polarisierung und Intensivierung des politischen Prozesses in den USA eine solchermaßen positiv definierte, nämlich vereinheitlichende Orientierung erhält, wird eine innenpolitische Kräfteverschiebung mit erheblicher Außenwirkung möglich sein. Mit Prognosen muß man vorsichtig sein: noch gibt es keine Wende, nur Ansätze dazu.

Sparen, Umverteilen, Rüsten

Zu den Schwerpunkten der Haushaltspolitik seit dem Regierungswechsel

Von Jörg Huffschmid

„Unser Ziel heißt klar und deutlich: Über geordnete Finanzen zu einem geordneten Staat."
Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982

1. Neue Akzente – unveränderte Schwerpunkte

Als eine der wichtigsten und drängendsten Aufgaben hat die Regierung Kohl die Neuordnung und Sanierung der öffentlichen Finanzen bezeichnet. Sie hat allerdings nicht – wie vor der Regierungsübernahme mehrfach angekündigt –

schen Praxis entschieden werden, hängt also auch wesentlich von Einfluß und strategischem Geschick der Freeze-Bewegung selbst ab. Dabei wird es nicht nur darauf ankommen, den Boden für die Freeze-Resolution zu bereiten, sondern zugleich das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei militärischen Mittelbewilligungen zu beeinflussen und damit in die Haushaltsstruktur einzugreifen. Eine erste Probe aufs Exempel werden die neuerlichen Debatten und Abstimmungen über die MX im Dezember oder Januar sein.

Erst wenn diese Aufgaben bewältigt sind, wird die Freeze-Bewegung die anläßlich der Novemberwahl deutlich gewordene Ambivalenz von Stärke *und* Schwäche überwinden, die 1984er Wahl entscheidend beeinflussen und Reagan schlagen können. Nur unter der Voraussetzung, daß die gegebene Polarisierung und Intensivierung des politischen Prozesses in den USA eine solchermaßen positiv definierte, nämlich vereinheitlichende Orientierung erhält, wird eine innenpolitische Kräfteverschiebung mit erheblicher Außenwirkung möglich sein. Mit Prognosen muß man vorsichtig sein: noch gibt es keine Wende, nur Ansätze dazu.

Sparen, Umverteilen, Rüsten

Zu den Schwerpunkten der Haushaltspolitik seit dem Regierungswechsel

Von Jörg Huffschmid

„Unser Ziel heißt klar und deutlich: Über geordnete Finanzen zu einem geordneten Staat."
Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982

1. Neue Akzente – unveränderte Schwerpunkte

Als eine der wichtigsten und drängendsten Aufgaben hat die Regierung Kohl die Neuordnung und Sanierung der öffentlichen Finanzen bezeichnet. Sie hat allerdings nicht – wie vor der Regierungsübernahme mehrfach angekündigt –

den noch von der sozialliberalen Koalition Anfang Juli beschlossenen Haushaltsentwurf für 1983 samt der dazugehörigen mittelfristigen Finanzplanung insgesamt zurückgezogen und einen ganz neuen Entwurf vorgelegt. Vielmehr brachte sie am 10. November eine „Ergänzung zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltes für das Haushaltsjahr 1983" (Bundestagsdrucksache BT-Dr. 9/2050) sowie einen „Entwurf eines Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983)" (BT-Dr. 9/2074) ins Parlament ein. Beide Vorlagen sollen im Dezember, zusammen mit dem alten Entwurf der sozialliberalen Koalition, verabschiedet werden.

Bei dieser Gelegenheit liegt dann auch der 2. Nachtragshaushalt für 1982 zur Beschlußfassung an. Neben der zum Ausgleich der 1982 anfallenden Steuermindereinnahmen (5,4 Mrd. DM) und zur Aufstockung der Arbeitslosenhilfe um 100 Mio. DM notwendigen Erhöhung der Nettokreditaufnahme des Bundes – die auch eine Regierung Schmidt in gleicher Höhe hätte vornehmen müssen – setzt die neue Bundesregierung schon in diesem Nachtragshaushalt dadurch einen besonderen Akzent, daß sie zusätzliche 600 Mio. DM noch in diesem Jahr zur Finanzierung der beiden Kernreaktoren in Kalkar und Schmehausen zur Verfügung stellt. Auch diese Mehrausgabe wird durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung finanziert, die damit um 6 Mrd. DM auf 39,9 Mrd. DM steigt.

Einige ähnlich gelagerte neue Akzente finden sich auch in den haushaltspolitischen Änderungen, die die neue Bundesregierung gegenüber dem alten Entwurf für 1983 durchsetzen will. – Die Ansätze des Postministeriums für die Breitbandverkabelung, bei der sich die alte Bundesregierung nur zögernd engagiert hatte, sind von 400 Mio. DM (alter Entwurf) auf eine Milliarde DM, also auf das Zweieinhalbfache erhöht worden; dabei sind die zusätzlichen Mittel allerdings aus dem Etat des Postministeriums aufgebracht, also in anderen Bereichen dieses Ressorts gestrichen worden.

– Die Ausgaben des Ministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) sollen nicht, wie der Entwurf der früheren Bundesregierung vorsah, um 7,3% oder um fast eine halbe Milliarde DM aufgestockt, sondern um 150 Mio. DM oder 2,4% gekürzt werden. Dies dürfte in erster Linie mit den „neuen Schwerpunkten in der Forschungspolitik" zusammenhängen, die Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber am 21. Oktober 1982 vor der Fraunhofer-Gesellschaft dahingehend umriß: „Der Abbau einer viel zu großen Zahl direkt geförderter Einzelprojekte zugunsten einer indirekten Forschung über steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen, und Personalkosten, über zinsgünstige Darlehen, Zulagen und Zuschüsse . . . Ziel indirekter Förderung von Forschung und Entwicklung muß die Stärkung der Suchfunktion des Marktes sein." (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 100/82 vom 28. 10. 1982, S. 922). Hierdurch werden die – dann nicht mehr über den Haushalt des BMFT laufenden – staatlichen Aufwendungen für die Forschung zwar mit Sicherheit nicht geringer; geringer werden dagegen die

Möglichkeiten, die Forschung in der Bundesrepublik wenigstens in Ansätzen zu überblicken und demokratisch zu kontrollieren, von einer sinnvollen gesellschaftlichen Koordination und Lenkung ganz zu schweigen.

In die gleiche Richtung der Verstärkung marktradikaler Auslese- und Verdrängungsprozesse bei der Vergabe staatlicher Mittel zielen eine Reihe von Grundsatzerklärungen der jeweiligen Minister, etwa für die Bildungspolitik, den Umweltschutz oder die Gesundheitspolitik. Sie schlagen sich allerdings noch nicht deutlich in dem Entwurf für den neuen Bundeshaushalt nieder. Es ist auch zu bezweifeln, daß die mittelfristig zu erwartenden Änderungen mehr als marginale Änderungen der Hauptlinien bewirken werden, die sich seit Jahren in der Haushaltspolitik weitgehend durchgesetzt haben.

Für den Haushaltsentwurf 1983 ist die Hauptlinie der Finanzpolitik der neuen Bundesregierung jedenfalls durch eine ungebrochene Kontinuität zu der ihrer Vorgängerin gekennzeichnet. Auch angesichts einer dramatisch verschlechterten wirtschaftlichen Lage und wohlmöglich noch schlechterer Aussichten für das nächste Jahr werden keine neue Weichen gestellt. Die alte Bundesregierung war bei der Aufstellung ihres Haushaltsentwurfes für 1983 davon ausgegangen – wider besseres Wissen, wird man unterstellen müssen –, daß es 1983 in der Bundesrepublik ein reales Wirtschaftswachstum von 3% und eine Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,85 Mio. im Jahresdurchschnitt geben werde. Diese Zahlen hat die Regierung Kohl mit Recht als unseriös zurückgewiesen; sie legt ihrer Finanzplanung für 1983 demgegenüber eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 2,35 Mio. – also eine halbe Million mehr – und ein Nullwachstum zugrunde; beides dürften immer noch sehr optimistische Annahmen sein. Diese düsteren Entwicklungsperspektiven haben die Bundesregierung aber nicht veranlaßt, den Kurs der bisher betriebenen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wesentlich zu ändern. Im Gegenteil, die auch schon in den letzten beiden Jahren immer deutlicher eingeschlagene Entwicklungsrichtung wird verstärkt und beschleunigt weiter verfolgt, die Konturen und Profile der bisherigen Politik werden schärfer akzentuiert.

Es lassen sich drei Hauptlinien erkennen, die die Haushaltspolitik während der letzten Jahre bestimmt haben und sie gegenwärtig prägen. Sie werden in unterschiedlicher Deutlichkeit in der Öffentlichkeit artikuliert und in unterschiedlichem Maße in der Entwicklung tatsächlich durchgesetzt:
– die Linie der *Beschränkung* der öffentlichen Ausgaben und der Verringerung staatlicher Neuverschuldung („Sparpolitik");
– die Linie der *Umstrukturierung* der öffentlichen Ausgaben vom „konsumtiven" zum „investiven" Bereich („Umverteilung von unten nach oben");
– die Linie der zunehmenden Zuweisung staatlicher Ausgaben an den *Militärsektor* auf Kosten des sozialen Bereiches („Hochrüstung und Sozialabbau").

2. *Die Illusion der Sparpolitik*

Mit der für 1983 geplanten Steigerung der Bundesausgaben um 2,9% gegenüber dem Vorjahr scheint ein echter „Sparhaushalt" beschlossen zu werden. Zwar liegt die Wachstumsrate über dem von der SPD/FDP in der „Operation '83" festgelegten Satz von 1,9%; diese Veränderung ist jedoch allein darauf zurückzuführen, daß bei einer Perspektive von 2,35 statt 1,85 Mio. Arbeitsloser trotz rigoroser neuer Kürzungen im Sozialbereich zusätzliche unabweisbare Ausgaben anfallen. Die größte Änderung im Haushaltsentwurf der Bundesregierung betrifft daher das Ressort Arbeit und Soziales, dessen Ausgabeansatz durch einen erhöhten Zuschuß zur Bundesanstalt für Arbeit um 5,7 Mrd. DM höher liegt als im Entwurf der sozialliberalen Koalition (insgesamt aber immer noch um 800 Mio. DM oder 1,3% unter dem Betrag für 1982 bleibt). Der Gesamtausgaberahmen des Bundeshaushaltes fällt mit 253,8 Mrd. DM allerdings nur um 3,3 Mrd. DM höher aus als der Juli-Entwurf: Die neue Regierung hat die Ausgaben des Ministeriums für Familie, Jugend und Gesundheit, die bereits im alten Entwurf um eine halbe Milliarde oder 3,1% gegenüber 1982 gekürzt worden waren, im wesentlichen durch eine erneute Kürzung des Kindergeldes noch einmal um 915 Mio. verringert (so daß der gesamte geplante Rückgang jetzt 8,1% ausmacht); ferner hat sie Globaleinsparungen im konsumtiven Bereich und sonstige Einsparungen im Haushaltsverfahren in der Höhe von 1,2 Mrd. DM verfügt.

Im Ergebnis aller dieser Maßnahmen liegt die Steigerung der Bundesausgaben, die für 1983 geplant werden, niedriger als alle Steigerungen, die die sozialliberale Koalition jemals beschlossen hat. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Finanzminister Stoltenberg erklärte in seiner Einbringungsrede vor dem Bundestag, daß der „Ausgaberahmen . . . mittelfristig für den Bundeshaushalt deutlich unter dem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts liegen" müsse („Bulletin", Nr. 110/82, S. 1009).

Derartige Versprechen sind allerdings nicht neu. Schon in den Koalitionsvereinbarungen vom November 1980 war verabredet worden, daß die Bundesausgaben in den kommenden Jahren weniger steigen sollten als das Sozialprodukt. Dem entsprachen auch die Haushaltsansätze: Mit 4,8% für 1981 und 4,2% für 1982 lagen sie niedriger als die *vermutete* Steigerung das Sozialproduktes, die mit jeweils gut 5% angesetzt wurde. Tatsächlich haben sich die Verhältnisse jedoch umgedreht: die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich, einem Minuswachstum des realen und einem mit jeweils 4% unerwartet geringen Wachstum des nominalen Einkommens standen und stehen – trotz umfangreicher Kürzungsoperationen – größere unvermeidbare Steigerungen staatlicher Ausgaben gegenüber (1981: +8,0%, 1982: +5,8%).

Es spricht vieles dafür, daß sich eine ähnliche Entwicklung auch im kommenden Jahr wiederholen wird. Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht, eine weitere Vertiefung ist wahrscheinlich. Wenn das reale Sozialprodukt nur mit der Rate zurückgeht wie 1982 – nämlich um 1% – und die Arbeitslosigkeit entsprechend weiter steigt, werden auch die pessimistischen Annahmen der Bundes-

regierung noch zu optimistisch gewesen sein. Sie müßte dann zusätzliche Ausgaben für gesetzlich – noch – festgelegte Unterstützungsleistungen finanzieren, ganz zu schweigen von den zusätzlichen Subventionsforderungen, die bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage von seiten vieler Unternehmen und Verbände an sie herangetragen und im Zweifelsfalle auch durchgesetzt würden.

Das Konzept, durch Sparen bei den öffentlichen Finanzen die Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft verbessern zu können, ist nicht nur theoretisch falsch und in der Wirklichkeit – in den USA, in England und der Bundesrepublik – schlagend widerlegt. Der Versuch seiner politischen Umsetzung ist auch insofern unrealistisch, als er nicht zur erwünschten Einschränkung der Staatsausgaben führt, noch weniger zur Verringerung der Neuverschuldung.

Letzterer Tatsache mußte auch die neue Bundesregierung bereits bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes Rechnung tragen. Dies ist um so bemerkenswerter, als CDU und CSU seit Jahren keine Gelegenheit ausgelassen haben, die Nettokreditaufnahme der Schmidt-Genscher-Regierung als wirtschaftsfeindlich, unseriös und verantwortungslos zu brandmarken. Wem sind nicht noch die markigen Worte des Grafen Lambsdorff im Ohr, der anläßlich der Diskussion über die im Frühjahr beschlossene Investitionszulage verkündete, daß eine Finanzierung durch Neuverschuldung nicht in Frage komme und das Bestehen auf einer solchen Art der Finanzierung von seiten der SPD das Ende der sozialliberalen Koalition bedeuten würde. Damals ging es um zusätzliche 4 Mrd. DM, die angeblich nicht tragbar seien. Im Haushaltsentwurf für 1983 hat die neue Koalition mit dem gleichen Wirtschaftsminister die geplante Neuverschuldung um 13,1 Mrd. DM oder 46,1% gegenüber dem Ansatz der alten Bundesregierung heraufgesetzt. Die Nettokreditaufnahme wird 1983 nach den Vorstellungen der Kohl-Genscher-Regierung die in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht dagewesene Höhe von 41,1 Mrd. DM erreichen. Hinzurechnen muß man noch die Einnahmen, aus der beschlossenen Zwangsanleihe, die 1983 und 1984 von Besserverdienenden in Höhe von jeweils 1,25 Mrd. DM aufgebracht werden soll. Wenn man die Versprechen ernst nimmt, daß diese Anleihe in den Jahren 1987 bis 1989 zurückgezahlt werden soll, handelt es sich ja hierbei auch um Neuverschuldung. Das würde die gesamte Schuldenaufnahme für 1983 auf 42,35 Mrd. DM steigern. Die Tatsache, daß die Bundesregierung diese Zwangsanleihe nicht als Nettokreditaufnahme aufführt, könnte freilich auch ein Hinweis darauf sein, daß eine Rückzahlung gar nicht beabsichtigt ist.

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden also auch 1983 und in den folgenden Jahren weder der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt zurückgehen noch die öffentliche Verschuldung wesentlich sinken, trotz aller Beteuerungen, Versprechungen und Planungen der Bundesregierung. Dies ist an sich nicht schlimm: Überproportional steigende Staatsausgaben sind in Zeiten wirtschaftlicher Rezessionen und Krisen ohnehin besser als eine Senkung der öffentlichen Ausgaben, die die Krise nur verschärft. Das Problem liegt darin,

daß die politischen Instanzen regelmäßig von der Entwicklung der staatlichen Ausgaben überrollt werden. Eine stärkere Steigerung der Staatsausgaben als des Sozialproduktes sollte das Ergebnis einer planvollen Mobilisierung und des gezielten Einsatzes öffentlicher Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit sein; dann würde sie auch die Entwicklung des Sozialproduktes positiv beeinflussen. Stattdessen ist sie die unter dem Einfluß der herrschenden Sparpolitik eintretende, ungeplante und ungewollte Folge einer Krise, die durch die staatliche Politik gerade verschärft wird.

3. Umverteilung von unten nach oben

Der zweite Schwerpunkt in der Haushaltspolitik der alten wie der neuen Bundesregierung liegt bei der Umschichtung öffentlicher Mittel zu Lasten der Lohn- und Gehaltsabhängigen und Verbraucher und zugunsten der Selbständigen und Unternehmen. Durch Dämpfung der Ausgaben im konsumtiven Bereich sollen die Ansprüche der Menschen an Einkommen und Sozialleistungen den „längerfristig niedrigeren Wachstumsraten des Sozialproduktes angepaßt" werden. Auf der anderen Seite dient die Förderung der Investitionen mit allen Mitteln dazu, die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken und so das Wachstum der Wirtschaft zu fördern. Der alte und neue Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff umreißt den Kern dieser Politik in dem berühmten „Lambsdorff-Papier" vom 9. September 1982, das den letzten Anlaß zum Bruch der sozialliberalen Koalition gab, folgendermaßen: „Inhaltlich muß die Politik vor allem darauf ausgerichtet sein, dem Privatsektor in der Wirtschaft wieder mehr Handlungsraum und eine neue Zukunftsperspektive zu verschaffen; und innerhalb des Staatssektors muß sie die Gewichte von der konsumtiven in Richtung der investiven Verwendung verlagern." (Otto Graf Lambsdorff, Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Manuskript, S. 10.)

Auch diese Ausrichtung der Finanzpolitik hat allerdings nicht erst die neue Bundesregierung eingeleitet oder durchgesetzt. Die Kürzung und Verteuerung von Sozialleistungen, die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Realeinkommenssenkungen im öffentlichen Dienst sowie die Anhebung der Verbrauchssteuern und der Mehrwertsteuer auf der einen sowie zusätzliche Subventionen und steuerliche Erleichterungen auf der anderen Seite, dies ist der wesentliche Inhalt der „Operation '82" vom September 1981, der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeit, Stabilität und Wachstum" vom Februar 1982 sowie der „Operation '83" vom Juli 1982 – alles Maßnahmen und Beschlüsse der alten Bundesregierung. Es ist auch der Kern der aktuellen Haushaltsvorstellungen der CDU/CSU/FDP-Regierung.

Wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist, sind in diesen vier Aktionen innerhalb eines guten Jahres – von September 1981 bis November 1982 – für die Zeit von 1982 bis 1985 (die beiden letzten Aktionen beziehen sich natürlich nur auf die Zeit von 1983 bis 1985) insgesamt Belastungen der Lohn- und Gehaltsabhän-

Tabelle 1

Belastungen der Lohn- und Gehaltsabhängigen und Verbraucher – Entlastungen der Selbständigen und Unternehmen durch die Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung von September 1981 bis November 1982; in Mrd. DM für die Zeit von 1982 bis 1985

	Operation '82 2./3. Sept. 81	Gemeinschafts-initiative 1. Febr. 82	Operation '83 1. Juli 1982	CDU/FDP-Entwurf 27. Okt. 1982	Summe
A. Belastungen für Arbeitnehmer und Verbraucher:					
– Kürzungen oder Verteuerungen der Sozialleistungen	30,4[1])	1,4[8])	11,6[12])	8,8[16])	55,2
– Beitragserhöhungen	6,4[2])	–	10,2[13])	1,8[17])	18,4
– Einkommenskürzungen im öffentlichen Dienst	6,4[3])	–	–	2,3[18])	8,7
– Erhöhung von Verbrauchs- und Mehrwertsteuer	12,0[4])	(4,0)[9])	–	23,0[19])	35,0
Summe der Belastungen	55,2	1,4	22,4	35,9	114,3
B. Entlastungen für Selbständige und Unternehmer:					
– Zusätzliche Finanzzuweisungen	2,9[5])	4,5[10])	1,3[14])	10,8[20])	35,6
– Steuerliche Subventionen	16,1[6])	–			
– Entlastung durch öffentl. Investitionen	1,1[7])	0,8[11])	0,2[15])	–	2,1
Summe der Entlastungen	20,1	5,3	1,5	10,8	37,7

Quellen:
Operation '82: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 76/1981 vom 8. 9. 1981, S. 661 ff., und Finanzbericht 1982 vom 3. 9. 1982, S. 45 ff.
Gemeinschaftsinitiative für Arbeit, Stabilität und Wachstum: Bulletin, Nr. 11/82 vom 5. 2. 1982, S. 77 ff. und Finanzbericht 1983 vom 30. 7. 1982, S. 50.
Operation '83: Bulletin, Nr. 68/82 vom 3. Juli 1982, S. 617, und Finanzbericht 1983, S. 47 ff.
CDU/FDP-Entwurf: Bulletin, Nr. 101/82 vom 29. 10. 1982, S. 929 ff., BT-Drucksachen 9/2050 sowie 9/2074.

Anmerkungen

	Mio DM
1) Kürzungen oder Verteuerungen der Sozialleistungen:	
Einschränkungen von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz	14 387
Kostendämpfende Maßnahmen in der Krankenversicherung	334
Kürzung des Kindergeldes um jeweils 20 DM für das zweite und dritte Kind	7 160
Reduzierung der Rentenversicherungsbeiträge für Wehrpflichtige und Zivildienstleistende	1 520
Herabsetzung der Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Landwirte	900
„Differenzierung" der Arbeitnehmersparzulage	3 510
Wegfall des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende über 49 Jahre	1 945
Kürzung des Wohngeldes	552
Summe	30 380

2) Beitragserhöhungen 1981:
Zunächst auf 1982 und 1984 befristete Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5%

3) Die von der Bundesregierung in der Operation '82 beschlossene gesetzliche Beschränkung der Einkommenszuwächse im öffentlichen Dienst – u. a. durch Kürzung der Bezüge um 1% des Anfangsgrundgehaltes – konnte nicht durchgesetzt werden. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst für das Jahr 1982 entsprachen jedoch genau diesem Kürzungsplan der Bundesregierung.
4) Erhöhung der Branntwein-, Tabak- und Schaumweinsteuer zum 1. 4. 1982

5) Zusätzliche Finanzzuweisungen 1981:	
Subventionen für den Stahlbereich	880
Finanzhilfen für energiesparende Investitionen	900
Förderung laufender Wohnungsbauprogramme	100
Subventionen zur Anwendung der Mikroelektronik	300
Subventionen zur Entwicklung neuer Komponenten der optischen Nachrichtentechnik	90
Kapitalaufstockung der Kreditanstalt für Wiederaufbau	600
Summe	2 870
6) Steuerliche Suventionen 1981:	
Steuersubventionen für den Stahlbereich	825
Erhöhung der degressiven Abschreibung für alle Gebäude	2 900
Verbesserung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme des § 7 b des Einkommensteuergesetzes	2 260
Verbesserung der Verwendung von Bausparmitteln	78
Verbesserung der degressiven Abschreibung für bewegliche Güter des Anlagevermögens	9 730
Verbesserung des Verlustvortrages	300
Summe	16 093
7) Öffentliche Investitionen 1981:	
Energiesparende Investitionen in Gebäuden des Bundes	700
Verstärkung investiver Maßnahmen im Verkehrsbereich	360
Bekämpfung von Ölschäden auf See	42
Summe	1 102

8) Vorziehen: der Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner auf den 1. 1. 1984 (statt 1985).
9) Die geplante Mehrwertsteuererhöhung zum 1. 7. 1983 zur Finanzierung der Investitionszulage scheiterte am Widerstand der CDU-Länder im Bundesrat. Sie wurde später durch die CDU/FDP-Regierung beschlossen.

10) Zusätzliche Finanzzuweisungen 1982:	
Investitionszulage von 10% für 1982	4 000
Verbesserung der Kreditvergabemöglichkeiten des ERP-Sondervermögens	465
Summe	4 465
11) Öffentliche Investitionen 1982:	
Hochbaumaßnahmen zur Energieeinsparung und Modernisierung	800
12) Kürzungen oder Verteuerungen der Sozialleistungen 1982:	
Kürzung der Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit (BA) an die Rentenversicherung	6 300
Kürzung der Beiträge der BA an die Krankenversicherung	2 700
(Die von der sozialliberalen Koalition ursprünglich beschlossene Kürzung um 4 Mrd. DM ist von der neuen Bundesregierung verringert worden.) Weiteres Vorziehen des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner auf den 1. 7. 1983	1 100
Kürzung des Bundeszuschusses für die Rentenversicherungsträger	1 500
Summe	11 600
13) Beitragserhöhungen 1982:	
Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte auf 4,5% ab 1983	10 200
14) Zusätzliche Finanzzuweisungen 1982:	
Subventionen für	
– die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	214
– den Stahlbereich	300
– Fernwärme	100
– Wohnungsbau	150
– Luftreinhaltung Altanlagen	50
– Kokskohlebeihilfe	350
– fortgeschrittene Reaktorlinien	120
– Sonstiges	65
Summe	1 349
15) Öffentliche Investitionen 1982:	
Mittel für den Hochschulbau	200

16) Kürzungen oder Verteuerungen der Sozialleistungen 1982:
Wenn nicht anders vermerkt, werden die Beschlüsse für 1983 als auch für 1984 und 1985 finanziell wirksam angesehen, die Einsparungssummen für 1983 also für den Dreijahreszeitraum verdreifacht.

gigen in Höhe von 114,3 Mrd. DM beschlossen worden, das sind im Jahresdurchschnitt 28,6 Mrd. DM. Diesen Belastungen standen Entlastungen und Subventionen für Selbständige und Unternehmen in Höhe von 37,7 Mrd. DM gegenüber, also von 9,4 Mrd. DM im Jahresdurchschnitt.

Der Eindruck, daß der tiefste Einschnitt durch die „Operation '82" vorgenommen worden sei, ist allerdings zumindest hinsichtlich der Belastungen irreführend. Es ist zu berücksichtigen, daß die „Operation '83" durch die alte Bundesregierung zwar im Entwurf beschlossen aber nicht in Kraft gesetzt worden ist. Die mit dieser Operation vorgesehenen Belastungen sind – mit einer Ausnahme – von der neuen Regierung übernommen und um die aufgeführten zusätzlichen Maßnahmen in Höhe von 35,9 Mrd. DM ergänzt worden (davon entfallen 20 Mrd. DM auf die Mehrwertsteuererhöhung). Parlamentarisch verabschiedet werden also im Dezember die Beschlüsse der alten Bundesregierung über die „Operation '83" zusammen mit den Ergänzungen der CDU/FDP-Regierung für die Jahre 1983 bis 1985. Beide Maßnahmepakete zusammen bringen zusätzliche Belastungen für die Lohn- und Gehaltsabhängigen in Höhe von 58,3 Mrd. DM für drei Jahre, jahresdurchschnittlich also 19,4 Mrd. DM. Demgegenüber beliefen sich die Belastungen aus der „Operation '82" auf 54,2 Mrd. DM für vier Jahre, also auf 13,8 Mrd. DM pro Jahr. Insofern tragen die neuen Beschlüsse zum Sozialabbau zumindest dem Umfang nach der Kritik Rechnung, die die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer programmatischen Schrift vom März dieses Jahres „Soziale Sicherung in der Zukunft" äußerte: „Was bis jetzt zur Konsolidierung der sozialen Sicherung unternommen wurde, war Stückwerk." (S. 7) Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) spricht in seiner „Initiative für Wachstum und Beschäftigung" vom 7. September 1982 bezüglich der bisherigen Sozialabbaumaßnahmen von „kompromißgeschwächten Regierungsbe-

Fortsetzung der Anmerkungen zu Tabelle 1:

Leistungseinschränkungen der BA	2 070
Erneute Kürzung des Kindergeldes um 30 DM für das zweite und 80 DM für das dritte Kind ab einem Einkommen von 62 000/124 000 DM	2 940
Kürzung der Subventionen für die landwirtschaftliche Unfallversicherung und Altershilfe	420
Verschiebung der Rentenanpassung 1983 auf den 1. 7.	1 140
BAFÖG-Kürzungen (1983: 200 Mio., ab 1984: 600 Mio.)	1 400
Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung (einmalig)	200
Einschränkung der Sprachförderung von Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingen	300
Kürzung des Wohngeldes (1983: 60 Mio, ab 1984: 150 Mio.	360
Summe	8 830
17) Beitragserhöhungen 1982:	
Steigerung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,1% auf 4,6%	1 800
18) Einkommenskürzungen im öffentlichen Dienst 1982:	
Begrenzung des Einkommensanstieges im öffentlichen Dienst auf 2% ab 1. 1. 1983	2 250
19) Erhöhung der Verbrauchs- und Mehrwertsteuer 1982:	
Anhebung der Mehrwertsteuer um 1% ab 1. 7. 1983	20 000
Kappung der Vorsorgepauschale auf 2000/4000 DM	2 950
Summe	22 950
20) Zusätzliche Finanzzuweisungen 1982:	
Förderung des Wohnungsbaus	2 500
Befristete Rücklage beim Erwerb von Betrieben	1 070
Gewerbesteuerentlastung	3 650
Verbesserter Schuldzinsabzug für neugebaute selbstgenutzte Häuser und Eigentumswohnungen	3 600
Summe	10 820

schlüssen" und fordert: „Ein rascher einschneidender finanz- und wirtschaftspolitischer Kurswechsel ist geboten. Mit einer bloßen Kurskorrektur ist es nicht getan." (S. 1) Der Umfang und die Wucht des Sozialabbaus sind durch die letzten haushaltspolitischen Beschlüsse beschleunigt und vertieft worden, ein Stück Kompromißlosigkeit ist verwirklicht worden, ein Fortschritt auf dem Weg, „das Anspruchsdenken zurückzuschrauben und die Eigenverantwortung für die Lebensrisiken zu stärken". (BDA, a.a.O., S. 11)

Bei den Subventionen allerdings hat die „Operation '82" bisher am meisten gebracht: durch Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Gebäude und bewegliche Wirtschaftsgüter sowie verschiedene Zuwendungen an einzelne Bereiche (Stahl, Mikroelektronik, Bauindustrie) sind 20 Mrd. DM für vier Jahre, pro Jahr also 5 Mrd. DM zur Verfügung gestellt worden. Demgegenüber mobilisieren die „Operation '83" und die CDU/FDP-Ergänzungen „nur" gut 12,0 Mrd. DM für drei Jahre, pro Jahr also 4,0 Mrd. DM für die Gewinne. Beide Subventionspakete bestehen im wesentlichen aus globalen steuerlichen Entlastungen für den Unternehmensbereich (Abschreibungserleichterungen und Senkung der Gewerbesteuer), deren Umsetzung in Investitionen und Beschäftigung in keiner Weise zu kontrollieren ist. Auch diese Maßnahmen reichen dem BDI offensichtlich nicht aus. In seiner erwähnten Initiative fordert er „eine Steuerpolitik, die in einem raschen ersten Schritt wirkliche Anreize zum privaten Investieren schafft und in einem gleichzeitig und verbindlich anzukündigendem späteren Schritt verläßliche Entlastungen vor allem im Bereich ertragsunabhängiger Steuern sowie zukunftsbezogene Erleichterungen für Forschung und Innovation vorsieht." (S. 3)

4. Beschleunigte Aufrüstung zu Lasten aller anderen öffentlichen Ausgaben

Der dritte – allerdings in der Öffentlichkeit regelmäßig verharmloste oder bestrittene – Schwerpunkt der Haushaltspolitik liegt in der beschleunigten Steigerung der Militärausgaben zu Lasten aller anderen Bereiche. Kein Ministerium hat schon 1982 so viel zusätzliche Mittel erhalten wie das Verteidigungsministerium (nämlich 2,2 Mrd. DM). Das soll nach dem Willen der Haushaltsplaner auch 1983 so bleiben. Schon der Entwurf des früheren Verteidigungsministers Apel sah mit Gesamtausgaben von 46,08 Mrd. DM eine Steigerung der Ausgaben seines Ressorts um 1,8 Mrd. DM oder 4,2% (gegenüber einer Steigerung der Gesamtausgaben um 1,9%) vor, das war wiederum mehr als für jedes andere Ministerium. Schon bei der Vorlage dieses Entwurfes konnte man jedoch davon ausgehen, daß in ihm einige Posten nicht berücksichtigt waren, die mit Sicherheit noch dazukommen würden, nämlich „211 Mio. DM für energiesparende Aus-, Ein- und Zubauten in den von der Bundeswehr genutzten Liegenschaften" sowie „erheblich mehr als eine halbe Milliarde DM Personal-Verstärkungsmittel" („Wehrdienst", Nr. 859 v. 23. 8. 1982, S. 1).

Die erste Überarbeitung des Apel-Entwurfes durch die neue Bundesregierung ergab einen neuen Ansatz von 46,18 Mrd. DM, in dem allerdings 200 Mio. DM

zusätzlich für energiesparende Maßnahmen enthalten sind. Eine weitere Aufstockung um 10 Mio. DM erfolgte Mitte November durch den „Anschluß des bisher beim Wirtschaftsminister ressortierenden Bundesinstituts für chemisch-technische Untersuchungen an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" („Wehrdienst", Nr. 871 v. 15.11.1982, S. 1) – nebenbei ein interessanter Hinweis auf Militärforschung, die bislang nicht beim Verteidigungsministerium ausgewiesen wurde. Der Anstieg gegenüber 1982 beläuft sich somit jetzt auf gut 1,9 Mrd. DM. Einschließlich der Mittel für Besoldungserhöhungen u. a. in Höhe von einer halben Mrd. (die aus haushaltsrechtlichen Gründen in den Etatentwürfen nicht bei den einzelnen Ressorts ausgewiesen werden dürfen, sondern unter dem allgemeinen Obertitel „allgemeine Finanzverwaltung" vorgehalten werden), wird der Anstieg der Ausgaben des Verteidigungsministeriums daher mit 2,4 Mrd. DM wiederum größer sein als die Zunahme im vergangenen Jahr. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß die im Einzelplan 14, dem Haushalt des Verteidigungsministeriums, ausgewiesenen Mittel, nicht die Gesamtheit der Militärausgaben ausmachen: In den Etats anderer Ressorts – Bundesinnenministerium, Außenministerium, Forschungsministerium usw. – sind ebenfalls noch Mittel enthalten, die in vollem Umfang oder zum größten Teil militärischen Zwecken dienen: Ausgaben für Bundesgrenzschutz, für Militärattachés, für militärische Forschung und Entwicklung usw.

Die überproportionale Ausdehnung der Militärausgaben in der BRD hat nicht erst im laufenden Jahr begonnen, sondern reicht mindestens bis ins Jahr 1979 zurück. Von 1979 bis 1982 stiegen die gesamten Bundesausgaben um 18,0%, die für den Bereich Arbeit und Soziales um 15,7% (dies entspricht etwa der Preissteigerungsrate in diesen drei Jahren, die Ansätze sind also real konstant geblieben, und dies trotz einer während dieser Zeit auf mehr als das Doppelte angestiegenen Arbeitslosigkeit), für das Ministerium für Bildung und Wissenschaft um 6,9% (das entspricht einem realen Rückgang um 8%) und die für das Ministerium für Familie, Gesundheit und Jugend um 2,9% (real minus 12%). Demgegenüber wurden die Ausgaben für das Verteidigungsministerium um 20,7% angehoben. Diese Steigerung verharmlost das Wachstum der Rüstungsausgaben, da in ihr auch die rückläufige Entwicklung vor allem der Sozialausgaben im Bereich der Bundeswehr enthalten ist: So ist beispielsweise die Bemessungsgrundlage für die Rentenversicherungsbeiträge des Staates für Wehrpflichtige und Zivildienstleistende für 1982 gesenkt worden; dadurch wurden 182 Mio. DM eingespart. Für 1983 und 1984 sollen auf dem gleichen Wege weitere 400 Mio. gestrichen werden. (Einzelplan 14 für 1982, S. 211; Finanzbericht 1983, S. 48) Die sog. verteidigungsinvestiven Ausgaben (für militärische Beschaffungen, militärische Forschung und Entwicklung sowie militärische Anlagen) sind von 1979 bis 1982 um 29,7% gestiegen, die Ausgaben für militärische Beschaffungen haben sogar um 42,0% zugenommen.

Diese Verschiebung der Prioritäten bei den Staatsausgaben zugunsten des militärischen Bereiches wird – nach der Absicht der Bundesregierung – auch

in den nächsten Jahren weitergehen. Dies verdeutlicht drastisch die letzte mittelfristige Finanzplanung, die noch von der alten Bundesregierung erstellt worden ist und den Zeitraum von 1982 bis 1986 umfaßt: Von der gesamten für diese Zeit vorgesehenen Steigerung der Bundesausgaben – mit Ausnahme der Ansätze für die allgemeine Finanzverwaltung, bei denen die Bedienung und Rückzahlung der Staatsschulden der Hauptposten ist – in Höhe von 9,1 Mrd. DM sollen 8,8 Mrd. DM oder 96,7% auf die Zunahme der Militärausgaben entfallen, dagegen nur 0,5 Mrd. DM auf die soziale Sicherung.

Tabelle 2
Veränderung der Prioritäten: Geplante Ausgabensteigerungen in der mittelfristigen Finanzplanung

Finanzbericht	*1979*	*1980*	*1981*	*1982*	*1983*
Datum der Vorlage	*20. 8. 1978*	*15. 8. 1979*	*20. 12. 1980*	*3. 9. 1981*	*30. 7. 1982*
Planungszeitraum	*1978–82*	*1979–83*	*1980–84*	*1981–85*	*1982–86*
1 Geplante Ausgaben Steigerung	*49,3*[1])	*45,2*	*44,7*	*37,6*	*32,2*
2 davon für allgemeine Finanzverwaltung	*26,6*	*26,5*	*26,7*	*23,5*	*23,1*
3 Geplante Ausgabensteigerung ohne Finanzverw. (1–2)	*22,7*	*18,7*	*18,0*	*14,1*	*9,1*
davon für					
4 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	*2,9*	*2,4*	*1,8*	*1,9*	*0,9*
5 Soziale Sicherung	*11,4*	*8,0*	*7,8*	*3,5*	*0,5*
6 Gesundheit und Sport	*0,2*	*0,3*	*–0,5*	*–0,1*	*–0,3*
7 Verteidigung	*5,9*	*4,4*	*7,5*	*7,9*	*8,8*
8 Verteidigung in % der Gesamtsteigerung (7 : 3)	*26,0*	*23,5*	*41,7*	*56,0*	*96,7*
Verteidigung zu anderen Bereichen 7 : (3–7)	*0,35*	*0,31*	*0,71*	*1,27*	*29,3*

1) In Mrd. DM.
Quelle: Finanzbericht 1979 bis Finanzbericht 1983, Bonn 1978–1982, jeweils Tabelle 2.

Wie tiefgreifend dieser Wandel der Haushaltsprioritäten ist, geht aus einem Vergleich mit den früheren Finanzplanungen hervor, die jeweils einen Vierjahreszeitraum umfassen. Im Finanzbericht 1979, der im August 1978 fertiggestellt worden ist, beabsichtigte die Regierung noch, in der Zeit von 1978 bis 1982 die Hälfte der gesamten Ausgabensteigerung – 11,4 von 22,7 Mrd. DM – für die soziale Sicherung auszugeben – obgleich die damaligen Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung vergleichsweise günstig aussahen und nur ein Viertel für die Verteidigung. Von Finanzplan zu Finanzplan wurden dann – bei steigender Arbeitslosigkeit – die Ansätze für die soziale Sicherung verringert, die für das Militär dagegen vergrößert, bis die Rüstung in der jüngsten Planung praktisch alle zusätzlichen Mittel in Anspruch nimmt und damit alle Verbesserungen bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit usw. unmöglich macht.

Diese Schwerpunktsetzung wird von den neuen Bundesregierung mit Sicherheit nicht zurückgenommen werden. Verteidigungsminister Wörner erklärte unmittelbar nach seinem Amtsantritt, er strebe „auf die Dauer eine Erhöhung des Anteils der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt an." („Süddeutsche Zeitung" [SZ] v. 6.10. 1982) Einen ersten Schritt über die schon von der sozialliberalen Koalition beschlossenen Ansätze hinaus unternahm das Kabinett Kohl schon Anfang November: Es beschloß, die Ausgaben für das im Mai 1979 verabschiedete NATO-Infrastrukturprogramm (Gesamtkosten 8,5 Mrd. DM, Anteil der BRD 25,54% = 2,26 Mrd. DM) ab 1984 um 350 Mio. DM oder um 15,9% aufzustocken. Damit werden die Kosten für dieses Programm, das offensichtlich in enger Verbindung mit den Plänen zur „Modernisierung" der NATO-Streitkräfte in Westeuropa durch die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen steht – von 1979 bis 1986 um das Vierfache anwachsen. (SZ v. 13./14.11. 1982)

Sonderdrucke aus den „Blättern":

Amerikanische Experten über die neuen Atomkriegspläne des Pentagon, Interviews mit Admiral a.D. Eugene Carroll, Paul Warnke, Townsend Hoopes, stellv. Luftwaffenminister a.D. und John Steinbruner, Brookings Institution (Sonderdruck 292).

Klaus Naumann, Die Geschichte in die eigenen Hände nehmen. Anregungen zum 50. Jahrestag der Machtergreifung. Was kann man tun? (Sonderdruck 291).

Arbeitsgruppe Alternativen der Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum '82: Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, Alternativen zum Krisenkurs der Wirtschaftspolitik (Sonderdruck 288).

Reinhard Kühnl, Wohin geht die Bundesrepublik? Politische und ideologische Tendenzen (Sonderdruck 286 – 44 Seiten, Einzelpreis 3,60 DM, ab 10 Expl. 2,40 DM, zzgl. Versandkosten).

Karl D. Bredthauer, Von der Anti-Hitler-Koalition zur Anti-Reagan-Koalition? Wiederholt sich die Geschichte? Anhang: Das geheime Pentagon-Programm zur umfassenden Kriegsvorbereitung 1984–1988 (Sonderdruck 283).

10 Exemplare (Mindestabnahme) 12,– DM, 50 Expl. 45,– DM, 100 Expl. 75,– DM. Inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten. (Diese Preise und Versandbedingungen gelten, sofern nicht beim Einzeltitel wegen abweichenden Umfangs andere Angaben gemacht werden.) Bestellungen über den Verlag.

Pahl-Rugenstein Verlag

„Gemeinsinn" und „Opferbereitschaft"

Konservative Ideologien für die Krise

Von Martin Kutscha

Das Programm der CDU/FDP-Regierung hat inzwischen deutliche Konturen gewonnen. Daß die Politik des umfassenden Sozialstaatsabbaus allerdings nicht erst mit dem „Machtwechsel" in Bonn eingeleitet wurde, ist bekannt – als Ausdruck einer qualitativ neuen Stufe mag hier etwa die „Operation'82" der Schmidt/Genscher-Regierung gelten[1]). Die neuen Legitimationsprobleme, die sich bei der Durchsetzung dieser antisozialstaatlichen Politik ergeben, sind vor mehreren Jahren bereits von konservativen Politikern und Wissenschaftlern erkannt und reflektiert worden, als Tiefe und Dauerhaftigkeit der kapitalistischen Wirtschaftskrise mehr und mehr ins Bewußtsein drangen. Es sind die Ergebnisse der Suche nach neuen Legitimationsmodellen, die dann auch Eingang in die gegenwärtige Programmatik der CDU – z.B. in Gestalt der Regierungserklärung Kohls – fanden.

Während einer relativ langen Periode in der Geschichte der Bundesrepublik konnte die Loyalität der lohnabhängigen Massen gleichsam „erkauft" werden: Unter den Bedingungen der Konjunktur und des Wirtschaftswachstums konnte ein breites Angebot an „sozialstaatlichen" Leistungen u.a. auch als Mittel zur Systemintegration und zur Verdrängung von Gedanken an grundlegende gesellschaftliche Alternativen dienen[2]). In der Situation der Krise rächt sich in den Augen der konservativen Politikwissenschaft nun, daß die Massenzustimmung bislang „bar bezahlt" wurde, dadurch hätten „alte und starke Impulse der Identifizierung mit dem Gemeinwesen . . .ihre Kraft verloren"[3]). Aus dieser Sicht stellt sich also das Problem, eine neue und wirksame Legitimationsgrundlage für den Staat der Krise zu schaffen und eine „Änderung der Denkweise der Bevölkerung"[4]) zu bewirken. Das herkömmliche sozialstaatliche Legitimationsmodell wird verabschiedet und der Daseinszweck des Staates Bundesrepublik Deutschland neu definiert: „Die Bundesrepublik war nicht gegründet worden zu dem Zwecke, ihren Bürgern Wohlstand und bequemes Leben zu verschaffen. Sie war gedacht als Schutzbau für einen Teil der Nation, dem es erlaubt war, sich diesen Schutz zu beschaffen"[5]). In letzter Instanz ist damit die antikommunistische Frontstellung zum Legitimationsgrund sowohl der Hochrüstung als auch des Sozialabbaus geworden.

1) Vgl. hierzu im einzelnen R. Hickel, „Haushaltsoperation '82", in: „Blätter", 1981, S. 1062; Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Sondermemorandum '81, in: „Blätter", 1981, S. 1252.
2) Vgl. R. Kühnl, Wohin geht die Bundesrepublik? in: „Blätter", 1982, S. 1036 ff., hier S. 1047.
3) P. Graf Kielmansegg, Demokratieprinzip und Regierbarkeit, in: W. Hennis/P. G. Kielmansegg/U. Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Bd. I, Stuttgart 1977, S. 118 ff., hier S. 125.
4) U. Scheuner, Die Funktion der Verfassung für den Bestand der politischen Ordnung, in: W. Hennis/P. G. Kielmansegg/U. Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Bd. II, Stuttgart 1979, S. 102 ff., hier S. 133.
5) G. Gillessen, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 31. 5. 1980.

Auf einige Bestandteile der neuen Ideologiekonzeptionen soll im folgenden exemplarisch eingegangen werden.

1. „Gemeinsinn" contra „Anspruchsdenken"

Einen wichtigen Platz im Argumentationshaushalt der CDU- und FDP-Politiker – wie auch bereits in der „Unregierbarkeits"-Diskussion konservativer Politologen gegen Ende der siebziger Jahre – nimmt der Vorwurf des „Anspruchsdenkens" der Bevölkerung ein. Es sei der Sozialstaat, der zu einem Anspruchsdenken hinführen würde, „dessen Verfestigung schwer aufzulösen" sei[6]). Während auf der einen Seite, so der niedersächsische Justizminister Hans-Dieter Schwind (CDU), das Anspruchsdenken ausgeprägt sei, wolle die heutige Jugend auf der anderen Seite aber selbst nichts tun; das Unrechtbewußtsein nehme ab und der Sinn für das Machbare fehle[7]).

Als Alternative hierzu werden Wertpostulate wie „Opferbereitschaft", „Gemeinsinn", „Leistungswille" etc. propagiert. In diesem Zusammenhang meint der FAZ-Journalist Friedrich-Karl Fromme, sogar das „Volksgemeinschafts"-Denken neofaschistischer Kreise gegen den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit in Schutz nehmen zu müssen. Schließlich würden nach heutigem Verständnis die Grundrechte „eine Wertordnung errichten, an der sich das Ganze – ‚Gemeinschaft' ist ein das gleiche meinendes, freilich heute als belastet geltendes Wort – als die Addition der Vielfalt der einzelnen zu orientieren habe. Und gerade der heutige Sozialstaat fordert in vielfacher Weise das Zurückstellen von Individualinteressen hinter dem wie immer von Fall zu Fall definierten Gemeinwohl"[8]).

Dieser „Gemeinwohl"-Begrifflichkeit liegt die Fiktion gleichgerichteter Interessen im gesellschaftlichen Maßstab zugrunde. Abstrahiert wird von den jeweiligen realen Zielprioritäten, die bei der Abforderung von „Opfern für die Gemeinschaft" verfolgt werden. Im Kontext der gegenwärtigen Umverteilungspolitik zielen diese Wertpostulate konkret auf die Legitimation des Abbaus sozialer Besitzstände der lohnabhängig arbeitenden Bevölkerung bzw. der „sozial Schwachen" zugunsten einer massiven Sanierung des Kapitals und seiner „Gewinnerwartungen". Im Mittelpunkt steht dabei die Verminderung „sozialstaatlicher" Leistungen, deren materielle Voraussetzungen die Betroffenen in Zeiten der Konjunktur und der Vollbeschäftigung selbst geschaffen haben. Durchaus konkret im Hinblick auf die Betroffenen sind da die Forderungen der CDU/FDP-Regierung und der ihnen sekundierenden Wissenschaftler nach einer „Lohnpause", nach „Verzicht als Konsequenz fehlenden Wachstums"[9]) an die Adresse der Gewerkschaften.

6) U. Scheuner a.a.O., S. 109.
7) H.-D. Schwind, Zur Jugendervolte aus kriminologischer und politischer Sicht, in: „Zeitschrift für Rechtspolitik", 1981, S. 294 ff., hier S. 296.
8) F. K. Fromme„ Gewalttätig, ohne Ideologie, knapp bei Kasse. Der Rechtsextremismus bedarf der Aufmerksamkeit, aber zuviel davon hilft ihm, in: FAZ v. 7. 11. 1980.
9) R. Scholz, Sozialstaat zwischen Wachstums- und Rezessionsgesellschaft, Karlsruhe 1981, S. 15.

Der in der Öffentlichkeit gezielt verbreitete Eindruck, das „soziale Netz" sei permanent mißbraucht und überbeansprucht worden, steht im Gegensatz zum empirischen Befund: Wie im Juli 1982 festgestellt wurde, nehmen nur 52% der anspruchsberechtigten Haushalte ihren Anspruch auf Sozialhilfe wahr; die Zahl der „verzichtenden" Haushalte wurde mit 550 000 angegeben[10]). Gleichwohl sind es in erster Linie die wirklich oder behaupteten unsozialen Verhaltensweisen der Staatsbürger, die für die inzwischen alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Krise verantwortlich gemacht werden. So erscheint, wie Heinz Wagner feststellt, „der doch ökonomisch erklärbare Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche und die daraus folgende Perspektivlosigkeit mit all ihren negativen gesellschaftlichen Folgen als ‚Motivations –', bestenfalls als ‚Sozialisationsdefizit', als ‚überzogene Erwartungshaltung', als ‚Bindungslosigkeit' usf."[11]) – Das Ausklammern der ökonomischen Ursachen und Zusammenhänge, die Abstraktion von den gesellschaftlichen Interessenlagen ist schlechthin kennzeichnend für diese voluntaristische Krisen-„Erklärung" und ihre Wertappelle. Deren ideologische Wirksamkeit darf indes nicht unterschätzt werden, schließlich können sie an eine immer noch nachwirkende „Bürgerethik" aus der Zeit des deutschen Faschismus wie aus den fünfziger Jahren anknüpfen („Gemeinnutz geht vor Eigennutz").

Wie weit der Einfluß dieses „Gemeinschafts"-Denkens reicht, zeigt z.B. die Argumentation des sich wohl kaum als konservativ wähnenden Fritz Vilmar. Im Eröffnungsvortrag einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung forderte er als Reaktion auf „Wachstumsschock" und Krise eine „Revolution des Gemeinsinns"[12]). Die Analyse müsse, so Vilmar, „auch in tief verinnerlichten Verhaltensweisen ansetzen". Sein Fazit lautet sodann: „Wir brauchen eine gemeinsame Strategie gegen den alltäglichen Terror der totalen Rücksichtslosigkeit, dem unser Laissez-faire-Staat hilflos und feige gegenübersteht. Das ist nicht nur der strukturelle Terror umweltverseuchender Konzerne oder städtezerschneidender Autobahnen oder überflüssiger Startbahnen. Es ist auch der alltägliche Terror unseres eigenen umweltfeindlichen, rücksichtslosen Verhaltens und unserer sozialen Apathie" (Als Beispiel führt er dann die Lärmerzeugung durch Mopeds an). – Die Schuld trifft demnach Konzern und Bevölkerung *gemeinsam* – Arbeit und Kapital sind zum gesamthänderischen Krisenverursacher geworden. Was liegt da näher, als an „Gemeinschaft" und „Gemeinwohl" zu appellieren und bei uns selbst anzufangen mit dem Verzicht?

Vilmar selbst macht deutlich, auf welcher Seite diese sozialpartnerschaftliche Krisenbewältigung konkret anzusetzen hat. Er propagiert Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich und hebt das Beispiel von Lehrern hervor, die zur

10) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 20. 7. 1982.
11) H. Wagner, Normenbegründungen. Einführung in die spätbürgerliche Geltungsdiskussion, Köln 1982, S. 99.
12) F. Vilmar, In Zukunft: Wachsendes Chaos oder Revolution des Gemeinsinns, in: FR v. 14. 1. 1982.

Teilzeitarbeit übergegangen sind, um für arbeitslose Kollegen Arbeitsplätze zu schaffen.

Argumentationsansätze wie diese können unschwer in den Ideologiehaushalt der den Sozialabbau betreibenden Kräfte aufgenommen werden, wie es bereits mit manchen Begriffen aus der Alternativszene geschehen ist: Postulate wie Dezentralisation, Selbstverwaltung und Selbstorganisation lassen sich umso leichter – z.B. von Ideologen der CDU[13]) – für die Politik der Krisen-„Bewältigung" instrumentalisieren, je weniger sie konkret-inhaltlich aufgefüllt und in einen bestimmten politischen und gesellschaftlichen Kontext gestellt werden. Ein erfolgreich verlaufendes Selbsthilfeprojekt sozialer „Problemgruppen" z.B. kann als Legitimation für die Streichung von Sozialarbeiterstellen und staatlicher Zuschüsse benutzt werden, wenn von den Betroffenen nicht der konkrete soziale Hintergrund einer solchen „Entstaatlichung" erkannt wird. Und wirkt das Argument nicht recht plausibel, daß derjenige, „der sich aus eigener Kraft zu helfen in der Lage ist", auf staatliche Hilfe verzichten soll[14])?

In seiner Regierungserklärung forderte Kohl am 13. Oktober, die Weichen zu stellen ‚weg von mehr Staat . . . , weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit"[15]). – Was in diesem Sinne als „Entbürokratisierung", „Förderung des mündigen Bürgers", „Wiederherstellung der Eigenverantwortlichkeit" ins Werk gesetzt wird, ist im Ergebnis schließlich die Umverteilung des Steueraufkommens der Bürger von den verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Konsumtion, Versorgung und Vorsorge hin zum Rüstungssektor und zur Förderung „der Wirtschaft". Die Entlassung in die „Eigenverantwortung" (z.B. im Gesundheitsbereich) trifft unweigerlich die sozial Schwächsten, die hierdurch eingesparten, von der Gesellschaft erbrachten Mittel werden „frei" für andere Zwecke – und gerade über diese gilt es Klarheit zu schaffen.

Durch die Instrumentalisierung von Werten aus der Alternativszene kann selbst die mit Lohnsenkung verbundene Arbeitszeitverkürzung oder gar das Betroffensein von Arbeitslosigkeit noch als positives Moment dargestellt werden – sie erscheinen als Gewinn „neuer Freiheit" und neuer Möglichkeiten der „Selbstverwirklichung". (Etwa am Flipperautomaten?) – Hier trifft sich dann freilich die Argumentation der Krisen-Ideologen in ihrer Konsequenz mit der Auffassung pseudomarxistischer Theoretiker (z. B. der „Marxistischen Gruppen"), wonach angesichts der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse in der Bundesrepublik nur die Verweigerung der Leistung von Lohnarbeit Sinn hat.

Nach wie vor bedient man sich indes auch althergebrachter Ordnungsvorstellungen, um für Arbeitslosigkeit und andere Krisenfolgen Akzeptanz zu schaf-

13) Vgl. z.B. die Argumentation von W. Dettling, nach K. Naumann, Langsam, aber sicher in den CDU-Staat? in: „Blätter", 6/1982, S. 652 ff., hier S. 665 f.
14) So E. Benda, Gedanken zum Sozialstaat, in: „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis", 1981, S. 221 ff., hier S. 226.
15) Nach FR v. 14. 10. 1982.

fen. Welche Renaissance gegenwärtig konservative Leitbilder von Ehe und Familie vor dem Hintergrund zunehmender Frauenarbeitslosigkeit erleben, ist bekannt.

2. *Die Anpassung des Sozialstaatsbegriffs*

Im Zuge der Krisenpolitik auch vom Begriff des Sozialstaats Abschied zu nehmen, erscheint angesichts des hohen legitimatorischen Stellenwerts der Verfassung und ihrer Begriffe offenbar als untunlich. Immerhin nimmt die „Sozialstaatlichkeit" der Bundesrepublik – ebenso wie zum Beispiel die „freiheitliche demokratische Grundordnung" bei der Rechtfertigung der Berufsverbotepraxis[16]) – seit langem einen bevorzugten Platz in der offiziösen Rhetorik ein. Die Suche nach neuen Interpretationsmöglichkeiten für den alten Begriff bestimmt deshalb die einschlägige Gegenwartsliteratur. Die verschiedenen Entwicklungsetappen der Bundesrepublik spiegelt der jeweilige Sozialstaatsbegriff wie kaum eine andere Verfassungsbestimmung wider. In der Frühzeit dieses Staates wurde in der Verfassungsrechtslehre die Position weitgehend akzeptiert, daß der Sozialstaatsbergriff in Verbindung mit der Sozialisierungsermächtigung des Art. 15 GG ein verfassungsmäßiges Einfallstor für die Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung in sozialistischer Richtung sei[17]). Zu dem Zeitpunkt, als diese Position vor der tonangebenden „Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer" präsentiert wurde, war die Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse in der Bundesrepublik freilich längst abgeschlossen. Aber erst mit dem berühmten Vortrag Ernst Forsthoffs 1953 fand dies auch seinen Niederschlag im Sozialstaatsverständnis – der „Rechtsstaat" wurde dem „Sozialstaat" übergeordnet und zugleich sein auf Änderung des gesellschaftlichen Status quo zielender normativer Anspruch negiert[18]).

Als nach der Krise von 1966/67 mit dem Stabilitätsgesetz und der Änderung des Art. 109 GG das rechtliche Instrumentarium für die Globalsteuerung geschaffen war, überwand auch die juristische Fachdisziplin ihre bis dahin herrschende Begriffslosigkeit gegenüber der staatlichen Wirtschaftsplanung in der BRD. Ein wahrer Boom in der Beschäftigung mit dem rechtlichen Rahmen für die Planungstätigkeiten setzte ein; im Sozialstaatsgebot sah man nunmehr einen Verfassungsauftrag zur staatlichen Globalsteuerung[19]).

Mit der Abkehr von keynesianischen Prinzipien der Wirtschaftslenkung verfliegt dann freilich bald die „Planungseuphorie" der maßgeblichen Staats-

16) Vgl. im einzelnen M. Kutscha, Verfassung und „streitbare Demokratie". Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, Köln 1979, S. 69 ff..

17) Vgl. vor allem H. P. Ipsen, Enteignung und Sozialisierung, in: „Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer", Bd. 10 (1952), S. 74. Im Gegensatz zu Ipsen hat W.Abendroth diese richtige und dem Willen des Verfassungsgebers entsprechende Position nicht aufgegeben und damit die Kontinuität der demokratischen Verfassungsauslegung von heute begründet; vgl. W. Abendroth, Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, (zuerst) in: Festschrift für L. Bergsträsser, Düsseldorf 1965, S. 279.

18) E. Forsthoff, Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, (zuerst) in: „Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer", Bd. 12, 1954, S. 8.

19) Vgl. z.B. K. Stern, Grundfragen der globalen Wirtschaftssteuerung, Berlin 1969, S. 7.

rechtler, zum Gegenstand der Reflexion wird nun die „Wachstumskrise der Industrienationen": Wenn die staatliche Sozialpolitik, so der Grundgesetzkommentator und derzeitige baden-württembergische Innenminister Roman Herzog, „viel weniger mit der Verteilung von Zuwachsraten als vielmehr mit der *Umverteilung des Vorhandenen* arbeiten muß, so wird daraus zugleich deutlich, daß das Sozialstaatsprinzip des Art. 20 I nicht einmal die verfassungsrechtliche Garantie des jeweiligen Status quo für alle sozialen Gruppen bewirkt."[20]) – Daß hier nicht etwa Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse der Produktionsmittel gemeint sind, versteht sich von selbst.

Im Gegenteil: Im Zusammenhang mit dem Sozialstaatsgebot steht für Herzog auch die verfassungsmäßige Aufgabe des Staates, „die Wirtschaft aktiv fortzuentwickeln und ihre Existenzchancen zu verbessern"[21]). An welche Adresse sich ein zeitgemäß interpretiertes Sozialstaatspostulat insbesondere zu richten hat, machte unlängst der Göttinger Staatsrechtler Christian Starck deutlich: Er beklagt den „Mißbrauch" sozialrechtlicher Ansprüche wie z.B. das vorzeitige In-Rente-Gehen „unter geschickter Ausnutzung gesundheitlicher Defekte", das „leichtfertige Krankschreiben" durch Ärzte, „gesundheitsschädliche Lebensweise" – dies alles sieht er im Zusammenhang mit der „heute allgemein richtungs- und ziellos propagierten Selbstverwirklichung des Menschen, die häufig bloß auf materiellen Erfolg und sogenannten Lebensgenuß geht."[22]) Um dem abzuhelfen, möchte Starck den kategorischen Imperativ Kants als Bestandteil eines der heutigen Situation der Bundesrepublik entsprechenden Sozialstaatsbegriffs wie folgt aktualisiert wissen: „Kann ich wollen, daß meine Inanspruchnahme sozialer Leistungen (im weitesten Sinne) ein allgemeines Gesetz werde?" Diese Frage sei deshalb höchst bedeutsam, „weil es die Menschen in weitem Maße in der Hand haben, ob sie die Voraussetzungen der gesetzlich normierten Ansprüche erfüllen, z.B. durch vermeidbare gesundheitsschädliche Lebensweise, durch übermäßige Inanspruchnahme des Gesundheitswesens, durch Inaktivität bei der Beschaffung eines Arbeitsplatzes oder durch viele andere Lebensformen bis hin zur bewußten Schröpfung des Staates und der Solidargemeinschaften". – Starck nennt selbst konkrete Beispiele, wie der von ihm umformulierte kategorische Imperativ durch Gesetzesänderungen zu praktischer Wirksamkeit in der Gesellschaft gelangen könnte: „Arbeitsverdienst, Leistungen der Arbeitslosenversicherung und Leistungen der Sozialhilfe müssen so deutlich abgestuft werden, daß vor allem regulärer Arbeitsverdienst angestrebt und daß der Sinn der Arbeitslosenversicherung verstanden wird."[23]) Offensichtlich ist der Verfassungsrechtler hier von den Vorstellungen eines Graf Lambsdorff nicht weit entfernt. Der Sozialstaatsbegriff hat sich damit jedenfalls zur Ermächtigungsgrundlage für die Dezimierung der sozialen Besitzstände derjenigen

20) R. Herzog, in: Maunz/Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz. Kommentar, Art. 20, Sozialstaatlichkeit (Kommentierung von 1976/1980), Rdn. 28, Hervorh. i. Orig..
21) R. Herzog, a.a.O., Rdn. 14..
22) Ch. Starck, Ist der kategorische Imperativ ein Prinzip des Sozialstaats? in: „Zeitschrift für Rechtspolitik", 1981, S. 97 ff., hier S. 99/100.
23) Ch. Starck, a.a.O., S. 100.

Bevölkerungsmehrheit verwandelt, deren Schutz ursprünglich Inhalt und Anliegen dieser Verfassungsformel war.

Als Bundeskanzler Kohl bei seinem Amtsantritt davon sprach, zukünftig werde „weniger von Rechten als vielmehr von Pflichten zu reden" sein[24]), hat er damit denselben Tenor wie der Appell Starcks getroffen. Der Konsens „staatstragender" Kräfte über die Aktualität solcher Postulate läßt sich nicht übersehen: Eines der beiden Themen auf der Jahrestagung 1982 der „Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer" lautete: „Grundpflichten als verfassungsrechtliche Dimension".

Die Kategorie der „Grundpflichten" zielt indes nicht allein auf die Rechtfertigung des Sozialabbaus, sondern ebenso auf die Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte. Die Dialektik des Abbaus sozialer Besitzstände der Lohnabhängigen und der Zunahme staatlicher Repression wird denn auch mehr und mehr wahrnehmbar[25]). Für den Bürger unberechenbare staatliche Sanktionen sollen Widerstandsaktionen gegen die Durchsetzung der „Sparpolitik" in den Augen der Betroffenen zum Wagnis werden lassen.

Der Bedingungszusammenhang zwischen Sozialstaatsabbau und Demokratieverkürzung ist von konservativer Seite längst thematisiert worden: In seiner Reflexion über die „Selbstzerstörung" der Demokratie bemerkt Walter Leisner, Hochschullehrer in Erlangen: „Was der großen Zahl der Bürger an materieller Verbesserung im Wege der Distribution zuteil wird – und dies ist letztlich allein das ‚Soziale' – *das kann ihnen in der demokratischen Staatsform kaum je wieder genommen werden.* Wenn ein solcher Versuch unternommen wird, so kann er sich stets nur auf sehr begrenzte Ziele richten, und die Anstrengung, welche erforderlich ist, um soziale Verteilung wieder rückgängig zu machen, steht in keinem Verhältnis zur Leichtigkeit, mit welcher sozialer ‚Fortschritt" gelingt."[26]) Als Legitimationsvehikel für Sozialabbau und Verringerung demokratischer Freiheitsräume werden selbst noch Anlässe wie „Afghanistan" genutzt: Am 1. März 1980 forderte der Leitkommentar der FAZ „mehr Opfer und Verzicht . . . einen Abbau des Libertinismus. Unser Leben wird einen neuen, vielleicht einen eisernen Rahmen bekommen . . . Die Grenzen der Freiheit sind neu in den Blick zu nehmen". – Dieser „Abbau des Libertinismus" ist gegenwärtig in vielen Formen erlebbar, sei es die Statuierung eines „Exempels" wie bei den Nürnberger Massenverhaftungen oder die noch von der SPD/FDP-Regierung verantwortete Entlassung des „verfassungsfeindlichen" Postbeamten Hans Peter nach drei Jahrzehnten untadeligen Dienstes[27]).

24) Nach FR v. 5. 10. 1982.
25) Vgl. im einzelnen M. Kutscha/N. Paech (Hrsg.), Im Staat der „Inneren Sicherheit". Polizei, Verfassungsschutz, Geheimdienste, Datenkontrolle im Betrieb, Frankfurt/M. 1981.
26) W. Leisner, Demokratie. Selbstzerstörung einer Staatsform? Berlin 1979, S. 154; Hervorh. d. Verf.
27) Zu Hintergründen und Auswirkungen vgl. E. Siemantel/ H.-D. Wohlfarth (Hrsg.), Der Fall Hans Peter. Entlassung eines „Verfassungsfeindes", Köln 1982, S. 183 ff..

Die Ende August 1982 vorgelegten „Thesen der CDU für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland"[28]) lassen die weiteren Perspektiven deutlich werden: Gefordert wird nicht nur die Verschärfung des Demonstrationsrechts, z.B. durch die Wiedereinführung des „einfachen" Landfriedensbruchstatbestands sowie die Wiederaufnahme des „Gewaltparagraphen" 88 a, sondern auch ein einheitliches Vorgehen von Bund und Ländern bei der „Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst" sowie ein weiterer Ausbau von Verfassungsschutz und Geheimdiensten. Die Staatsschutzbehörden seien „noch stärker darin zu unterstützen, das Netz der Unterwanderung unseres Staates durch Verfassungsfeinde personell und materiell aufzuklären und offenzulegen".

3. *„Bürgerethik" als Manko der demokratischen Bewegung?*

Nicht zuletzt die zunehmende staatliche Repression gegen Teile der Bevölkerung, die sich gegen Umweltzerstörung, Krisen- und Hochrüstungspolitik engagieren, zeigt, daß es den Protagonisten neuer „Bürgertugenden" keinesfalls um eine *allgemeine* Geltung solcher Werte wie „Opferbereitschaft" und „Gemeinsinn" geht: Ist es etwa nicht Ausdruck der Bereitschaft, im Interesse der Gesellschaft persönliche Opfer zu bringen, wenn Bürger sich z.B. an zeitaufwendigen und mitunter anstrengenden Demonstrationen für den Frieden oder für den Schutz der natürlichen Umwelt beteiligen?– Die hiermit verbundene Verausgabung von Kräften, der Verzicht auf Erholung und Freizeit, schließlich auch das bewußte Inkaufnehmen der Gefährdung der beruflichen Existenz durch die Möglichkeit eines Berufsverbots – *diese* Opfer für eine gemeinsame Sache sind mit den Wertpostulaten offenbar nicht gemeint, hier wird „Gemeinsinn" nicht verortet. Die Kriterien, nach denen die Werterfüllung beurteilt wird, bestimmen sich eben nach den jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Interessenpositionen. Gegenüber der Forderung nach „Opferbereitschaft" und „Gemeinsinn" bleibt stets die Frage zu stellen, zu wessen Gunsten Opfer erbracht werden sollen, ob es sich nicht um eine fiktive „Gemeinschaft" handelt, die in der Realität durch antagonistische Interessen geprägt ist.

An „Bürgerethik" mangelt es der demokratischen Bewegung keineswegs, sofern man darunter das aktive Eintreten für ein als gemeinsam erkanntes Interesse versteht. Es ließe sich sogar die These aufstellen, daß hinsichtlich einer so verstandenen Solidarethik die demokratische Bewegung der so oft zitierten „schweigenden Mehrheit" bei weitem überlegen ist. Der Grund hierfür könnte im Bewußtsein der objektiven Übereinstimmung von Individualinteresse und dem Gesamtinteresse der Bewegung zu suchen sein. Jeweils das gemeinsame Interesse an einer Verhinderung der friedensbedrohenden NATO-„Nachrüstung", am Schutz lebensnotwendiger Umweltressourcen

28) Teilweise abgedruckt in: „Rechtspolitischer Dienst" (Hrsg. Pressebüro Ralf Theurer, Köln), 65 Lfg. v. 27. 8. 1982.

sowie an der Verteidigung demokratischer Freiheiten anderen bewußt zu machen, darin liegt gerade der Schwerpunkt täglicher Arbeit dieser Bewegungen.

Allerdings wäre die Annahme falsch, Menschen ließen sich allein durch den Verweis auf ihre objektiven Interessen mobilisieren. Als Handlungsmotivation spielen neben vielen anderen subjektiven und objektiven Momenten eben auch positive Wertorientierungen in der demokratischen Bewegung eine Rolle[29]). Werte wie z.B. „Freiheit", „Gleichheit" oder „Solidarität" werden dann freilich im Gegensatz zu den konservativ-bürgerlichen Wertideologien nicht als ein von den sozialen Widersprüchen abgehobenes ideelles Allgemeingut aufgefaßt, sondern bewußt aus der Erkenntnis der eigenen – im Widerspruch zu den herrschenden Positionen stehenden – Interessen entwikkelt und ausgefüllt. Mit dieser Stoßrichtung wird zugleich die Tradition ihres revolutionären Ursprungs fortgeführt.

Die Werte der demokratischen Bewegung sind zwar als abstrakte Begriffe formuliert, haben jedoch eine konkret-gesellschaftliche Grundlage: „Sie sind aus den Erfahrungen der sozialen und politischen Auseinandersetzungen abgeleitet, weisen aber zugleich über die bestehenden gesellschaftlichen Zustände hinaus in eine bessere Zukunft."[30]) Der Kampf für Volkssouveränität lebt heute konret z. B. im Kampf gegen Berufsverbote (die gegenwärtig ja gerade mit der Kandidatur zu Volksvertretungen begründet werden) und gegen vielerlei andere Formen der Unterdrückung demokratischer Betätigung weiter. Die „Freiheit" in dieser Gesellschaft ist nicht *unsere* Freiheit, solange sie nicht auch die Freiheit von materieller Not und Arbeitslosigkeit umfaßt. „Solidarität" darf nicht die Solidarität von Herrschern und Beherrschten meinen.

„Sozialstaat" kann für die Gewerkschaften, die Organisationen der Lohnabhängigen, für die demokratische Bewegung insgesamt nicht ein Staat sein, der sich die Bewältigung der Krise nicht anders denn durch die Verbesserung der „Ertragschancen" der Unternehmer vorzustellen vermag. Die altbekannte und auch von Kohl in seiner Regierungserklärung wiederholte These, daß höhere „Erträge" der Wirtschaft höhere Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze bedeuten, wird bereits durch die Zahlenangaben von Unternehmerseite widerlegt: Während die privaten Nettoprofite von 1970 bis 1980 im Jahresdurchschnitt um 7,4 % stiegen, nahmen die Nettoinvestitionen im gleichen Zeitraum nur um durchschnittlich 4,2 % zu. Wurden 1971 noch 64 % der Nettoprofite reinvestiert, waren es 1980 nur noch 52 %[31]). Zugleich wird ein immer größer werdender Anteil der Investitionen zur Rationalisierung und damit zur Einsparung von Arbeitsplätzen verwendet. Während 1981 noch 41 von

29) Vgl. im einzelnen die Beiträge in: K. Bayertz/ H. K. Holz (Hrsg.), Grundwerte. Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie, Köln 1978, S. 198 ff.

30) K. Bayertz, Sind fortschrittliche Grundwerte möglich? in: K. Bayertz/H. H. Holz, a.a.O., S. 198 ff., hier S. 202.

31) Zahlenangaben nach: Arbeitsgruppe Memorandum – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Memorandum '82, in: „Blätter", 1982, S. 617 ff., hier S. 619.

100 befragten Industrieunternehmen die Rationalisierung als Hauptziel ihrer Investitionen bezeichneten, waren es 1982 bereits 53.

Der Sozialstaatsbegriff, wie er im Grundgesetz enthalten ist, gestattet durchaus auch grundsätzliche Alternativen zur gegenwärtigen Austeritätspolitik, selbst in sozialistischer Richtung[32]). Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob dieses Verfassungsgebot eine Gewährleistung des erreichten Status quo der sozialen Besitzstände der Bevölkerung enthält oder sich unter bestimmten Bedingungen sogar zu einer Verpflichtung zu konkreten staatlichen Maßnahmen (z. B. der Verstaatlichung des AEG-Konzerns) „verdichten" kann. Die Rechtslehre lehnt ein solches Verständnis des Sozialstaatsbegriffs ab und sieht nur einen gewissen sozialen „Mindeststandard" als verfassungsrechtlich gewährleistet an[33]).

Vollends gesprengt würden die Schranken traditioneller juristischer Begrifflichkeit, wenn man die Kategorie einklagbarer Individualrechte verlassen und z.B. in der Sozialstaatsverbürgung einen „kollektiven Anspruch der Arbeiterklasse gegen den Staat" erblicken würde – wie es hinsichtlich des Rechts auf Arbeit geschehen ist[34]). Die Durchsetzung eines solchen Anspruchs bliebe indes eine Frage politischer und gesellschaftlicher Kraftentfaltung – das Problem ist freilich von bitterer Aktualität.

32) Vgl. näher W. Abendroth, a.a.O.; H. Ridder, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, Opladen 1975,, S. 94 ff.
33) Vgl. z.B. E. Benda, a.a.O.; J. Müller-Volbehr, Das Soziale in der Marktwirtschaft, in: „Juristenzeitung", 1982, S. 132 ff., hier S. 137.
34) R. Wahsner, Bemerkungen zum Recht auf Arbeit im Verfassungsrecht der Bundesrepublik, in: „Blätter", 1978, S. 562 ff., hier S. 565.

Georg Fülberth (Hrsg.)
Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten
Kleine Bibliothek Band 268
450 Seiten, DM 14,80

Gegenwärtig existiert kein anderes auf die Geschichte der Bundesrepublik bezogenes Quellenwerk. Die Dokumente setzen sich zusammen aus offiziellen Texten von Regierungen, Parteien und Verbänden, Zeitungsberichten, Tabellen, Statistiken, Gesetzestexten, Gutachten, Erinnerungen, Flugblättern und Aufrufen. Themen der Dokumentation: Wirtschaft, Militärwesen, Innen- und Außenpolitik, das Verhältnis zu den Entwicklungsländern, innere Sicherheit, demokratische Oppositionsbewegungen usw. Mit einem Vorwort und kurzen Kapiteleinleitungen des Herausgebers. Der chronologisch aufgebaute Band wendet sich an Lehrer, Schüler, Studenten sowie an alle politisch und zeitgeschichtlich Interessierten.

Streit um den Frieden in der Kirche

Walter Kreck

Daß in der Kirche heute um Frieden gestritten wird, und zwar so engagiert wie über kaum ein anderes Thema, das ist für viele in und außerhalb der Kirche ein erstaunliches oder gar ein ärgerliches Phänomen. Sollten nicht Kirchen Stätten sein, an denen man sich oberhalb der gegensätzlichen politischen und gesellschaftlichen Standpunkte begegnet und Frieden hält, anstatt über Frieden zu streiten?

In der Tat war es seit Jahrhunderten so, daß in den sogenannten Großkirchen kaum eine prinzipielle Diskussion über Krieg und Frieden geführt wurde. Der Obrigkeit blieb es vorbehalten, einen vermeintlich gerechten Krieg auszurufen, die Kirche begleitete ihn mit Gebet und Mahnung, oft auch mit moralischer Rechtfertigung der guten vaterländischen Sache und mit Stärkung des Kampfgeistes wie z. B. im Ersten Weltkrieg. Die Materialschlachten dieses Krieges, der Zusammenbruch des Kaiserreichs und damit auch das Ende der Allianz von Thron und Altar führten keineswegs zu einem radikalen Wandel in der Kriegsauffassung der Kirchen. Ein prinzipielles Nein zu Rüstung und Krieg vertraten nur kleine christliche Gruppen, und selbst behutsame theologische Kritik an religiöser Glorifizierung des Krieges und der Kriegsopfer konnte nicht auf den Schutz der Kirchenbehörden hoffen, wie der „Fall Dehn" zeigt[1]).

Diese Haltung der Kirche hat sich selbst im „Dritten Reich" und im Zweiten Weltkrieg noch nicht fundamental geändert. Zwar gab es beschwörende Warnungen einzelner und eine betont zurückhaltende und kritische Stellungnahme der Leitung der Bekennenden Kirche angesichts drohender Kriegsgefahr. Ich erinnere nur an die 1938 während der sogenannten Tschechenkrise herausgegebene Gottesdienstordnung, die in NS-Kreisen helle Empörung auslöste. Aber insgesamt war die Kriegsfrage auch in der Bekennenden Kirche kein zentrales Thema des Kirchenkampfes. Die meisten Theologen waren im Zweiten Weltkrieg, wenn auch gewiß mit beschwertem Gewissen, Soldaten oder gar Offiziere. Wer sich verweigerte, riskierte Kopf und Kragen. Mancher von der Geheimen Staatspolizei belästigte Theologe empfand sogar die Einberufung zur Truppe als eine Art Schutz, und es fehlte leider auch nicht an begeisterter Huldigung seitens der Spitze der „Reichskirche" an den „gottgesandten" Führer, als er sich anschickte, in die „gottlose" bolschewistische UdSSR einzufallen.

Der leidenschaftliche Streit um Krieg und Frieden entstand in der Kirche erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Er kündigte sich an in dem Stuttgarter Schuld-

1) Günther Dehn wurde wegen seines Vortrags „Der Christ und der Krieg" in Magdeburg 1938 in schwere Kämpfe verwickelt und verlor schließlich seinen Lehrstuhl, wozu die Kirche meist schwieg. Vgl. Ernst Bizer, Der „Fall Dehn", in: Festschrift für G. Dehn, hrsg. v. W. Schneemelcher, 1957, S. 239 ff.

bekenntnis der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945 und im Darmstädter Wort des Bruderrats der Bekennenden Kirche zum politischen Weg unseres Volkes 1947 und brach aus mit dem Bekanntwerden der Remilitarisierungspläne. Nachdem bereits die Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Amsterdam 1948 erklärt hatte, der Krieg habe seine Rolle gewandelt und sei heute „Sünde wider Gott und eine Entwürdigung des Menschen", kam es anläßlich des Truppenangebots Adenauers an die Alliierten, das zu Gustav Heinemanns Ausscheiden aus dem Kabinett führte, zu heftigen kirchlichen Auseinandersetzungen. Vollends die Frage der atomaren Bewaffnung und im Zusammenhang damit die Diskussion um den Militärseelsorgevertrag erregten die Synoden und brachten die EKD in eine nur mit Not bestandene Zerreißprobe. Das grundsätzliche Nein zu einem mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg, das 1957 vom Ökumenischen Rat gesprochen und 1958 von der EKD-Synode aufgenommen wurde, verband man allerdings in der Folgezeit mit dem Zugeständnis, die Drohung und Abschreckung mit atomaren Waffen sei vorerst eine „noch" zu verantwortende Haltung (so die Heidelberger Thesen von 1959), und seit dem Kirchentag 1967 sprach man betont gleichgewichtig vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen".

Erst mit der jüngst entstandenen und ungeheuer rasch sich ausbreitenden Friedensbewegung, die durch das wahnsinnige Rüsten und die Gefährdung der zwischenzeitlichen Entspannung provoziert wurde, brach auch in der Kirche der Streit um den Frieden mit neuer Vehemenz auf. Es zeigte sich, daß die Proteste gegen den Kalten Krieg und den Rüstungswettlauf in den 50er und 60er Jahren nicht wirkungslos verhallt waren. Die Kontinuität mit den alten unentwegten Ostermarschierern gegen Atomwaffen kam symbolisch zum Ausdruck, als bei der großen Bonner Friedensdemonstration im Oktober 1981 die Hunderttausende dem vielgeschmähten Vorkämpfer für den Frieden, Martin Niemöller, ihre Grüße sandten. Aber es stellte sich auch heraus, daß die institutionelle Kirche nur zögernd dem Drängen der Basisgruppen auf dem Kirchentag und in unzähligen lokalen Friedenswochen ihr Ohr lieh. Es entbrannte ein neuer und in dieser Breite noch nie dagewesener Streit um den Frieden auch in der Kirche.

Ich kann hier nicht einen umfassenden Überblick über die lebhafte Friedensdiskussion und die Fülle der Aktivitäten in den Kirchen und Gemeinden geben[2]), sondern beschränke mich darauf, die wichtigsten Brennpunkte, um die nach meiner Sicht der Dinge die Auseinandersetzung jedenfalls in der evangelischen Kirche geht, in ihrer grundsätzlichen Bedeutung hervorzuheben.

2) Aus der Fülle der Literatur sei nur genannt: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.), „Christen im Streit um den Frieden", Freiburg 1982; Handreichung der Nederlandse Hervormde Kerk, „Kirche und Kernbewaffnung", Neukirchen 1981; Denkschrift der EKD, „Frieden wahren, fördern und erneuern", Gütersloh 1981; Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes, „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche", Gütersloh 1982; Bensberger Kreis (Hrsg.), „Frieden – für Katholiken eine Provokation?", Reinbek 1982.

1. Glaubensentscheidung und politisches Urteil

Vor ein grundlegendes Problem, das freilich die Friedensdiskussion weit übergreift, stellt uns ein jüngst veröffentlichtes Kommuniqué des Rates der EKD, in dem es heißt: „Das Bekenntnis zu Jesus Christus wird mißbraucht, wenn es zur Entscheidung über offene politische Wege verwendet wird . . . Fragen des innerweltlichen Überlebens, so wichtig sie sind, dürfen nicht mit Fragen des Glaubens verwechselt und zu Bekenntnisfragen gemacht werden."[3]) Man fürchtet offenbar bei konkreten kirchlichen Stellungnahmen zu Fragen des Friedens und der Abrüstung eine „politische Theologie", wie sie oft in der Kirche vertreten wurde, angefangen mit dem Hoftheologen Konstantins des Großen, Euseb von Caesarea, bis hin zu den Deutschen Christen im Kirchenkampf unter Hitler. Die Unterscheidung der beiden „Regimente", des geistlichen und des weltlichen, gehört zu den Kernstücken der Theologie Luthers und wurde unter Berufung auf Jesu Wort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!" und auf Römer 13: „Seid untertan der Obrigkeit . . .!" immer neu eingeschärft. Das Verhältnis zu Gott, um das es im christlichen Glauben geht, ist gewiß nicht identisch mit dem Verhältnis zum Mitmenschen, zur Welt und Schöpfung, und das Bekenntnis des Glaubens ist wohl zu unterscheiden von politischen Stellungnahmen, die der Christ mit dem Nichtchristen zusammen treffen kann. Eine „politische Theologie", die das verwischt und das Reich Gottes mit den Reichen dieser Welt verwechselt, die Trennung von Kirche und Staat in Frage stellt und den Prozeß der Säkularisierung zurückdrehen möchte, wäre in der Tat ein Mißbrauch des christlichen Bekenntnisses.

Aber Unterscheidung der beiden „Reiche" heißt nicht Trennung, nicht Aufteilung des Lebens in zwei gegeneinander abgeschottete Bereiche, in denen man gegensätzlichen Herren dienen könnte. Gerechtigkeit vor Gott, von Luther mit Recht in scharfen Gegensatz gestellt zu jeder Selbstrechtfertigung durch Werke und Verdienste, hat sehr wohl Konsequenzen für die weltliche Gerechtigkeit, die iustitia civilis. Die Bergpredigt Jesu, die uns gewiß kein politisches Programm liefert, ist doch keineswegs nur Privatsache, so gewiß die Nachfolge Jesu bzw. das Bekenntnis zu Christus sehr bald politische Auswirkungen hatte. Das hat in unserem Jahrhundert die Bekennende Kirche, die sich zunächst nur als kirchliche Widerstandsbewegung gegen ein von nationalsozialistischer Ideologie geprägtes Christentum und entsprechende staatliche Übergriffe in die Kirche verstand, mehr und mehr – wider Willen – zu spüren bekommen. Der Kampf gegen den Arierparagraphen, der Juden vom kirchlichen Amt ausschloß, der Protest gegen den Absolutheitsanspruch des NS-Staates, den die Barmer Bekenntnissynode 1934 erhob, die unzähligen Konflikte mit der Geheimen Staatspolizei lehrten eindrücklich, daß Glaubens- und Bekenntnisfragen nicht in ein weltfremdes Inseits oder Jenseits zu

3) FAZ v. 21. 9. 1982.

verbannen waren, wie es der Staat wünschte, sondern durchaus etwas mit den Fragen des „innerweltlichen Überlebens" zu tun hatten, also eine politische Dimension hatten.

Wir können hier nicht die uferlose Diskussion verfolgen, die sich um die Frage drehte, wieweit Luthers damals dringliche Betonung der Unterscheidung der beiden Reiche Anlaß zu einer ethischen Schizophrenie gab, die privates Christentum und öffentliches Heidentum nebeneinander ermöglichte. Zugespitzte Äußerungen Luthers vor allem im Bauernkrieg, in denen er die Aufständischen warnte, sich auf das Evangelium zu berufen, und die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausschließlich der Obrigkeit zuerkannte, könnten solchen Eindruck erwecken. Sie dürfen aber nicht verabsolutiert werden, zumal der Reformator sich nicht gescheut hat, im Namen des Evangeliums sehr pointiert zu politischen Problemen Stellung zu nehmen, z. B. zum Amt des Fürsten, des Richters, des Soldaten, und in wirtschaftlichen Fragen wie zu Zins und Wucher Weisungen zu geben. Kurzschlüssig ist es auf alle Fälle, Luther zum Kronzeugen der Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zu machen und wie Max Weber zu behaupten, er habe die ethische Verantwortung für den Krieg dem einzelnen abgenommen und ausschließlich auf die Obrigkeit gewälzt, „der zu gehorchen in anderen als Glaubenssachen niemals schuldhaft sein konnte".[4])

Es hat sich – nicht zuletzt auf Grund der Erfahrungen im Kirchenkampf – heute weithin in der evangelischen Theologie und Kirche die Überzeugung durchgesetzt, daß mindestens ebenso gefährlich wie eine plumpe Vermischung von Glaubensfragen und politischen Entscheidungen im Sinne einer politischen Gebrauchstheologie eine (scheinbar) unpolitische Theologie ist, die ganze Lebensbereiche dem Zuspruch und Anspruch des Evangeliums entziehen will und deren relative Eigenständigkeit mit einer absoluten Eigengesetzlichkeit verwechselt. Nicht alle politischen Optionen sind „offene Wege". Es gibt Versuche der Friedenssicherung, die sich als verbotene und darum verschlossene Wege herausstellen. Wenn nach dem bekannten Gleichnis Jesu vom jüngsten Gericht, Matthäus 25, ein Becher kalten Wassers, dem Dürstenden gereicht, geradezu eschatologische Relevanz hat, dann gilt das gewiß auch, wenn es um unsere Mitverantwortung für das Überleben der Menschheit geht. Muß es nicht im Gegensatz zu den oben zitierten Sätzen des Rates der EKD heißen: Das Bekenntnis zu Jesus Christus wird mißbraucht, wenn es mir zu schweigen erlaubt angesichts einer politischen und militärischen Strategie, die mit dem Gedanken an einen Holocaust spielt und mit der verantwortungsvollen Erfüllung des staatlichen Auftrags, für Recht und Frieden zu sorgen, nicht zu vereinen ist? Wenn es also unzweifelhaft politische Fragen gibt, die Glauben und Bekenntnis tangieren, und politische Entscheidungen, die mit dem Glauben an Gott den Schöpfer und Versöhner nicht vereinbar sind, dann ist die Frage, an welchem Punkt ein solches „Nein ohne Ja" gefordert ist.

4) Max Weber, Ges. politische Schriften, 1971³, S. 556.

2. *Das Nein zu den Atomwaffen*

Der Streit um den Frieden hat sich in der Kirche zur Diskussion um die Atomwaffen, die freilich hier für Massenvernichtungsmittel insgesamt stehen, zugespitzt. Wir können absehen von einigen Stimmen, die noch immer wie einst Adenauer Atomwaffen als eine verstärkte Artillerie ansehen und unbedenklich die traditionellen Kategorien des „gerechten Krieges" im Atomzeitalter festhalten möchten. Eine Rechtfertigung des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki durch Theologen dürfte die Ausnahme sein[5]), und es wird sich wohl kaum ein Verantwortlicher in der Kirche finden, der das Gebet des amerikanischen Militärpfarrers beim Abflug des Atombombers damals nicht als blasphemisch empfindet. Inzwischen aber erscheinen jene Bomben fast harmlos, gemessen an den jetzt zur Verfügung stehenden nuklearen Potentialen. Verbale Ächtung eines Atomkriegs gehört bereits zum gängigen Ritual kirchlicher Friedensproklamationen. Schon die Heidelberger Thesen von 1959 sprachen von der Notwendigkeit der Abschaffung des Krieges im Atomzeitalter, da die nuklearen Waffen auch das zerstören, was sie schützen sollen. Den absoluten Verzicht auf Waffengebrauch, den die Kirchen traditionell nicht gelten ließen, sahen die Verfasser als eine achtbare mögliche, wenn auch nicht von allen zu erwartende Handlungsweise an. Sie empfanden aber als Dilemma, daß einerseits die Atomrüstung, wenn sie primär der Abschreckung dienen soll, zu dem Inferno nuklearer Vernichtung für alle führen kann, daß aber andrerseits, wie man fürchten zu müssen meinte, einseitige atomare Abrüstung ein Leben in Recht und Freiheit im Sinne der bürgerlichen Welt gefährden könne. So einigte man sich auf die These: „Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen."[6])

Damit stellte man sich in klaren Gegensatz zu der Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften von 1958, in der es hieß: „Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und den Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar . . ."[7]) Ihre vermittelnde, an die Quadratur des Kreises erinnernde Haltung versuchten die Verfasser der Heidelberger Thesen mit dem aus der Mikrophysik entnommenen Verständnis des Begriffs „komplementär" zu rechtfertigen. Gegensätzliche Positionen können danach in dieser Frage deshalb geduldet werden, weil man im Ziel der Kriegsvermeidung einig sei und die unterschiedlichen Wege dahin sich gegenseitig stützten: „Die atomare Bewaffnung hält auf eine äußerst fragwürdige Weise immerhin den Raum offen, innerhalb dessen solche Leute wie die Verweigerer der Rüstung die staatsbürgerliche Freiheit genießen, ungestraft ihrer Über-

5) Eberhard Müller scheint nach seinen Ausführungen im „Allgemeinen Deutschen Sonntagsblatt" v. 26.9. 1982 zu dieser Ausnahme zu gehören.
6) Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.), S. 351.
7) Ebd., S. 344.

zeugung nach zu leben. Diese aber halten, so glauben wir, in einer verborgenen Weise mit den geistlichen Raum offen, in dem neue Entscheidungen vielleicht möglich werden . . ."[8]) Wie unbehaglich man sich bei dieser gewundenen Argumentation fühlte, geht aus dem Schlußabschnitt der Heidelberger Thesen hervor, in dem die Ohnmacht der Kirche und die Unbeweglichkeit des „Kollektivbewußtseins" beklagt und der gefundene Kompromiß nur für einen „rasch vorübergehenden Übergang" gerechtfertigt wird – in der Hoffnung auf baldige effektive Abrüstung.

Aber diese Hoffnung trog. Auch während der Entspannungsperiode in den 70er Jahren trat der erwartete Fortschritt in der Abrüstung (trotz einiger Teilerfolge) nicht ein. Die Weltkirchenkonferenz in Nairobi 1975 sprach mit Recht von einem „krebsartigen" Wachstum militärischer Forschung und Entwicklung und appellierte an Kirchen und Christen, sich für einen Stopp des Rüstens und eine wirksame Abrüstung einzusetzen. Der Interkirchliche Friedensrat (IKV) in den Niederlanden startete eine Kampagne gegen die Atomwaffen, und die Niederländisch-Reformierte Kirche gab 1979 eine Handreichung heraus, in der das Kernwaffenproblem ausführlich erörtert und bereits der Besitz von und die Drohung mit atomaren Waffen verworfen wurde. Eindeutig heißt es: „Mit Waffen, die man nicht gebrauchen will, kann man schließlich nicht länger glaubwürdig drohen."[9])

Man muß also aus dem bereits 1962 von den Niederländern gesprochenen Nein zum Gebrauch dieser nuklearen Waffen auch die Konsequenz ziehen, wie es die Generalsynode dieser Kirche im November 1980 tat: „Die Erfahrung der vergangenen achtzehn Jahre zeigt uns, wie sehr der Besitz dieser Waffen uns mit hineingezogen hat in ihren beschleunigten Ausbau und ihre Perfektionierung, bis hin zur Entwicklung einer Strategie des ‚begrenzten' Atomkriegs. Wir müssen daher zuerst unser ‚Nein' von 1962 wiederholen und dazu jetzt mit aller Deutlichkeit feststellen, daß dieses ‚Nein' auch uneingeschränkt für den Besitz dieser Waffen gilt."[10])

Anders die Friedensdenkschrift der EKD von 1981. Zwar beschränkt auch sie sich nicht auf eine Analyse der Situation und eine Schilderung der weltweiten Konfliktpotentiale, sondern sie zielt auf eine Stärkung der gefährdeten Entspannungspolitik durch Überwindung der militärischen Konfrontation mittels politischer Kooperation. Man empfindet das Provisorische und Unzulängliche der bisherigen Sicherheitsvorstellungen, regt zu alternativen Verteidigungskonzepten an und hofft trotz aller begreiflichen Ängste noch auf eine sinnvolle Ausnützung bestehender politischer Spielräume. Zwar weiß man um die Risiken der jetzigen Abschreckungspolitik, aber man kann sich nicht wie die Niederländer dazu entschließen, der Kernbewaffnung als solcher eine friedensfördernde Relevanz abzusprechen. Es kann, so heißt es ausdrücklich, der Zeitpunkt für ein radikales Nein auch zur Drohung mit Atomwaffen kommen,

8) Ebd., S. 354.
9) Ebd., S. 139.
10) Ebd., S. 197.

aber *noch* scheint den Verfassern dieser Punkt nicht erreicht, und es fehlt auch an der Angabe klarer Kriterien für diesen Fall. Man scheut also vor einem „Nein ohne Ja" zurück.

Im Unterschied zu dieser Stellungnahme der EKD-Denkschrift nimmt die Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes in Deutschland von 1982 das entschiedene Nein der Niederländer auf und stellt in These III fest: Das Bekenntnis unseres Glaubens zu Gott dem Schöpfer und Erhalter der Welt „ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können"[11]). Besonderen Anstoß erregte es, daß man in diesem Zusammenhang von einem Status confessionis spricht, d. h. von einer der Kirche in dieser Situation eindeutig gebotenen Entscheidung, auch wenn man damit nicht dem Andersdenkenden sein Christsein absprechen will. Da inzwischen diese Thesen nur wenig abgewandelt auch auf der Tagung des Reformierten Weltbundes (der ca. 75 Mill. Christen vertritt) in Ottawa angenommen wurden, dürfte der hier ausgebrochene Streit noch weitere Kreise ziehen, auch auf der bevorstehenden Weltkirchenkonferenz.

Man wird diese Kontroverse nicht als einen konfessionellen Zwist zwischen Reformierten und Lutheranern abtun dürfen, obwohl es stimmt, daß die Reformierten die politische Verantwortung der Kirche von jeher stärker betonten und nicht zufällig der Barmer Bekenntnissynode von 1934 eine wegbereitende „Freie reformierte Synode" voranging. Aber ich bin überzeugt, daß die hier vertretene Position betreffend Kernwaffen sich auch von Luthers Kriegsauffassung her begründen läßt. Daß in der katholischen Kirche ebenfalls die Frage der Amoralität des atomaren Abschreckungssystems lebhaft diskutiert wird, zeigt der Entwurf des jüngsten Hirtenbriefs amerikanischer Bischöfe, der mit seiner Kritik an der herrschenden NATO-Doktrin bereits energischen Widerspruch der USA-Regierung fand.

Über den Widerstand gegen dieses totale Nein darf man sich auch hierzulande keine Illusionen machen, denn damit wird an den Kern unserer bisherigen Sicherheitskonzeption gerührt, die von allen Parteien im Bundestag vertreten wird. Kein Vernünftiger wird leugnen, daß mit einem grundsätzlichen Nein zu Atomwaffen diese noch längst nicht aus der Welt geschafft sind. Auch muß man die Gefahr sehen, daß bei einem Verzicht auf diese Waffen, falls er von der Bevölkerung erzwungen würde, eine Forcierung konventioneller Rüstung betrieben werden kann, die ebenfalls unheimliche Perspektiven eröffnete. Aber noch ist die nukleare Bedrohung die Hauptgefahr, und es scheint mir von erheblicher Bedeutung zu sein, daß die in weiten Kreisen vorhandene Besorgnis nicht dadurch gedämpft wird, daß man weiter von einer christlich möglichen Handlungsweise redet und die Gewissen mit halbherzigen Vertröstungen salviert. Wenn Christen und Kirchen hier Nein sagen und ihre Mitwirkung bei der Produktion und Stationierung solcher Massenvernichtungs-

11) Erklärung des Moderamens, S. 7.

mittel verweigern, weil sie dies für unvereinbar mit ihrem Glaubensgehorsam halten, so ist dies zugleich, ob sie das wollen oder nicht, von politischer Relevanz und wird den Druck der Öffentlichkeit auf die zur Entscheidung geforderten Instanzen verstärken.

3. *Totale Waffen und totales Feindbild*

Wie ist es zu erklären, daß man auch in den Kirchen sich nur allmählich und mühsam zu Erkenntnissen durchringt, die uns angesichts des derzeitigen Rüstungswahnsinns die Vernunft nahelegt und die uns m. E. das christliche Gewissen gebietet? Man weiß doch, daß das, was in Hiroshima und Nagasaki geschah, so schrecklich es war, nur ein winziger Bruchteil des Infernos ist, das die heute vorhandenen und ständig vermehrten nuklearen Potentiale anrichten können. Die Auswirkungen eines entfesselten Atomkriegs auf die Menschheit – Hunderte von Millionen Toten, wie man kalkuliert, die radioaktive Verseuchung der natürlichen Umwelt, katastrophale biologische und ökologische Folgen – sind oft genug geschworen worden[12]). Die Vernichtung der Menschheit als biologische Art ist als Möglichkeit in greifbare Nähe gerückt. Wir stehen vor einer nicht nur quantitativ, sondern qualitativ neuartigen Bedrohung.

Es gibt gewiß mancherlei Gründe, warum auch in den Kirchen oft eine stumpfe, resignierte oder fatalistische Haltung dem allem gegenüber eingenommen wird. Nach meiner Erfahrung in vielen Diskussionen christlicher Kreise spielt aber die Angst vor der „Bedrohung aus dem Osten" dabei eine herausragende Rolle. Der Marxismus, der Kommunismus, die Existenz der Sowjetunion wurden von der abendländischen Welt als Gefährdung ihrer heiligsten Güter angesehen. Der Antikommunismus war unter Hitler Staatsdoktrin, und die Bundesrepublik Deutschland verstand sich nicht zuletzt als Bollwerk gegen die bis zur Elbe vorgedrungene „kommunistische Weltrevolution". Der unleugbare gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegensatz der Systeme wurde gerade von Theologen und christlichen Politikern religiös-metaphysisch aufgeladen und diente zur Unterstützung einer Kreuzzugsideologie, wie sie jüngst wieder unverhohlen in Washington verkündet wurde. Der Boden für dies alles war längst schon im 19. Jahrhundert bereitet, als eine sich ausbreitende sozialistische Bewegung mit ihrer Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, an ihrer wirtschaftlichen und politischen Ordnung und an ihrer Religion der konservativen und staatsverbundenen Kirche nur als Todfeind erscheinen konnte.

Wir können hier nicht die lange Geschichte dieser Konfrontation verfolgen und auf die beiderseitigen Ursachen, Mißverständnisse, Dialogversuche und bleibende Differenzen eingehen. Inzwischen haben sich ungeahnte geschichtliche Wandlungen vollzogen: Ein Drittel der Erde ist sozialistisch, ökonomische und wissenschaftliche Beziehungen existieren über die Systemgrenzen hinweg, eine friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wurde in Helsinki als Ziel proklamiert. Auch die

12) Vgl. Jonathan Schell, „Das Schicksal der Erde", München 1982.

Kirchen stehen nicht mehr wie einst auf dem Aussterbeetat der sozialistischen Staaten; eine Weltkonferenz der verschiedenen Religionen für den Frieden fand ausgerechnet in Moskau statt; eine Fülle ökumenischer Kontakte wird hinüber und herüber gepflegt. Und dennoch besteht gerade auch in Kirchen und in christlichen Kreisen eine – wenn auch oft unterschwellige – Berührungsangst und ein abgründiges Mißtrauen gegenüber dem großen östlichen Nachbarn. Statt sich daran zu erinnern, daß der Westen die Sowjetunion in den 20er Jahren mit militärischen Interventionen überzog, daß Deutschland den Krieg im Osten 1941 vom Zaun brach und daß wir die russischen Gefangenen wie Untermenschen behandelten, sah man in der Sowjetunion das Tier aus dem Abgrund, dem jede Aggression und Brutalität zuzutrauen sei. Ausschreitungen, wie sie in der Tat vor allem unter Stalin vorkamen und begreiflichen Schrecken erregten, werden nicht in ihrer geschichtlichen Bedingtheit gesehen, sondern zu Wesensmerkmalen des Kommunismus erklärt, fortschrittliche Entwicklungen werden nicht zur Kenntnis genommen, und das pauschale negative Urteil wird in christlichen Kreisen dadurch untermauert, daß man wie Präsident Reagan überzeugt ist, Atheisten seien eben zu jedem Verbrechen fähig. Kein Wunder, daß die Infragestellung der gesellschaftlichen Grundstruktur des Westens durch die Existenz sozialistischer Länder, d. h. die drohende „Weltrevolution", im Sinne *militärischer* Aggression seitens des Ostens mißverstanden wird und nach verstärkter Rüstung gerufen wird.

Man braucht das totale Feindbild, um die totale Rüstung und Drohung mit Massenvernichtungsmitteln zu rechtfertigen. „Je eindeutiger und totaler das Feindbild, desto totaler muß die Waffe sein, mit der der Feind in Schach gehalten werden kann."[13]) Besteht ein totaler Verdacht, so muß alles, was der andere tut, Mißtrauen wecken. Selbst Schritte in Richtung auf Verständigung werden als Versuch der eigenen Machterweiterung des Gegners angesehen, weil man ein total negatives Vorzeichen vor die ganze Klammer seines wirklichen oder möglichen Handelns setzt. Da heißt es letztlich: Lieber tot als rot!

Anstatt für ein solches Freund-Feind-Denken psychologische Waffen zu liefern und das Vorurteil zu bestärken, daß der andere, zumal der Atheist, zu allem fähig sei, während man selbst, zumal wenn man sich Christ nennt, politisch vertrauenswürdig sei, müßten Christen und Kirchen auf Grund der von ihnen verkündigten Botschaft von der Versöhnung Gottes mit der Welt (nicht nur mit der Kirche!) auch dem Kontrahenten gegenüber Vertrauen stiften. Das führt zu dem Bemühen um ein sachliches Urteil und beginnt mit der Bereitschaft, Verhandlungsangebote und Abrüstungsvorschläge der anderen Seite ernsthaft zu prüfen, aber auch Überlegenheitsansprüche und Enthauptungspläne der eigenen Seite als ein frivoles Spiel mit dem Feuer zu brandmarken.

Umgekehrt dient auch das absolute Feindbild zur moralischen Rechtfertigung der absoluten Rüstung, wie ebenfalls im Memorandum des Bensberger Kreises betont wird. Man muß, wenn man schon die absolute Waffe hat, auch einen

13) Bensberger Kreis (Hrsg.), S. 18.

absoluten Feind haben. So sagte Max Born: „Um das Gewissen der Menschen zu beruhigen gegenüber militärischen Plänen, welche die Tötung von vielen zehn oder gar hundert Millionen Männern, Frauen und Kindern der anderen Seite – und der eigenen, was aber verdunkelt wird – ins Auge fassen, muß die andere Seite als ihrem Wesen nach verdorben und aggressiv gedacht werden."[14]) Das bestehende Abschreckungssystem und das ihm dienende Waffenarsenal verselbständigen sich und werden zum Selbstzweck, und die psychologische Kriegführung sorgt dafür, daß jeder, der seine Rationalität bezweifelt, in den Verdacht der Subversion gerät und als Sicherheitsrisiko eingestuft wird. In Wirklichkeit wird durch die gefährliche Eigendynamik dieser Waffen und ihre schwierige Kontrollierbarkeit die Politik gefesselt und die Menschheit mehr gefährdet als durch jeden möglichen Systemfeind.

Die Kirche, die ihr gerüttelt Maß Mitschuld an der Dämonisierung solcher Feindbilder hat, sollte an deren Entmythologisierung mitarbeiten. Dieses Umdenken ist bei einer Minderheit in der Kirche längst im Gange. Ich erinnere nur an das bereits erwähnte Darmstädter Wort der Bekennenden Kirche von 1947, das zu Beginn des Kalten Kriegs vor einer christlichen Front der Guten gegen die Bösen in der Politik warnte und die kurzschlüssige Aburteilung des ökonomischen Materialismus im Marxismus durch die Kirche beklagte, mit der man notwendige Neuordnungen im menschlichen Zusammenleben blockierte.

Oder ich denke an die ersten Kontaktaufnahmen einzelner wie Martin Niemöllers und H. J. Iwands mit den Christen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern wie auch an Karl Barths Warnung vor einem blinden christlichen Antikommunismus[15]), aber auch an die Vertriebenendenkschrift der EKD. Sehe ich recht, so verlieren in der Kirche seit langem bestehende Vorurteile, wenn auch sehr allmählich, an Überzeugungskraft, und das um so mehr, je stärker die militanten Töne der westlichen Führungsmacht, die alle Unruhe in der Welt monokausal auf den Kommunismus zurückführen möchte und durch Hochrüstung und Wirtschaftsboykotte dessen Untergang zu erzwingen sucht, die Glaubwürdigkeit der Behauptung, es gehe um die Verteidigung der hehren Werte des sogenannten christlichen Abendlands, erschüttern.

Aber wie groß auch in der kirchlichen Friedensbewegung die Spannweite der politischen Standpunkte sein mag – darin scheint mir weithin Einigkeit zu bestehen: Die großen Weltkonflikte sind auf keinen Fall durch einen dritten, gewiß atomaren und für alle katastrophalen Weltkrieg zu lösen. Darum muß der Teufelskreis von totaler Rüstung und totalem Feindbild aufgebrochen werden[16]).

14) Ebd., S. 19.
15) Karl Barth machte sich in Deutschland politisch so unbeliebt, daß ihm der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, für den er vorgesehen war, auf Einwirkung des Bundespräsidenten Heuß hin vorenthalten wurde.
16) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Der Antikommunismus als Haupthindernis bei der Arbeit für Frieden und Abrüstung", in: „Neue Stimme", 6/1982, S. 5ff.

4. Die Frage des prinzipiellen Pazifismus

Es gibt engagierte Friedensgruppen in der Kirche, die über das bisher Gesagte (Ablehnung der Massenvernichtungsmittel, Abbau der totalen Feindbilder) weit hinausgehen möchten. Frieden, so heißt es, ist nicht nur Abwesenheit von Krieg. Er wird nicht nur durch Atomwaffen bedroht. Man muß vielmehr bei den Ursachen der Konflikte im persönlichen und zwischenmenschlichen Leben einsetzen und die Neigung, sie gewaltsam anstatt mit friedlichen Mitteln zu lösen, bekämpfen. Die Bergpredigt deckt diese Wurzeln des Unfriedens auf, indem sie bereits in bösen Gedanken, Worten und Blicken den Beginn der Feindschaft, ja, Mord und Totschlag sieht. Frieden muß positiv und im umfassenden Sinn des hebräischen Wortes Schalom, das Heil und Wohl, Gerechtigkeit und humanes Verhalten umschließt, bestimmt werden. So gewiß nach biblischem Verständnis das vollkommene Friedensreich, das Gott heraufführt, Gegenstand der Hoffnung ist, so kann man es doch nicht erwarten, ohne ihm schon jetzt zeichenhaft den Weg zu bereiten durch Minimierung von Gewalt, Unfreiheit und Angst.

Der prinzipielle Pazifismus tritt für völligen Verzicht auf Gewaltanwendung ein und beruft sich dabei gern auf die Bergpredigt als die „Regierungserklärung" Jesu. Nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Bereich, auch in der Politik, soll der Christ nicht Schlag gegen Schlag setzen, sondern Böses mit Gutem vergelten. Dieses scheinbar schwächliche Verhalten ist in Wahrheit Stärke, nämlich die letztlich viel wirksamere und überzeugendere Machtausübung der Liebe. Es handelt sich bei diesem Pazifismus also keineswegs nur um eine Gesinnungsethik oder eine bloße Utopie, sondern um eine konkrete Herausforderung für unser politisches Verhalten. Verglichen mit der Selbstverständlichkeit, mit der die Kirche – die evangelische Kirche mit Vorliebe unter Berufung auf Luthers Rede vom „Kriegsmann im seligen Stand" – Pazifisten als Schwärmer abzutun pflegte, ist es schon erstaunlich, welcher Wandel sich vollzog. In der Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich Kriegsdienstverweigerung verfassungsmäßig anerkannt (bei allem Streit um das Anerkennungsverfahren), in der Deutschen Demokratischen Republik gibt es zumindest einen Wehrersatzdienst für Waffendienstverweigerer. Die Weltkirchenkonferenz in Nairobi 1975 appellierte an die Kirchen, ihre Bereitschaft zu erklären, ohne den Schutz von Waffen zu leben[17]; Parolen wie „Frieden schaffen ohne Waffen" und „Schwerter zu Pflugscharen" sind in West und Ost verbreitet, wenn auch kontrovers diskutiert.

Ohne Zweifel empfinden mehr Menschen in der Kirche als je zuvor Gewaltanwendung als problematisch, und vollends die einst so gängige Rede vom „gerechten Krieg" ist fragwürdig geworden. Das gilt nicht nur vom Krieg mit Massenvernichtungswaffen, sondern auch von dem sogenannten konventionellen Krieg, der erschreckende Ausmaße angenommen hat, kaum noch zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheidet und jederzeit in einen Nuklearkrieg ausarten kann, wenn Atommächte beteiligt sind. Dennoch gibt es

17) Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hrsg.), S. 287.

gute Gründe, trotz des häufigen Mißbrauchs der reformatorischen Zwei-Reiche-Lehre hier nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten und prinzipiell zu bestreiten, daß der Staat, wie es in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 heißt, die Aufgabe hat, notfalls auch durch Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Sich vor Haß und Rache zu hüten, persönlich lieber Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun, ist etwas anderes, als gelassen zuzusehen, wenn andere gequält und unterdrückt werden. In dieser zwar von Gott versöhnten, aber noch unerlösten Welt kann es sehr wohl geboten sein, tyrannischen, ausbeuterischen Mächten und Gewalten in den Arm zu fallen und auch Gegengewalt gegen Gewalt zu setzen. Ich denke hier etwa an den Widerstand der unterdrückten Völker gegen Hitler und heute an Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die sich gegen jahrhundertelange Demütigung und Ausbeutung ihrer Völker wehren und das neokolonialistische Joch abschütteln, und ich halte es für unglaubwürdig, wenn Kirchen, die sich nicht einmal zu einem eindeutigen Atompazifismus aufschwingen, jenen Widerstandsbewegungen ihre moralische Entrüstung kundtun.

Alles kommt freilich darauf an, die Bedingungen klar zu umreißen, unter denen jede Androhung oder Ausübung von Gewalt stehen muß. Sie darf nicht Willkür sein, sondern hat der Gerechtigkeit zu dienen; sie kann nicht nach Belieben von jedem in Anspruch genommen werden, sondern wird in der Regel der staatlichen Legitimation unterliegen, es sei denn, ein das Recht mißbrauchender Staat fordere zum Widerstand nach Ausschöpfung aller legalen Mittel heraus. Auch nach der herkömmlichen kirchlichen Lehre vom „gerechten Krieg" war die Gewaltanwendung unter mannigfache Konditionen gestellt, u. a. auch unter die Bedingung, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt wird und jedenfalls die Möglichkeit besteht, unhaltbare Zustände zu ändern und zu bessern. Massenvernichtungswaffen, aber auch konventionelle Waffen, deren Einsatz nach aller Voraussicht das Gegenteil von dem bewirken wird, was als Ziel erhofft wird, sind also keineswegs damit zu rechtfertigen. Wenn gewaltlose Lösungen von Konflikten immer vorzuziehen sind und jeder Abbau von aggressiver Gewalt (also z. B. durch Umstellung auf defensive Waffensysteme) zu begrüßen ist, so ist der Einspruch gerade auch aus christlichen Kreisen gegen eine Militarisierung der Gesellschaft (spektakuläre Vereidigungen, Gewöhnung an Waffengebrauch, Kriegsspielzeug u. a.) verständlich. Man sollte aber dabei nicht die Dimensionen außer acht lassen und durch pauschale Friedensforderungen von den notwendigen und realisierbaren ersten Schritten ablenken, die Priorität beanspruchen.

5. *Die Umsetzung des Friedenswillens in konkrete politische Schritte*

Der Friedensbewegung und gerade auch christlichen Gruppen in ihr wird oft entgegengehalten, daß alle radikalen Zielsetzungen nichts nützten, wenn nicht die Umsetzung in konkrete Politik mitbedacht wird. Verbale Ächtung von Massenvernichtungsmitteln und moralische Appelle, an denen es nicht fehlt, führten sonst eher zur Resignation. Noch immer besteht auch in kirchlichen Kreisen die Neigung, die Friedensfrage zu privatisieren und zu entpoli-

tisieren, ohne sich näher auf das Kampffeld der politischen, militärischen und ideologischen Auseinandersetzungen einzulassen. Man möchte, ohne im einzelnen Partei ergreifen zu müssen, im rein biblischen Rahmen und in theologischer Sprache das lösende Wort zur heutigen Sicherheitspolitik hören, da die strittigen Fragen und Positionen für viele im Nebel der Propaganda undurchschaubar zu werden scheinen. Aber nicht nur der Teufel, sondern auch die Wahrheit liegt im Detail, und politisch-ethische Entscheidungen sind nicht einfach aus der Bibel abzulesen oder theologisch zu deduzieren, sondern erfordern eine sorgfältige Analyse der Situation. Dann wird man nicht umhin können, z. B. zu fragen, wer in der Konstruktion der Atomwaffen voranging und sie bereits auch angewandt hat, wer ihre Verstärkung und Präzisierung vorantrieb und wer nachrüstete, wer offen mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen im Falle kriegerischer Verwicklung droht und über gewinnbare nukleare Kriege spekuliert, ja, wer von der in Helsinki vereinbarten friedlichen Koexistenz abzurücken scheint. Die Forderung, die Rüstung zu stoppen und abzurüsten, ist in gleicher Dringlichkeit nach dem Westen wie nach dem Osten zu richten, aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, zu prüfen, wieweit die Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen und realistischen Vorschlägen zu erkennen ist und wieweit Forderungen erhoben werden, die von der Gegenseite nur als Erpressungsversuche verstanden werden können.

Was den ersten und dringendsten Schritt anbelangt, so ist man sich in der Friedensbewegung weithin darin einig, daß es zu einem sofortigen Stopp der atomaren Rüstung kommen muß, wie ja auch die amerikanische Freeze-Bewegung darin ihre Speerspitze hat. Bei uns konkretisiert sich das in dem Protest gegen die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen, die (infolge enormer Verkürzung der Vorwarnzeit) eine lebensgefährliche Herausforderung der UdSSR bedeuten. Die Verhinderung dieser Eskalation der Spannung erscheint im Blick auf das bestehende ungefähre Gleichgewicht der Rüstungspotentiale auf beiden Seiten und die vielfache Overkill-Kapazität als möglich und realistisch, falls man nicht auf Überlegenheit und auf das trügerische Ziel eines Sieges im Atomkrieg spekuliert. Wie überall in der Friedensbewegung werden auch in den christlichen Gruppen weitere Schritte wie Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen, Einstellung aller Atomwaffen-Versuche, Bildung atomwaffenfreier Zonen, Ablehnung jeder persönlichen Beteiligung an Produktion und Stationierung solcher Waffen, Proteste und Aktionen gegen sie, Umstellung der Rüstung auf rein defensive Waffen u. ä. gefordert. Man ist um ökumenische Kontakte nach West und Ost hin bemüht, wobei allerdings die Frage umstritten ist, wieweit die gleichen konkreten Postulate und Parolen auf beiden Seiten erhoben werden können, ohne in Gefahr zu geraten, politisch mißbraucht zu werden. Eine große Ermutigung bedeutet die Friedensbewegung in den USA, die in relativ kurzer Zeit die Unterstützung ganzer Kirchen fand und ihren Einfluß bereits bei den Wahlen deutlich signalisieren konnte.

In der Bundesrepublik Deutschland versuchen nicht nur die etablierten Parteien auf mannigfache Weise, die Friedensbewegung zu stoppen oder in ihre

Bahnen zu lenken, sondern auch die institutionelle Kirche tut sich schwer mit ihr. Gewiß ist die offene Ablehnung seltener geworden – Kirchentag und lokale Friedenswochen brachten eine Art Durchbruch in die Öffentlichkeit –, aber die Auseinandersetzungen über die Friedensbewegung gehen weiter. Kirchenleitungen und Synoden sorgen sich vor allem um den Frieden in den Gemeinden und scheuen vor offener Kritik an der herrschenden Sicherheitspolitik zurück. Auch in den Kirchen kommt es darauf an, durch intensive Arbeit an der Basis zu einem Wandel des Bewußtseins beizutragen, wie ihn die veränderte Weltsituation verlangt. Galt bisher Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und meinte man in der bisherigen Geschichte der Kirche, selbst Weltkriege mit der Lehre vom gerechten Krieg noch rechtfertigen zu können, so muß angesichts der heutigen Perspektiven, die im Kriegsfall keine Sieger, sondern nur Besiegte, ja, die Auslöschung großer Teile der Menschheit und das Ende der abendländischen Kultur erwarten lassen, ein radikales Umdenken einsetzen. Die lebensgefährliche Verdrängung der unvorstellbaren, aber realen Möglichkeit eines Holocausts, die Vogel-Strauß-Politik einer Sicherheitsstrategie, die über den Vulkan, auf dem die Menschheit sitzt, hinwegzutäuschen versucht, muß gebrandmarkt werden.

Dazu sollten sich die Kirchen in besonderer Weise herausgefordert sehen. Denn wo man Gott als den Schöpfer und Versöhner der Menschheit bekennt, muß man die Drohung mit Völkermord und mit Selbstvernichtung als Beleidigung dessen verstehen, dem wir das Leben verdanken. Da heute wie noch nie in der Menschheitsgeschichte der Mensch die Fähigkeit hat, diese Geschichte abzubrechen, die lebende und die kommenden Generationen und die gesamte ökologische Struktur zu gefährden oder gar zu vernichten, ist in der Tat die Friedensfrage die wichtigste politische Frage. Die apokalyptischen Visionen der Bibel von einem drohenden Weltende erhalten unerwartet realistische Züge, nur mit dem Unterschied, daß es der Mensch selbst ist, der das Inferno in Gang zu setzen vermag. Die christliche Botschaft, die oft durch die ausschließliche Konzentration auf das individuelle innere Leben oder auf ein Jenseits verengt und mißbraucht wurde, muß heute ihre Aktualität darin erweisen, daß sie die Ehrfurcht vor Gott zugleich als Verantwortung für die Schöpfung versteht. Selbst Nietzsches Appell: „Kinder, bleibt der Erde treu!" kann in diesem Sinn aufgenommen werden. Vor allem aber gilt es, einem pseudochristlichen Fatalismus entgegenzutreten, der mit Berufung auf entsprechende apokalyptische Zukunftsbilder in der Bibel die Resignation gegenüber den drohenden Gefahren für ein Zeichen von Gottvertrauen hält.

Der Streit um den Frieden ist auch in der Kirche noch keineswegs gewonnen. Man muß sogar damit rechnen, daß trotz verheißungsvoller Ansätze und Fortschritte der Friedensbewegung in ihr besonders hohe Barrieren zu überwinden sind. Ich möchte hier nur einige Punkte nennen:

Wenn nicht alles täuscht, ist die Entschlossenheit der NATO-Führung, die neuen Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren und damit faktisch die Konfrontation mit dem Ostblock zu verschärfen, trotz aller weltweiten Prote-

ste ungebrochen. In der Friedensbewegung wird bereits ernsthaft darüber diskutiert, welche Akte gewaltlosen Widerstands dagegen nötig und möglich sind. Christen und Kirchen zumal in unserem Land neigen traditionell zu einer Staatstreue, die auch bei schwerwiegenden politischen Entscheidungen vor passivem oder gar aktivem Widerstand zurückschreckt. Es wird sich im Ernstfall noch zeigen müssen, ob der entschiedene verbale Protest, wie er sich auch in der Kirche ausbreitet, zu einem jedenfalls symbolischen Handeln, das der Entschlossenheit des Neins Ausdruck gibt, ausgeweitet wird. Dabei wäre allerdings sorgsam darauf zu achten, daß die Disziplin und Gewaltlosigkeit, die bisher die großen Friedensdemonstrationen so eindrucksvoll machten, gewahrt bleiben und eine *politische* Entscheidung erzwungen wird.

In der Friedensbewegung haben sich Menschen verschiedener Konfessionen, Parteien und Weltanschauungen zu gemeinsamen Protesten und Aktionen vereint. Sie ist gewiß nicht „kommunistisch unterwandert" oder „von Moskau gesteuert", wie eine verleumderische Propaganda noch immer suggeriert. Aber es ist in ihr nicht nur Raum für marxistische Kräfte neben anderen, die sich unter die gemeinsamen Forderungen stellen, sondern man scheut in ihr auch nicht davor zurück, Instrumente der Kapitalismusanalyse von Marx oder der Imperialismustheorie von Lenin zu benutzen, wo sie zur Aufdeckung von Kriegsursachen hilfreich sind. Die Versuche, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Rohstoffe liefernden Länder der Dritten Welt auch militärisch zu sichern, Befreiungsbewegungen als Terroristen zu diskriminieren und zu liquidieren, Wirtschaftskrisen durch Abwälzung der Lasten auf die schwächeren Schultern, durch Rüstungssteigerung und -export zu bewältigen, sind so offenkundig, daß sich die Frage nach dem Zusammenhang von Klassenkampf und Krieg jedem wachen Bürger aufdrängt. Die Christen in der Friedensbewegung, denen von Haus aus solche Fragen meist fernliegen, werden sich diesen Auseinandersetzungen stellen und ihre traditionellen bürgerlichen Wertvorstellungen und Denkmuster hinterfragen müssen, anstatt diese als die angeblich allein christlichen absolut zu setzen.

Es ist nicht auszuschließen, daß der Streit um den Frieden erneut zu einer Zerreißprobe in der Kirche führt – trotz aller Bemühungen von Kirchenleitungen und Synoden, durch möglichst ausgewogene Erklärungen ausgleichend zu wirken. Aber Streit um die Wahrheit ist besser als Kirchhofsfriede. Wo die Kirche lebendig war, wurde ihr seit der Apostel Tagen der Streit nicht erspart. In der Friedensfrage kann es durchaus dazu kommen, daß Christen mit Atheisten in manchen Punkten sich einiger sind als Christen mit Christen, und das kann zu tiefgreifenden Spannungen in den Gemeinden führen. Es kommt darauf an, solche Kontroversen nicht durch faule Kompromisse zu vernebeln, sondern sie durchzustehen – allerdings ohne die Verbissenheit und Verbitterung eines Freund-Feind-Denkens und in der Hoffnung, daß der Streit von heute dem Frieden der Menschheit morgen dient.

Diskussionen in Moskau

Bericht über ein deutsch-sowjetisches Rundtischgespräch

Von Karl D. Bredthauer

Am 25. und 26. Oktober 1982 hielt sich eine Gruppe von Mitgliedern und Freunden der Martin-Niemöller-Stiftung auf Einladung des sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens in Moskau auf. Gesprächspartner waren neben Vertretern des Friedenskomitees und der beiden Institute der Akademie der Wissenschaften, in denen das Gespräch stattfand, des USA-Instituts und des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Politiker, Militärs, Kirchenvertreter und Publizisten.

Teilnehmer der Gruppe waren: Klaus von Bismarck (Goethe-Institut), Dr. Hans Günter Brauch (Publizist), Karl D. Bredthauer („Blätter"), Martha Buschmann (Präsidiumsmitglied der DKP), Volkmar Deile („Aktion Sühnezeichen"), Professor Dr. H. G. Franke (Kernphysiker aus Münster), Anton-Andreas Guha („Frankfurter Rundschau"), Mechtild Jansen (Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit), Professor Dr. Gerhard Kade, Professor Dr. Eugen Kogon, Professor D. Walter Kreck, Werner Lutz (Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten), Gunnar Matthiessen (Martin-Niemöller-Stiftung), Dr. Alfred Mechtersheimer (Forschungsinstitut für Friedenspolitik, Starnberg), Professor Dr. Dr. Horst Eberhard Richter (Direktor der psychosomatischen Universitätsklinik Gießen), Dr. Joseph Rossaint (VVN-Präsidum), Gerd Ruge (WDR, „Monitor"), Oberkirchenrat Helmut Spengler (stellvertretender Kirchenpräsident Hessen/Nassau), Pfarrer Martin Stöhr (Direktor der evangelischen Akademie Arnoldshain) und General a. D. Günter Vollmer. D. Red.

Am 25. und 26. Oktober 1982 fand in Moskau ein Rundtischgespräch mit Teilnehmern aus der Bundesrepublik und der Sowjetunion statt, das an zwei voraufgegangene Gespräche im Januar und im Mai dieses Jahres anknüpfte, zu denen die Martin-Niemöller-Stiftung nach Frankfurt eingeladen hatte. Gastgeber der sowjetischen Gesprächsrunde war das sowjetische Komitee zum Schutze des Friedens. Eugen Kogon und Gunnar Matthiessen hatten für die Martin-Niemöller-Stiftung die folgenden Themenkreise abgesteckt: I. Vorstellbare und beiderseits zumutbare Möglichkeiten, Rüstung einzufrieren und abzuschaffen. II. Wie können der öffentlichen Meinung die sowjetischen Möglichkeiten und Bereitschaften glaubhaft gemacht werden? III. Welche Haupthindernisse stehen der Abrüstung entgegen?

Der folgende Bericht bemüht sich um eine Nachzeichnung der für beide Seiten gerade in einer sehr schwierigen Phase der Ost-West-Beziehungen aufschlußreichen Gespräche. Dabei werden die Ausführungen sowjetischer Diskussionspartner wie Valentin Falin, Georgi Arbatow oder Daniil Projektor, die besondere Resonanz fanden, etwas ausführlicher wiedergegeben als Positionen aus der bundesdeutschen Friedensdiskussion, die als bekannt vorausgesetzt werden können.

I

Nach der Begrüßung durch *Pawel Naumow*, stellvertretender Direktor der sowjetischen Presseagentur Nowosti und ausgezeichneter Kenner der Bundesrepublik, eröffnete der stellvertretende Chefredakteur der „Prawda", *E. E. Grigorjew*, wie Naumow langjähriger Korrespondent in der Bundesrepublik, das Gespräch mit einer eindringlichen Darstellung der gegenwärtigen internationalen Gefahrensituation.

Eine besorgniserregende Eigendynamik der Konfrontationspolitik

Die Hinwendung (oder Rückwendung) der amerikanischen Politik zur Konfrontation mit der Sowjetunion entwickle eine besorgniserregende Eigendynamik. Sie habe jetzt den Punkt erreicht, an dem die Sowjetunion zum Objekt eines neuen Kreuzzuges erklärt werde. Dies habe sowohl militärische als auch psychologische Dimensionen. Die USA suchten heute weniger die ideologische Auseinandersetzung mit der anderen Seite, sondern mehr den psychologischen Krieg. Dies, sagte Grigorjew, kann zu einer für die ganze Menschheit gefährlichen Auseinandersetzung führen. Die Brisanz der Konfrontation ist nur zu ermessen, wenn man die nuklearen Potentiale im Hintergrund vor Augen hat. Die Folgen eines Atomkriegs, gleichgültig ob „begrenzt" oder „langandauernd", wären unvorstellbar! Wenn in der gegenwärtigen Situation dennoch mit der Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe gerechnet werden muß, dann kann es heute keine wichtigere Aufgabe als die Verhinderung dieser Katastrophe geben.

Bei gutem Willen könnte man nach Auffassung Grigorjews ziemlich schnell zu einer Milderung der internationalen Atmosphäre und zu einer besseren Sicherung des Friedens gelangen.

– Schritt Nr. 1 könnte sein, daß die USA und die anderen Nuklearmächte dem sowjetischen Beispiel folgen und ebenfalls ihren Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen erklären. Bei einer allseitigen Verpflichtung der Atommächte, daß keine von ihnen als erste Atomwaffen einsetzen wird, wäre das Risiko eines Atomkriegs gegenüber der heutigen Situation der Ungewißheit, des Mißtrauens und der Konfrontation drastisch verringert.

– Zweitens wäre eine Reduzierung der Nuklearwaffen in kurzer Frist erreichbar. Obwohl die Positionen in Genf heute weit auseinander liegen, gäbe es realistische Möglichkeiten, dort schnell zu praktischen Vereinbarungen zu gelangen.

– Für Europa steht eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen, die in Europa stationiert sind oder auf Europa zielen, im Vordergrund. Wenn die ausgewogenen sowjetischen Vorschläge vom Westen akzeptiert würden, könnte es in kurzer Zeit dreimal weniger solcher Waffen in Europa geben.

Bei gutem Willen wären rasch Vereinbarungen möglich

Ob ein solcher Durchbruch erzielt oder versäumt wird, ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Grigorjew verwies auf die u. a. von dem früheren Bundeskanzler Schmidt geäußerte Erkenntnis, daß Sicherheit nicht gegen die Sowjetunion, sondern nur miteinander erreichbar sei. Die Voraussetzung für eine solche Politik ist, wie die sowjetische Seite immer wieder betont, das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beider Seiten anzuerkennen. Leider fehlt in den USA bisher der Wille, sich auf eine solche Sicherheitspartnerschaft einzulassen.

Grigorjew nannte weitere Bereiche, in denen rasch Vereinbarungen erzielt werden könnten:
– ein umfassendes Verbot aller Atomwaffentests
– ein Verbot der chemischen Waffen
– eine Erklärung beider Militärbündnisse, daß sie ihre Tätigkeit nicht auf neue, außerhalb ihres Paktgebiets liegende Bereiche ausdehnen werden, etwa auf Afrika oder Lateinamerika.
– eine Vereinbarung über die Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (die in Madrid auf der Tagesordnung steht).

Grigorjew verwies auf die Kriegsherde im Nahen und Mittleren Osten, von denen ernste Gefahren gerade auch für Europa ausgingen. Die Schlußfolgerung: Entspannung, und das heißt eben: der politische Wille zur Entspannung, ist heute von noch größerer Bedeutung als vor einigen Jahren. Der Geist von Helsinki, also die Orientierung auf einen gesamteuropäischen Sicherheitsrahmen, ist nicht tot, aber er hat viele Gegner. Andererseits entwickelt sich, sagte Grigorjew, die Stimmung bei vielen Staatsmännern offen in Richtung Entspannung. Gleichberechtigte Verhandlungen und nicht das Ausspielen militärischer Macht seien heute die einzige Methode, der Lösung der Probleme näher zu kommen. Grigorjew erinnerte an die Erfahrungen der Entspannungspolitik der 70er Jahre. Auch Anfang des vergangenen Jahrzehnts ging es um komplizierte Probleme, aber im Geiste der Entspannung erwiesen sie sich als lösbar. Wenn diese Erfahrungen berücksichtigt werden, kann auch das Problem der Atomwaffen und der Atomkriegsgefahr gelöst werden.

Die Frage der Glaubwürdigkeit

Nach Grigorjew sprach *Eugen Kogon* für die Gruppe aus der Bundesrepublik.

Für die deutschen Gäste komme es darauf an, zu versuchen, die Punkte herauszufinden, „wo wir etwas bewirken können". Für die Bundesrepublik seien viele Informationen wichtig. Vor allem aber komme es auf die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Vorschläge in der Bundesrepublik an. Es sei eine spezifische Schwäche, daß in der Bundesrepublik fast niemand glaubt, was Moskau vorschlägt. Man höre oft, das seien alles nur Täuschungsmanöver. In Wirklichkeit wolle die Sowjetunion uns vereinnahmen. Es wäre also ein großer Schritt nach vorne, wenn es gelänge, in dieser Richtung – in Sachen Glaubwürdigkeit – einige Kraftstöße zu bewirken.

Kogon erklärte weiter, ein Hauptziel der Niemöller-Stiftung sei es, die *ethische* Unerträglichkeit des Krieges und insbesondere des Atomkrieges ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. Martin Niemöller ist Pastor. Entsprechend spielt für ihn und seine Freunde die moralische Seite der Rüstung und der Nuklearfrage eine besondere Rolle.

Seit den Haager Konferenzen, so Kogon, hat man die Zivilbevölkerung ausdrücklich von Kriegshandlungen ausgenommen. Hitler hat gegen diese wichtigste Errungenschaft der Neuzeit verstoßen und den „totalen Krieg" ausgerufen. Die Alliierten haben, vielleicht notgedrungen, die Praxis der Städtebombardements übernommen und weiterentwickelt, bis zu den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. Seither ist man auf diesem Wege immer weiter gegangen. Eine Umkehr ist dringend geboten. Man muß die Atomwaffen für verbrecherisch erklären und international abschaffen.

Die Christen in der Welt, so Kogon, könnten einen Atomkrieg verhüten, wenn sie dieser Einsicht bis in die obersten Etagen der Politik Geltung verschafften. Hier sehe er

eine spezifische Möglichkeit der Niemöller-Stiftung. Natürlich wolle die Stiftung aber auch auf der rein politischen Ebene wirksam werden, die Grigorjew angesprochen habe.

Mehr Offenheit auf beiden Seiten

Professor *Achtamsjan* von der Hochschule für internationale Beziehungen griff die Frage der Glaubwürdigkeit auf und fragte, wie der sowjetische Ersteinsatz-Verzicht in der Bundesrepublik aufgenommen worden sei. *Hans Günter Brauch* antwortete mit einer Gegenfrage: welche Änderungen in der sowjetischen Streitkräftestruktur gibt es, die den Ersteinsatzverzicht unterstreichen? Entsprechende Änderungen würden dessen Glaubwürdigkeit erhöhen.

Eugen Kogon warf ein, unverständlicherweise glaube man in der BRD, daß die Sowjetunion Verträge bricht – obwohl die Erfahrung das Gegenteil beweist!

Gerhard Kade machte darauf aufmerksam, daß der sowjetische Ersteinsatzverzicht als ein Angebot an alle Nuklearstaaten zu verstehen sei, eine entsprechende Konvention abzuschließen, während *Alfred Mechtersheimer* den Ersteinsatzverzicht als Propaganda einstufte. Die Sowjetunion habe schon immer den Verzicht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen vorgeschlagen, und die Antwort des Westens sei: wir verzichten generell auf den Ersteinsatz unserer Waffen – das sei natürlich auch Propaganda. Was fehle, sei Aktion, nicht Verbalismus. Deshalb wünsche er sich mehr Transparenz der sowjetischen Rüstungspolitik, zumal dann Fehlbehauptungen aus den USA besser widerlegt werden könnten.

General *Vollmer* wünschte sich auf beiden Seiten mehr Offenheit, was natürlich nur gegen die traditionelle Neigung aller Militärs, soviel wie möglich geheimzuhalten, durchsetzbar sei.

Einseitige Vorleistungen der Sowjetunion

Professor *Semeiko* vom USA-Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften ging in diesem Zusammenhang auf die häufig gestellte Frage ein, inwieweit die Sowjetunion ihrerseits durch einseitige Vorleistungen, ohne ihre Sicherheit zu gefährden, einen Weg aus der Sackgasse bahnen könne. Semeiko sprach von drei möglichen Wegen. Den ersten habe die Sowjetunion bereits beschritten. Er nannte die folgenden konkreten einseitigen Schritte:

– 1979 hat die Sowjetunion bekanntlich 20 000 Soldaten und 1000 Panzer aus der DDR abgezogen, ohne dafür eine entsprechende Gegenleistung des Westens zu verlangen. Dies war sowohl ein praktischer als auch ein symbolischer Schritt.

– Die Sowjetunion hat die Dislozierung der SS-20-Raketen eingestellt, und zwar einseitig, ohne daß der Westen bisher eine Gegenleistung dafür erbracht hätte.

– Die Sowjetunion ist einseitig dabei, die Zahl ihrer älteren Raketen zu reduzieren. Wenn man von der Glaubwürdigkeit der sowjetischen Position spricht, sollte man also nicht außer acht lassen, welche konkreten Vorleistungen Moskau bereits erbracht hat. Allerdings kann die Sowjetunion, so Semeiko, nicht weiterhin *einseitig* abrüsten. Eine einseitige Abrüstung der Sowjetunion würde zu einer Katastrophe führen, weil sie das Gleichgewicht zerstören würde.

Ein zweiter Weg wäre die Schaffung eines atomwaffenfreien Europas. Dies wäre eindeutig kontrollierbar und könnte insofern nicht als nur deklaratorischer Schritt abgetan werden. Ein dritter Weg führt über ein- oder mehrseitige politische Absichtserklärungen. Auch auf diesem Weg ist die Sowjetunion durch den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen vorangegangen. In diesem Zusammenhang zu fragen, wie das kontrolliert werden könne, statt die Ernsthaftigkeit der politischen Absicht und die Möglichkeit einer entsprechenden Konvention aller Atomwaffenstaaten zu prüfen, sei nicht angemessen. Alle Regierungen gäben politische Absichtserklärungen ab, deren Ernsthaftigkeit nicht permanent „kontrolliert" werden könne.

Semeiko stellte die Frage, was denn wäre, wenn die Sowjetunion die gegenteilige Erklärung abgeben würde, also ein Recht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen für sich beanspruchen würde (wie dies die NATO tut, d. Verf.)?! Niemand habe die Sowjetunion gezwungen, eine Verzichtserklärung abzugeben. Semeiko zitierte den sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow: die ganze Struktur und Bewaffnung der sowjetischen Streitkräfte wird heute so eingerichtet, daß ein Ersteinsatz nicht möglich ist. Semeiko zeigte sich überzeugt, daß die USA dies, beispielsweise durch Satelliten, verifizieren können. Die Glaubwürdigkeitsfrage, schloß der USA-Experte, stellt sich aber auch bei uns! Wir schlagen eine gute Sache vor – warum gibt es keine positive Antwort darauf? Ich verstehe das nicht!

Hans Günter Brauch bekräftigte demgegenüber seine Skepsis. Es gibt schon viele Gewaltverzichtserklärungen, sagte er. In der UNO-Charta, in der KSZE-Schlußakte, im Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion.

Brauch schlug vor, die Sowjetunion könne einen Einfrier-Vorschlag für Kurzstreckenraketen anbieten. Wenn der Westen sich entsprechend verhalte, würde so der Gefahr vorgebeugt, daß die Genfer Mittelstrecken-Verhandlungen schon jetzt wieder unterlaufen werden, indem abgebaute Mittelstrecken-Raketen sozusagen durch Kurzstrekken-Raketen *ersetzt* werden.

Der Gießener Psychologe, *Horst Eberhard Richter,* sucht die Lösung auf einer anderen Ebene. Die Verfahrenheit der Situation ist, sagte er, nicht so sehr auf Waffen oder auf Deklarationen oder den Mangel an Deklarationen zurückzuführen, sondern letztenendes auf das Mißtrauen auf beiden Seiten.

Richter sieht zwei Möglichkeiten:

Entweder dieses Mißtrauen ist gewollt, nämlich wenn es bewußt erzeugt oder gefördert wird, weil man angreifen will! Oder es beruht auf Unwissenheit. Nur im zweiten Falle nützen Vorschläge für mehr Transparenz und Kontrolle.

Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen – erster Schritt zum allgemeinen Kernwaffenverbot!

Auch *General Michailow,* einer der Stellvertreter des Verteidigungsministers und Chef einer analytischen Abteilung im Verteidigungsministerium der UdSSR, schaltete sich in die Diskussion über die Frage eines Ersteinsatzverzichts ein. „Für mich ist ein Ersteinsatz von Atomwaffen durch die Sowjetunion vollkommen unvorstellbar", sagte er. „Das sagt mir meine ganze Lebenserfahrung. Die Sowjetunion hat ihre Verpflichtungen immer eingehalten. Dies ist eine historische Tatsache und bedarf deshalb als solche keines Beweises mehr." Dies zum Thema „Glaubwürdigkeit". – Auf die Frage nach der Ausrüstung der sowjetischen Streitkräfte erklärte der General, diese müßten

zur Abwehr jeder Aggression befähigt sein. Die Sowjetunion sei aber nicht überlegen und strebe auch keine militärische Überlegenheit an. Auch Michailow geht davon aus, daß es eine ungefähre Parität zwischen Ost und West gibt, auch auf konventionellem Gebiet. Nur hätten beide Seiten die Gewichte unterschiedlich gesetzt und sich z. T. auf unterschiedliche Waffenarten konzentriert, was die rechnerische Bestimmung des Gleichgewichts so kompliziert mache. Der Westen habe z. B. mehr Flugzeuge, Hubschrauber u. a. Aber auch auf dem Gebiet der Panzer könne bei objektiver Betrachtung von der oft beschworenen ungeheuren Überlegenheit der Sowjetunion keine Rede sein. Vielmehr seien die Zahlen der Panzer auf beiden Seiten fast gleich, wenn man nicht auf sowjetischer Seite veraltete Panzertypen mitrechne, die auf der westlichen Seite nicht berücksichtigt würden.

Das Hauptziel muß nach General Michailow ein Verbot aller Kernwaffen sein. Nach seiner Auffassung wäre es ein großer Schritt in diese Richtung, wenn alle Kernwaffenstaaten sich zunächst einmal, wie es die Sowjetunion bereits einseitig getan hat, dazu verpflichten würden, nicht als erste Atomwaffen einzusetzen.

Was heißt „Parität" heute noch?

Werner Lutz problematisierte den Begriff des Gleichgewichts: Was heißt Parität heute, welche Bedeutung hat sie noch angesichts vielfacher Overkill-Kapazitäten auf beiden Seiten? Wenn die Sowjetunion auf, sagen wir, „nur" zweifachen Overkill herunterginge, bekäme die Friedensbewegung im Westen einen gewaltigen Schub, meinte Lutz und verwies auf die Wahlen in den USA und in der Bundesrepublik. Eine solche Ermutigung der Friedensbewegung sei mehr wert als die Verhandlungen, von denen nicht viel zu erwarten sei. „Ich setze auf die Friedensbewegung und nicht auf Verhandlungen", sagte Lutz.

Alfred Mechtersheimer verwies auf die Unterschiedlichkeit der Argumentationsebenen, die daraus entstehe, daß die deutschen Gesprächsteilnehmer, anders als die sowjetischen, nicht für ihre Regierung sprechen könnten. Unter diesem Aspekt problematisierte Mechtersheimer dann auch den Begriff „Ersteinsatz", der letztlich nicht weiterhelfe, weil im Alarmfall ungeachtet politischer Erklärungen der einen oder anderen Seite militärisch reagiert werden würde. Dann wäre also kaum zu unterscheiden, was real *Erst-* oder *Zweit*-Einsatz gewesen ist . . .

Der Starnberger Friedensforscher kam noch einmal auf die Frage der Transparenz der sowjetischen Rüstungsanstrengungen zurück und regte an, die Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Expertenkommission zu erwägen, in der Friedensforscher aus der Bundesrepublik Gelegenheit bekämen, sich aus erster Hand zu informieren, auch um mögliche Verzerrungen im westlichen Bild von der sowjetischen Rüstung zurechtrücken zu können.

Wie kam es zur Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen?

An diesem Punkt der Diskussion nahm der frühere sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, *Valentin Falin,* der nicht von Anfang an an der Diskussion hatte teilnehmen können, das Wort, um eine ausführlichere Darstellung der sowjetischen Bedrohungsanalyse vorzutragen. Falin griff eingangs die Frage nach der Glaubwürdigkeit von Deklarationen auf und stellte zunächst eine Vorfrage: Was ist es, das die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen heute so tiefgreifend stört? Haben sich die Voraus-

setzungen gegenüber 1970 so grundlegend gewandelt? Die Antwort: Nein, der Hauptunterschied ist ein anderer. Es fehlt vor allem am guten politischen Willen!

Damals haben amerikanische Politiker nicht so unzweideutig und kraß davon gesprochen, daß die USA einen Atomkrieg für möglich und führbar halten. Wann haben sie angefangen, so zu sprechen? *Nach* dem Abkommen zwischen USA und UdSSR über die Verhütung eines Atomkriegs, das noch im Jahre 1973 abgeschlossen wurde. *Nach,* oder besser gesagt, *seit* der sogenannten Ölkrise vom Herbst 1973, die in den USA die Vorstellung einer militärischen Rohstoffsicherung in den Vordergrund treten ließ. Schon 1974 äußerte sich der damalige US-Verteidigungsminister Schlesinger dann erstmals öffentlich in neuer Form über die Denkbarkeit und Führbarkeit eines Atomkrieges. Bis ins Jahr 1974 reicht also die „Traditionslinie" jener Denkschule in den USA, die an einen Sieg im Atomkrieg glaubt und die sich jetzt so massiv durchgesetzt hat, zurück. Es war nicht Reagan, sondern schon vor dessen Amtszeit Präsident Carter, der im August 1980 in seiner Präsidentendirektive 59 die Hinwendung der amerikanischen Strategie zur Vorbereitung und Führung eines Atomkrieges erstmals amtlich festschrieb. Auch mit seinem gigantischen Aufrüstungsprogramm, für das bis 1988 1,6 Bio. US-Dollar ausgegeben werden sollen, konnte Reagan anknüpfen an seinen Vorgänger, der bereits im Dezember 1979, praktisch gleichzeitig mit dem Brüsseler Nachrüstungsbeschluß der NATO, ein 5-Jahres-Programm für die Aufrüstung der USA bekanntgegeben hatte, dessen Motto lautete: ein zweiter Iran wird nicht stattfinden!

Die psychologische Infrastruktur für einen Krieg

Valentin Falin gab Horst Eberhard Richter ausdrücklich Recht mit der These: Hier geht es nicht um einen Mangel an Daten usw. Hier haben wir es mit einer zielbewußten Arbeit zu tun. Um einen Krieg zu beginnen, braucht man eine entsprechende Infrastruktur, auch eine *psychologische* Infrastruktur! Und hier ist die erschreckendste Veränderung gegenüber 1970 festzustellen: Heute wird den Leuten eingeredet, Krieg ist möglich, Krieg kann politisch notwendig sein . . . Falin empfahl in diesem Zusammenhang die Lektüre eines vom sogenannten „Komitee von Santa Fé" verfaßten Papiers (einer Gruppierung aus dem Reagan-Wahlkampf – deutsche Übersetzung: Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, Geheimdokument des Komitees von Santa Fé, Frankfurt/M. 1981. Herausgegeben vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee).

In diesem für die Denkweise der neuen Administration charakteristischen Papier heißt es ausdrücklich: Frieden ist nicht der Normalzustand – normal ist vielmehr der Krieg!

Das sei das Schlimmste, meinte Falin:
den Menschen solle die Hoffnung geraubt werden; die Hoffnung, es könne eine andere Zukunft geben, es könne also künftig anders zugehen als bisher und es werde nicht zwangsläufig immer weitere Kriege geben.

Falin beschäftigte sich vor diesem Hintergrund mit dem Charakter der gegenwärtigen Aufrüstung in den USA. Die ganze Richtung sei eindeutig: Schaffung des Potentials für einen Erstschlag gegen die Sowjetunion! Dabei soll die geographische Lage der Sowjetunion ausgenutzt werden. Bereits heute sind 5000 Cruise Missiles in den USA fest bestellt, eine Waffe, die ihr Ziel mit einer Abweichung von weniger als 10 m trifft – „weniger als dieser Raum, in dem wir sitzen, lang ist!" veranschaulichte Falin die kaum vorstellbare Treffgenauigkeit, die die Cruise Missiles über hunderte oder gar tausende von Kilometern erreichen soll. Sobald die USA über die fest vorgesehenen

13 000 Cruise Missiles verfügen, benötigen sie im Grunde keine Interkontinentalraketen mehr. Falin teilte außerdem mit, daß in ca. drei Jahren auch schon mit Cruise Missiles gerechnet werden müsse, die Überschallgeschwindigkeit entwickeln.

Besonders bedrohlich sind die Pershing-II-Raketen, die nach dem Nachrüstungsbeschluß in der Bundesrepublik (und nur hier) stationiert werden sollen. Sie werden laut Falin nicht, wie offiziell angegeben, 1800 km-Reichweite haben, sondern 2500 km. Eine Reichweite von 1800 km werde die (auch für die Bundeswehr bereits vorgesehene) Pershing-I-B erhalten, wenn die Nachrüstung in der beschlossenen Form nicht durchsetzbar ist.

Die USA wollen in 5 bis 7 Jahren 25 000 neue Atomsprengköpfe produzieren. Zum Vergleich: In den 37 Jahren seit 1945 haben sie 35 000 Atomsprengköpfe gebaut. Angesichts dieser gewaltigen Produktionsvorhaben wird verständlich, warum die USA sich weigern, einen allgemeinen Atomteststopp zu ratifizieren.

Es sei bereits angekündigt, daß die Munitionsproduktion in den USA ab Ende der 80er Jahre auf Kriegsstand gebracht werden solle!

„Wir können das hier ganz leger diskutieren!", faßte Falin seine Skizze der sowjetischen Bedrohungsanalyse zusammen. „Aber unsere Leute im Generalstab können da nicht einfach zuschauen und abwarten!" Nach seinem bedrohungsanalytischen Exkurs kam Falin auf die Ausgangsfrage zurück: es zeige sich, daß die Frage, was eine Deklaration bedeutet, komplizierter sei. Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow habe gesagt, die Bundesrepublik wäre sicherlich nicht glücklicher, wenn die Sowjetunion beschlossen hätte: im Kriegsfall setzen wir als erste Atomwaffen ein!

Bei entsprechendem politischen Willen . . .

Es ist also durchaus sehr wichtig festzustellen, welche *Intentionen* ein Staat hat. Die USA lassen keinen Zweifel daran, daß sie ihre militärische Stärke nutzen wollen, auch nuklear, wenn es für die Interessen der USA notwendig oder vorteilhaft ist (oder erscheint). Falin betonte, dies gelte auch, wenn der Gegner nicht die Sowjetunion ist. Abschließend plädierte Falin dafür, der politischen Seite wieder Vorrang vor der militärischen zu geben und auf den Boden der in den Jahren nach 1970 gemeinsam beschlossenen Entspannungspolitik zurückzukehren. Mit der Bemerkung, daß Waffen modernisiert werden, auf beiden Seiten, solange es Waffen gibt, deutete Valentin Falin an, daß er keine großen Hoffnungen auf schnelle Fortschritte bei der rein militärischen Seite hat, aber auch heute schon, bei entsprechendem politischen Willen, die Möglichkeit zu einer Verbesserung der Situation sieht. In Falins Sicht hat die Sowjetunion ihre Politik gegenüber der Entspannung seit 1970 nicht geändert – aber die USA haben ihre Haltung geändert. Es läge demnach in der Macht der USA und ihrer Verbündeten, diese Abkehr von der 1970 ff. gemeinsam beschlossenen Politik rückgängig zu machen, bzw., so die Westeuropäer, auf dieser Plattform zu beharren und einen entsprechenden Einfluß auf Washington auszuüben.

Mehrere Teilnehmer der Bundesrepublik zeigten sich nach Falins Lageskizze besonders beeindruckt davon, daß in der Sowjetunion die amerikanische Rüstung und Strategie derart ernst genommen wird. Es war sehr hautnah spürbar geworden, daß man sich in der Sowjetunion ernstlich bedroht fühlt.

II

Nach der Eröffnungsrunde im Haus des sowjetischen Friedenskomitees wurde das deutsch-sowjetische Rundtischgespräch nachmittags im Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften für die Erforschung der USA und Kanadas fortgesetzt. Dessen Direktor, *Georgi Arbatow,* leitete die zweite Gesprächsrunde mit einer kompakten Lageskizze ein:

Kritischste Phase seit der Kubakrise von 1962

Die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion befinden sich gegenwärtig in ihrer schlechtesten Phase seit Oktober 1962 (also seit der Kuba-Krise!). Mein Eindruck ist, sagte Arbatow, die USA verfälschen das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Zum *einen* versuchen sie, einen neuen Kreuzzug gegen die Sowjetunion in Gang zu bringen. Zum *anderen* versuchen sie, die Welt, nicht zuletzt ihre eigenen Verbündeten, davon zu überzeugen, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen seien gar nicht so schlecht, wie es scheine. Zum Beweis wird beispielsweise auf die Genfer Verhandlungen verwiesen.

Die Sowjetunion, sagte Arbatow, sieht das anders: zwar wird verhandelt. Und wir nehmen diese Verhandlungen ernst. Wir sind dafür, Abkommen zu erarbeiten, unabhängig von den Intentionen der jetzigen Regierung in Washington. Nur: vorläufig gibt es keinen Boden, keine Grundlage für Verhandlungserfolge.

Das wird sich aller Voraussicht nach auch nicht ändern, jedenfalls nicht in den nächsten zwei Jahren. Denn die USA *brauchen* eine Atmosphäre der Spannung,
- um ihr Rüstungsprogramm durchzusetzen,
- um ihre Verbündeten gefügig zu machen und
- um die innere Opposition gegen den Kurs Reagans still zu legen!

Aber wir sind keine Pessimisten, sagte Arbatow.
Wir sehen,
- daß die Entspannung in Europa lebt,
- daß sie auch in den USA nicht ganz tot ist,
- daß eine Bewegung entstanden ist, die sich sehr bunt darstellt, aber zu Hoffnungen Anlaß gibt.

Die Geschichte hat nicht mit Reagan angefangen, und sie wird nicht mit Reagan enden, sagte der Chef des sowjetischen USA-Instituts.

Die USA müßten nüchtern als das betrachtet werden, was sie in der heutigen Welt darstellen: Ein starkes Land, das über großen Einfluß verfügt, aber nicht mehr so stark und einflußreich ist wie früher. Das Weltgeschehen kann nicht mehr durch Washingtons Willen diktiert werden. Heute spielen auch andere Faktoren eine zunehmende Rolle: Westeuropa, Japan, China . . .

Die Trägheit des Nachkriegsdenkens

Arbatow meinte, bei der Einschätzung der weltpolitischen Gewichte habe man eine gewisse Trägheit des Nachkriegsdenkens noch nicht überwunden. Es würde aber große Chancen eröffnen, wenn diese Trägheit überwunden werde. So könnte z. B. Westeuropa einen eigenen Dialog mit der Sowjetunion aufnehmen. Die USA sehen

diese Möglichkeit, meinte Arbatow, und haben Angst davor. Dies soll keine Einladung sein, nun mit uns in einen Kreuzzug gegen die USA zu gehen. Ich bin vielmehr ein entschiedener Anhänger einer aktiven Weiterentwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Es kommt darauf an, daß die USA zu ihren eigenen Erkenntnissen zurückfinden, wie sie 1972 in dem Dokument über die Grundlagen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von beiden Seiten festgelegt worden sind.

Der Leiter der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Pfarrer *Martin Stöhr*, nahm Bezug auf Valentin Falin, der am Vormittag eindrucksvoll seine Sorge über die Veränderungen der amerikanischen Politik geschildert und ebenfalls, wie Arbatow, diagnostiziert habe, es sei eine Rückkehr zu mehr Gemeinsamkeit nötig, wie sie 1972 bereits bestanden habe. Die Frage sei nur: wie?

Anton-Andreas-Guha machte Arbatow auf die Irritation aufmerksam, die in der Friedensbewegung durch die Tatsache ausgelöst werde, daß die Sowjetunion die gleichen Begriffe benutze, die die Friedensbewegung mit Blick auf die USA kritisiert, und daß Moskau diese Begriffe auch ähnlich interpretiere wie die USA.

Wir sind keine Anhänger der Abschreckungsstrategie . . .

Arbatow erwiderte: wir sind keine Anhänger der Abschreckungsstrategie – aber wir müssen sie als ein vorgegebenes Faktum anerkennen. An diese grundsätzliche Feststellung knüpfte der sowjetische Amerikaexperte einige nicht alltägliche Hinweise auf den realen Charakter des sogenannten Gleichgewichts zwischen Ost- und West: Wir sind da nicht deutlich genug. An und für sich existiert *kein* Gleichgewicht zwischen uns und den potentiellen Gegnern. Wenn wir dennoch von Gleichgewicht sprechen, so meinen wir damit: wir sind stark genug, einen Angriff auf uns als nicht verlokkend erscheinen zu lassen.

Arbatow veranschaulichte seine relativierenden Bemerkungen zum Thema Gleichgewicht mit einer Reihe von Zahlen und Daten: die Sowjetunion erzeuge zur Zeit ca. 60-70 % des Nettoproduktes der USA. Das sei aber bei weitem nicht alles: Westeuropa produzierte jährlich für dreihundert Milliarden Dollar mehr als die USA. Hinzu komme weiterhin Japan mit ca. 50 % des amerikanischen Nationalprodukts. Schließlich müsse auch China berücksichtigt werden, das zwar noch relativ schwach sei, aber dessen Nationalprodukt mit ca. 10% des amerikanischen hinzuaddiert werden müsse. Bei einem solchen Gesamtbild der einander gegenüberstehenden Kräfte komme die Sowjetunion nur noch auf ca. 20 % des Nettoproduktes, das die Gesamtheit ihrer möglichen Gegner erzeuge. Bei einem Vergleich der Bevölkerungszahlen lägen die Verhältnisse noch klarer zutage.

Auf dem Gebiet der Kernwaffen gäbe es eine echte Parität USA-UdSSR, wenn SALT II realisiert würde. Aber auch dann müßten zusätzlich die Potentiale Frankreichs und Großbritanniens in Rechnung gestellt werden. Nach den französischen und britischen Rüstungsplänen würden diese beiden Länder am Ende der 90er Jahre allein über 1200 bzw. 1300 Atomsprengköpfe verfügen. Und wir haben die vage Idee, fügte Arbatow hinzu, daß diese Sprengköpfe nicht gegen die USA gerichtet sind . . . Hinzu komme China mit 40 Interkontinental-Raketen und ca. 300 nuklearfähigen Mittelstrecken-Raketen. Nur vor diesem Hintergrund könne die Größenordnung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung richtig bewertet werden: ca. 300 SS-20-Raketen mit ca. 900 Sprengköpfen.

Wenn wir noch einmal 37 Jahre so weitermachen, wird die Katastrophe unvermeidbar

Arbatow erklärte sich einverstanden mit Guhas Overkill-Kritik. Tatsächlich gäbe es riesige Überschüsse an Kernwaffen. Das nicht sonderlich optimistische Fazit des sowjetischen ZK-Mitglieds: Wir leben in einer irrationalen Welt – aber es muß dringend etwas getan werden. Wir können nicht noch einmal 37 Jahre so weitermachen, denn wenn wir so weitermachen, werden wir in eine Katastrophe kommen – und zwar ziemlich bald!

Guha knüpfte an Arbatows Forderung nach einer Teilnahme der Europäer am Abrüstungsprozeß an und sah einen Widerspruch zwischen dieser Forderung und der sowjetischen Praxis: In Genf verhandelt die Sowjetunion ohne die Teilnahme der Westeuropäer, und sie hat auch keine Beteiligung der betroffenen Länder gefordert. *Arbatow* erklärte dazu: Die Sowjetunion hat immer verlangt, daß *alle* Atommächte am Verhandlungstisch Platz nehmen sollen. Aber wenn die Sowjetunion das jetzt zur Voraussetzung von Verhandlungen gemacht hätte, dann wäre das als Sabotage ausgelegt worden. Schlußfolgerung: Momentan klappt es nicht. Worauf wollen wir hinaus? Wir möchten, daß Großbritannien und Frankreich an den Verhandlungen teilnehmen, und wir wollen nicht, daß die USA für diese Länder mitverhandeln. Aber sie müssen die Atomwaffen ihrer Verbündeten bei der Feststellung des Kräfteverhältnisses mit berücksichtigen.

Gerd Ruge, früher ARD-Korrespondent in Moskau und heute Moderator des Fernsehmagazins „Monitor", meinte: Nach den Darstellungen, die wir gehört haben, erscheint die Lage ziemlich ausweglos. Welches Szenario hat die Sowjetunion, um da herauszukommen?

Auf *Arbatows* Hinweis, die Orientierung auf ein atomwaffenfreies Europa würde die Dinge einfacher machen als der gegenwärtig in Genf beschrittene Weg, meinte *Ruge:* „atomwaffenfrei" reiche wohl nicht aus. Auch konventionelle Waffen müßten berücksichtigt werden, und die Verifikation könne sich wohl auch nicht auf *nationale* Verifikationsmittel beschränken.

Arbatow stimmte zu: ja, auch konventionell müsse abgerüstet werden. Das Problem der Kontrollen? *Darum* gehe es den USA in Wirklichkeit ja gar nicht. Hinter aufgebauschten Kontrollforderungen stecke als realer Kern, daß das Zustandekommen eines Vertrages die von den USA benötigte Atmosphäre der *Spannung* (s. o.) zerstören würde. An der Verifikationsfrage sei in der Praxis noch keine Rüstungskontrollvereinbarung gescheitert.

Die Bundesrepublik muß aus der Atomfront ausbrechen

Eugen Kogon faßte seine Eindrücke aus der Diskussionsrunde, in der noch eine Reihe anderer Fragen eine Rolle spielten, folgendermaßen zusammen: Ich kann nur eine Konsequenz sehen – Verhandlungen sind zur Zeit aussichtslos. Deshalb heißt die Schlußfolgerung für uns: Die Bundesrepublik muß aus der Front ausbrechen, und wir müssen die klare Position beziehen: wir wollen keinerlei Atomwaffen!

Arbatow kommentierte: Nun ja, wenn Sie das so machen, werden auch die Verhandlungen leichter werden. Jedenfalls: ohne *Druck* wird sich bei den Verhandlungen nichts bewegen.

Es schloß sich auf Fragen *Karl D. Bredthauers* hin eine kurze Diskussion an über die Einschätzung des neuen Pentagon-„Leitlinien-Dokuments", das die „New York Times" enthüllt hat, aus sowjetischer Sicht und über Zusammenhänge zwischen den neuen amerikanischen Atomkriegsplänen und der „Nachrüstung". Professor *Bogdanow*, Stellvertretender Direktor des USA-Instituts, sah den entscheidenden Unterschied zwischen der Position, die in dem sogenannten Leitlinien-Dokument formuliert ist, und früheren Strategie-Dokumenten der USA darin, daß in dem neuen Dokument erstmals eine Integration der *politischen* mit den *militärischen* Fragen und Probleme zum Ausdruck komme, die früher verheimlicht wurde. Es handele sich um eine offene Absage an die einige Jahrzehnte lang propagierte Konzeption der „Zurückhaltung".

Es geht den USA jetzt um „Sieg", sagte Bogdanow, um die Vernichtung der Sowjetunion als Staat und als gesellschaftliches System. Insofern trage das Leitlinien-Dokument, marxistisch gesehen, ausgeprägten Klassencharakter.

Mit der „Nachrüstung" soll die „Enthauptung" der UdSSR möglich werden

Bogdanow konstatierte einen direkten Bezug zwischen der im Leitlinien-Dokument geäußerten Vorstellung, Grundlage der amerikanischen Atomkriegsstrategie müsse die „Enthauptung" der Sowjetunion sein, und dem „Nachrüstungs"-Programm für Westeuropa: Die Pershing-II haben keine anderen Funktionen als die, die sowjetischen Komanndozentralen zu vernichten.

Dr. *Kristianow*, der Sekretär des Instituts, ergänzte: Obwohl formell ein Dokument des Pentagon, handele es sich de facto um ein Dokument der gesamten Reagan-Administration. Zudem handele es sich um ein *politisches* Dokument, kein rein militärisches, was ihm ein besonderes Gewicht zuweise. Letzten Endes sei das „Leitlinien-Dokument" ein Programm für den totalen Krieg.

Zum „Leitlinien-Dokument" des Pentagon äußerte sich auch *Lew Semeiko*, ein führender Militärexperte des Instituts und früherer Offizier: Wir lassen zu oft die Vorstellung zu, sagte Semeiko, das Wettrüsten habe die sogenannte „overkill"-Kapazitäten erhöht. Diese Meinung ist unter Laien weit verbreitet. Durch die Hinwendung der Atomkriegsstrategie zu „Counterforce"-Optionen, also durch die Aufnahme einer rasch wachsenden Zahl militärischer, politischer und infrastruktureller Ziele in die nukleare Zielplanung, könne die Tatsache, daß viel mehr Atomsprengköpfe produziert würden, als für eine Strategie der Abschreckung und der nuklearen Vergeltungsschläge erforderlich sei, nicht mehr wie in der Vergangenheit einfach als „overkill" bezeichnet werden. (m.a.W.: Die neue Atomkriegsstrategie – „counterforce"-Schläge gegen viele tausend neue Ziele – erfordert eine viel größere Zahl von Sprengköpfen als etwa „massive Vergeltung".)

Die USA fügen dem Wettrüsten ein neues *qualitatives* Element zu, sagte Semeiko: sie streben nach der Fähigkeit zu einem irreversiblen Erstschlag. Sie bereiten sich darauf sowohl materiell als auch konzeptionell vor. Und in der Perspektive geht es ihnen nicht nur um die Fähigkeit zum ersten, sondern zu einem ersten, *enthauptenden* Schlag!

Wer eine Stabilisierung anstrebt, muß fordern, daß beide Seiten auf solche Waffen verzichten, sagte Semeiko. Wer eine Stabilisierung der militärischen Lage wünsche, müsse auch auf den Versuch verzichten, die Zweitschlagsfähigkeit der anderen Seite gefährden zu wollen.

Professor *Bogdanow* ging auf die Bedeutung ein, die die neue Zielgenauigkeit der Nu-

klearwaffen für Europa hat: Gibt es in Europa denn überhaupt *ein* Ziel, das rein *militärisch* wäre? Europa ist heute so dicht besiedelt und so eng verflochten, daß es wie eine einzige große Stadt wirkt. Angesichts der Zielgenauigkeit und des faktischen Fehlens einer Vorwarnzeit nützt es auch wenig, sich über eine Obergrenze für diese Systeme zu verständigen. Bei der Zielgenauigkeit (etwa der Pershing-II-Raketen) reicht bereits eine kleine Zahl dieser Waffen. Das Ziel müsse deshalb eine *wirkliche* Nulloption sein. Ähnliches gelte für die C-Waffen, die ebenfalls Massenvernichtungswaffen seien.

Die Zerstörung der Brücken hat schon vor Reagan angefangen

Auf die Frage von *Gerd Ruge*, wie eine Änderung der US-Politik zustande kommen könne und was die Sowjetunion und Westeuropa dazu beitragen könnten, antwortete *Bogdanow:* ich glaube (das ist meine persönliche Meinung), *diese* Administration wird sich nicht mehr korrigieren, (außer bei einer großen Niederlage, innen- oder außenpolitisch). Nur wenn Washington zu spüren bekommt, daß der Zug abgefahren ist, daß der Rest der Welt nicht mit ihm mitzieht, kann man mit einer grundlegenden Änderung rechnen. Das Zentralproblem, das zu den heutigen katastrophalen Folgen geführt hat, sei, daß es praktisch keinen Dialog USA-Sowjetunion gebe. In 2 Jahren, sagte Bodanow, sind alle Brücken abgerissen worden, die aufzubauen Jahrzehnte gedauert hat. Wir wissen heute nicht, an wen wir uns in Washington wenden sollen, um eine zuverlässige Auskunft über die amerikanische Politik zu bekommen! Allerdings sollte man das Problem nicht auf die Persönlichkeit des Präsidenten – Reagan – reduzieren. Die Zerstörung der Brücken hat schon *vor* Reagan angefangen, Mitte der 70er Jahre. Andererseits muß auch die heutige US-Regierung z.B. die Meinung ihrer Verbündeten berücksichtigen, und man kann solche Einflüsse auch in der Praxis erkennen.

Es klingt immer so, sagte Bogdanow, als sei die Sowjetunion an der gegenwärtigen Lage schuld. Wir haben aber viele Vorschläge gemacht, wir sind den *halben* Weg gegangen – und wir sind auch bereit, die andere Hälfte zu gehen. Wir wären auch mit *einseitiger* Abrüstung einverstanden, wenn wir sicher sein könnten, daß die USA uns danach nicht mit der „Enthauptung" bedrohen.

III

Der zweite Tag des Rundtischgesprächs begann im Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, das wie das USA-Institut zur Akademie der Wissenschaften der UdSSR gehört. Bei diesem Gespräch ging es u.a. um die von *Dr. Mechtersheimer* angesprochene Frage, welche Rolle die wirtschaftliche Zusammenarbeit in sicherheitspolitischer Hinsicht haben könne. Vielleicht sei Sicherheit künftig durch gegenseitige (wirtschaftliche) Abhängigkeit, also Interdependenz, zu sichern – vielleicht eher als durch Abrüstung?

Der Direktor des Instituts, Professor *Bykow*, aber auch seine Kollegen, betonten in dieser Diskussion sehr nachdrücklich: Vorrangig sei, die militärische Konfrontation zu mildern, sonst werde auch die wirtschaftliche Kooperation gefährdet – und völlig zunichte, wenn das Abrutschen in die nukleare Katastrophe nicht verhindert werden könne. In Madrid hätte man schon in der vorigen Runde den ersten Schritt tun können, meinte Bykow, einen wichtigen Schritt in Richtung auf vertrauensbildende Maßnahmen, und die Voraussetzungen für die Einberufung einer solchen gesamteuropäischen Konferenz (Konferenz über Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen in Europa) seien vorhanden. Es müsse „nur noch" der gemeinsame politische Wille aktiviert werden. Wichtig sei es, jetzt die ersten Schritte zu wagen . . .

Dr. *Kischeler,* Sektionsleiter für (wirtschaftliche) Fragen Westeuropas meinte zum Thema „Beitrag der europäischen Staaten": wir haben geglaubt, mit der Bundesrepublik weiter voran kommen zu können. Nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Priorität gehört hier den politischen Fragen. Aber wir haben den Eindruck: mit einer Verbesserung ist z.Zt . nicht zu rechnen. Gibt es also keinen Ausweg?

Wenn Westeuropa selbständiger auftritt . . .
Doch: wenn Westeuropa, und speziell die Bundesrepublik als ein besonders wichtiges Land in Westeuropa, selbständiger auftritt, und dies auf allen Ebenen. Sie sprechen über Verhandlungen, sagte Dr. Kischeler, als seien Sie nur Zuschauer bei einem amerikanisch-sowjetischen Streit. Die Bundesrepublik sollte ihre eigene Stimme erheben – auch gegenüber den USA. Wir möchten, daß in einem breiteren Rahmen verhandelt wird.

Kischeler erinnerte an sowjetische Vorschläge, z.B. Breschnews Vorschlag vom 26. Parteitag der KPdSU, USA und Sowjetunion sollten gleichzeitig ihre neuesten U-Bootsentwicklungen stoppen, die sowjetischen Taifun-U-Boote und die amerikanischen Ohio-(Trident-) U-Boote, weil sonst eine massive Übertragung des Wettrüstens auf die Weltmeere nicht zu verhindern sei. Die Bundesregierung und die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, meinte Dr. Kischeler, könnten ihre amerikanischen Verbündeten fragen, warum sie auf solche Vorschläge nicht eingehen (wenn es ihnen wirklich um Stabilisierung der militärischen Situation gehe).

Brücken bauen

Eugen Kogon faßte die Diskussion zum Thema: wirtschaftliche Interdependenz mit der Bemerkung zusammen: die Antwort ist also klar. Sie lautet: nein! Aber *Klaus von Bismarck* widersprach dieser Auffassung: Diese Antwort sei vorschnell. Z.B. die Auseinandersetzung um das Erdgas-Röhrengeschäft sei von großer Bedeutung. Man dürfe diese Frage nicht der Auseinandersetzung der Bundesregierung mit den USA allein überlassen. Es gehe dabei nicht nur um wirtschaftliche Interessen oder um Fragen der Moral: man muß handfeste politische Brücken bauen und bewußt diese Abhängigkeiten schaffen, von denen Mechtersheimer gesprochen hat. Wenn die bisherigen Modelle nicht weiter aussichtsreich seien, dann müsse man ja nicht immer nach den bisherigen Modellen Brücken bauen . . .

Professor *Kade* verwies auf die KSZE-Schlußakte, die z. B. einen deutlichen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und der sicherheitspolitischen Seite herstelle. Aber Entspannung und wirtschaftliche Zusammenarbeit müsse, so sei gerade in Helsinki festgestellt worden, durch *militärische* Entspannung, also Abrüstung, ergänzt worden, wenn sie Bestand haben solle.

Große Beachtung fand ein Diskussionsbeitrag von Professor *Daniil Projektor,* der postulierte: die politische *Denkweise* muß verändert werden – besonders in der Sicherheitspolitik. Die Welt ist leider so, daß die Waffenentwicklung einstweilen weitergehen wird. Die Militärs und die Wissenschaftler wissen genau, was sie wollen . . .ich sehe keine Möglichkeit, sie von einem Tag auf den anderen zu stoppen. Um so wichtiger ist die Rolle der Politik! Dabei kommt es auch auf die Halb-und Zwischentöne an!

Projektor erinnerte an den deutschen Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der 1914 gesagt habe: wir haben die Kontrolle über die Ereignisse verloren. Die Steine fallen! Es wäre schrecklich, sagte Projektor, wenn wieder ein Politiker diese Worte sagen müßte.

Es komme deshalb darauf an, die folgenden Prinzipien in dieser und der nächsten Generation durchzusetzen:
1. Keine Atomwaffenanwendung
2. Verzicht auf Doktrinen, die einen Sieg im Atomkrieg für möglich erklären (in der Sowjetunion habe sich diese Erkenntnis durchgesetzt, aber auf der anderen Seite laufe es in umgekehrter Richtung)
3. Gleichheit und gleiche Sicherheit für beide Seiten.

Nicht Eisen zählen – auf Vernunft setzen!

Fortschritt wird es nur geben, sagte Projektor, wenn wir von der Waffenzählerei wegkommen. Es kommt darauf an, nicht Eisen zu zählen, sonder die Vernunft sprechen zu lassen.

Der stellvertretende hessische Kirchenpräsident *Spengler* machte auf die besondere Sorge der Kirchen um das Schicksal der Dritten Welt aufmerksam. Ost und West sollten gemeinsam gegen den Hunger in der Dritten Welt vorgehen, damit nicht die nächste Generation den Nord-Süd-Konflikt genau so erlebe wie wir heute den Ost-West-Konflikt. Professor *Tomaschewski* ging auf diese und andere Fragen zustimmend ein, bemerkte aber: das neue politische Bewußtsein, das die Lage erfordert, verlangt, diese Probleme zu klassifizieren. Es gibt zwei Sorten von Problemen. Nr. 1 ist die Abwendung des nuklearen Holocaust. Alle anderen Probleme gehören in eine zweite Klasse von Fragen, die nicht gelöst werden können, wenn das Hauptproblem – die Verhütung des nuklearen Holocaust – nicht gelöst wird.

Zwei Sorten von Problemen

Man könne über Probleme wie z.B. Polen und Afghanistan unterschiedlicher Auffassung sein (das sei z.T. auch eine Informationsfrage): aber man kann davon nicht die Lösung der *Hauptfrage* abhängig machen! (Es gebe hinreichend negative Erfahrungen mit diesem Verfahren auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.) Es sei überlebenswichtig, diese Relation zu begreifen. Professor *Bykow* meinte, auch die Sowjetunion habe Grund zum Mißtrauen: Aber dann drehen wir uns im Kreis. Deshalb: bemühen wir uns um vertrauensbildende Maßnahmen! Die Sowjetunion hat mit ihrer Verzichtserklärung hinsichtlich des Ersteinsatzes von Atomwaffen ein Beispiel geben wollen.

Professor *Richter* zeigte sich beeindruckt durch Projektors Thesen. Ein neues Denken, gemeinsame Sicherheit, gemeinsame Lösung der Probleme – darauf komme es in der Tat an. Aber: Vertrauen kommt nicht automatisch durch „vertrauensbildende" Maßnahmen. Die Frage ist: *wie* kann das Denken verändert werden? Wird in der Sowjetunion an diesem Problem gearbeitet? Professor Projektor hofft anscheinend auf die *Politiker*. Ich bin da skeptisch, sagte Richter. Nicht in der Szene der professionellen Politik sei der Umbruch zu erwarten, nämlich die Orientierung an Einsteins Forderung: Wir müssen anders denken, sonst werden wir untergehen! Der Prozeß des neuen Denkens, sagte Richter, kann m.E. nur „von unten" kommen. In den Friedensbewegungen in den USA und Westeuropa entwickeln sich solche neuen Denkweisen, zumindest ein Gefühl, das in diese Richtung weist. Die Politiker müssen damit umgehen, wie man eine Pflanze hegt – sie wachsen lassen und fördern. Das notwendige neue Denken läßt sich nicht von oben eintrichtern.

Das neue Denken muß „von unten" kommen

Wird so etwas in der Sowjetunion erforscht, fragte Richter. Er fürchte z. B., daß unsere Friedensforschung den Blick zu sehr auf „Maßnahmen" (vertrauenbildende Maßnahmen) verenge.

Martin Stöhr griff auf die Frage nach der Rangfolge der Probleme zurück: die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft lehrt, *mehrere* Ziele gleichzeitig zu verfolgen (das sogenannte „Magische Dreieck"). Vielleicht lasse sich diese Denkweise auf das Thema des Rundtischgesprächs übertragen. Bei *uns* heißt es, sagte Stöhr, Frieden nicht ohne Freiheit. Sein eigenes „Magisches Dreieck" lautete: Frieden, Gerechtigkeit, Befreiung müssen gleichzeitig zu verfolgende Ziele sein.

Dr. *Kischeler* griff den Vorschlag Stöhr's auf. Nach dem Beispiel des „Magischen Dreiecks" könne man die Ziele der Stabilität („Gleichgewicht"), der Koexistenz (einer konstruktiven Politik) und der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen als wechselseitig abhängig betrachten: kein Stück darf herausgebrochen werden, ohne daß die anderen gefährdet würden. Insofern gebe es keine Abfolge: erst Abrüstung, dann wirtschaftliche Zusammenarbeit. Man müsse die Dinge im Zusammenhang sehen und versuchen, Verbesserungen in allen drei Bereichen zu schaffen. Wichtig sei vor allem eine bessere Information und eine Verständigung über die Bedeutung der unterschiedlichen Begriffe und Formeln. Ihn irritiere, daß auch in der Friedensbewegung der Einfluß einer „Politik der Stärke" offenbar groß sei. Unsere Position ist anders, sagte Dr. Kischeler, wir orientieren uns am Prinzip der „Gleichheit und der gleichen Sicherheit" statt am „Gleichgewicht des Schreckens".

Gute Voraussetzungen für eine Veränderung des Denkens

Professor *Projektor* riet zu einem „Schuß Optimismus". Er glaube, daß es gute Voraussetzungen für eine Veränderung des Denkens gebe. Ich bin kein Idealist, sagte er zwar. Ich glaube nicht, daß die Menschen sich in den 20 Jahren, die bis zum Jahr 2000 noch bleiben, grundlegend verändern werden, verglichen mit den letzten 200 Jahren. Aber die folgenden Beobachtungen berechtigen doch zu einem gewissen Optimismus.

1. Ein Kräftegleichgewicht ist möglich bzw. existent.
Für absehbare Zeit ist dies eine unabdingbare Voraussetzung für Stabilität. Ich hoffe, daß später einmal auf das Gleichgewicht des *Abschreckens* verzichtet werden kann, aber noch ist es nicht so weit.
2. Im Prozeß der industriellen, der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung machen die Menschen Erfahrungen, unter denen sie sich verändern. Wenn in den kommenden Jahren die globalen Probleme immer wichtiger werden (z.B. Umwelt und Kosmos), dann müssen immer mehr Mittel dorthin umgeleitet werden. Dies wird den Spielraum für das Wettrüsten beeinflussen.
3. Er beobachte die Entwicklung der politischen Psychologie in der Bundesrepublik mit einem gewissen Optimismus, sagte Projektor. Offenbar beginne man auch in der Bundesrepublik die eigenen hisotrischen Erfahrungen stärker in Rechnung zu stellen. Die Sowjetunion habe aus ihrer Erfahrung die Schlußfolgerung gezogen: wir dürfen nie wieder einen Krieg zulassen! Alle europäischen Völker haben diese Erfahrung (besonders spürbar auch in den Niederlanden) – die USA hingegen nicht!
Mir scheint, sagte Projektor, die Westeuropäer sind in dieser Hinsicht weiser, sie könnten ihren großen Verbündeten in Sachen Krieg-Frieden positiv beeinflussen.
4. Die sowjetischen Vorschläge für Entspannung und Abrüstung und die Auseinan-

dersetzung mit ihnen böten einen guten Ausgangspunkt für die Entwicklung eines alternativen Sicherheitsdenkens.
5. In den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen sei eine breite Bewegung entstanden. Viel komme auf die Erziehung der Jugend an, die den Krieg nicht aus eigener Erfahrung kennt – die aber z.B. gegenwärtig mit den Libanon-Greueln konfrontiert wird. Diese Jugend denke überwiegend friedliebend.

Professor *Franke*, Kernphysiker aus Münster, knüpfte an die Ausgangsbemerkung von Projektor an: die Wissenschaftler und Techniker kennen ihre Sache sehr gut – deshalb wird es zu weiteren Waffenentwicklungen kommen . . .Franke stimmte dieser Einschätzung zu und sagte: ich möchte ergänzen – leider verstehen die Wissenschaftler und Techniker nur einen *Teil* ihrer Sache gut . . . auch die Naturwissenschaftler müßten lernen, daß in ihrer Arbeit ein Unterschied zwischen gut und böse zu machen sei.

IV

Auf einer abschließenden Sitzung im Gebäude des Friedenskomitees, mit dem das Rundtischgespräch beendet wurde, und bei einem Pressegespräch am Morgen des Abreisetages wurden von beiden Seiten Versuche einer ersten Bilanz unternommen.

Versuche, Bilanz zu ziehen

Gunnar Matthiesen faßte seine „Eindrücke nach zwei Tagen deutsch-sowjetischer Gespräche (einschließlich der abendlichen Diskussionen innerhalb der Gruppe)" folgendermaßen zusammen:
1. Das Abreißen des amerikanisch-sowjetischen Dialogs und die in den letzten Jahren gewachsenen Ost-West-Spannungen haben auch ein Gespräch wie dieses schwieriger gemacht.
2. Konsens scheint aber über folgendes zu bestehen: ein neues Denken ist nötig, eine Überwindung des Mißtrauens und der Konfrontation von beiden Seiten her. Sicherheit sei nach übereinstimmender Auffassung nur noch gemeinsam zu erreichen. Zur Überwindung der Konfrontation ist ein entsprechender politischer Wille nötig.

Ebenfalls Konsens bestehe wahrscheinlich über die Feststellung, daß ein Atomkrieg immer wahrscheinlicher werde und es deshalb notwendig sei, zu überlegen, was wir gemeinsam zur Überwindung dieser Gefahrensituation tun können. Die sowjetische Seite sieht die Ursache der gegenwärtigen Krise in der Politik der USA, die sich von der Entspannung abgekehrt haben und heute offiziell einen Sieg im Atomkrieg für möglich halten. Auch ein großer Teil unserer eigenen Gruppe, die wir nicht als Delegation verstehen, sagte Matthiessen, hält deshalb die Verhinderung der Nachrüstung für vordringlich.

Auch Matthiessen betonte die Rolle der Glaubwürdigkeit – und dabei gehe es nicht so sehr darum, der Sowjetunion einen Gefallen zu tun, sondern viel mehr um die Kraft unserer eigenen Argumente.

Mut zum Risiko?

Anton-Andreas Guha griff den Satz auf, mit gutem politischen Willen seien die Probleme lösbar. Diese Behauptung, meinte er, vereinfache zu sehr. Es handle sich eher um ein ethisches Postulat. Vielmehr wäre ein „Mut zum Risiko" erforderlich, nämlich dazu, ein gewisses Ungleichgewicht zu riskieren. Dieser Mut aber sei auf beiden Sei-

ten nicht da. Stattdessen habe man perverserweise den Mut zum Risiko des Atomkriegs.

Guha meinte, die Sowjetuion könne z.B. in Wien ankündigen, daß sie ihre Landstreitkräfte in Europa um 50 % reduzieren werde, ohne dabei das geringste Risiko einzugehen, weil im Atomzeitalter niemand auf eine konventionelle Überlegenheit setzen könne.

Statt eines solchen Muts zu neuen Schritten erleben wir, sagte Guha, daß Begriffe wie Gleichgewicht in Ost und West gleich gebraucht und interpretiert werden.

Martha Buschmann knüpfte daran die Bemerkung, sie habe den Eindruck, daß noch klarer werden müsse, inwieweit sich das sowjetische Konzept der „Gleichheit und der gleichen Sicherheit" von der amerikanischen oder nordatlantischen „Gleichgewichts"-Konzeption unterscheide. In der deutschen Gruppe dominierten offenbar zwei unterschiedliche Auffassungen über die sowjetische Haltung zum Thema Gleichgewicht. Die erste gehe davon aus, daß die Sowjetunion von „Gleichgewicht" spreche, weil sie nicht zugeben wolle, daß sie militärisch unterlegen sei. Die zweite Auffassung gehe mehr in Richtung der Erwartung, daß die Sowjetunion ihrem eigenen Anspruch nach etwas so Furchtbares wie ein „Gleichgewicht des Schreckens" nicht anstreben oder praktizieren dürfe.

Ausstieg aus der Bipolarität?

Alfred Mechtersheimer erklärte: Ich möchte der sowjetischen Seite eine Art Botschaft übermitteln. In der Bundesrepublik entsteht ein neues Denken. Viele möchten ihre Rolle künftig außerhalb der Bipolarität bestimmen. Das ist etwas ganz anderes als ein Streben nach Kooperation im Rahmen eines bipolaren Systems.

Appelle an die Hoffnung, für eine Rückkehr zur Entspannung, seien Ausdruck einer ungenügenden theoretischen Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise. Aufgrund der Entwicklung der Erstschlagwaffen sei keine Rückkehr zur Entspannung der 70er Jahre möglich. Folge dieser Entwicklung sei vielmehr ein tödlicher Konflikt zwischen beiden Supermächten, der diese aber ganz allein angehe. Niemand sonst hat etwas damit zu tun, sagte Mechtesheimer, und wir wollen da heraus. Nur Phantasten in der Bundesrepublik glauben, wir wären mächtig genug, die US-Politik zu beeinflussen. Diese Auffassung sei falsch. Westeuropa wolle nicht das Schlachtfeld der USA sein, und spiegelbildlich müßte dann ja wohl auch Osteuropa von der Sowjetunion als Schlachtfeld betrachtet werden. Nötig sei ein neuer Sicherheitsbegriff, der nicht zuletzt auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit begründet sei. Wir wollen in Westeuropa, sagte der Starnberger Friedensforscher, entsprechend unserer Verfassung ein Verteidigungssystem, das auf alle historisch als Angriffswaffen entstandenen Waffen verzichtet. Wir wollen in Kooperation mit anderen Regionen, wie z.B. der arabischen Region, ein Europa der dritten Dimension entwickeln.

Projektor entgegnete, Mechtersheimer sei zu pessimistisch und unterschätze das politische Gewicht Westeuropas. Wieso waren es denn gerade die Kommunisten in der Sowjetunion und die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik, die die Entspannung realisierten? Dies sei ein Verdienst Europas. Das gleiche gelte für die KSZE und die Schlußakte von Helsinki. Zweitens überschätze Mechtersheimer das Element der militärischen Stärke in den internationalen Beziehungen. Die Möglichkeiten zum *politischen Einsatz* dieser militärischen Stärke werden immer geringer. Die Hauptsache sei jetzt, die Rüstung zu verringern.

Kein Volk wolle einen Kernwaffenkrieg, aber die Gefahr eines solchen Krieges werde immer größer, warum?
1. Das Instrumentarium für die Führung eines solchen Krieges wird bereitgestellt.
2. Der Einfluß derer, die dieses Instrumentarium einsetzen wollen, wächst.
3. Es werden konkrete Rezepte für die Anwendung des Atomkriegs-Instrumentariums, Kriegsführungsstrategien, erörtert.
4. Das Tempo der Verhandlungen, die der Kontrolle der Rüstung dienen sollen, ist viel geringer, als die unter 1 bis 3 genannten negativen Entwicklungen.
5. Wir alle neigen dazu, meinte Projektor, die gewaltig wachsende Rolle der Psychologie zu unterschätzen. Er verwies dabei auf das Buch von Horst-Eberhard Richter. Kriege entstehen auch aus psychischen Streß-Situationen heraus. Diese politische Psychologie müsse erforscht werden. Ein gemeinsames Symposion über diese Frage wäre z.B. denkbar. Er halte dies für ganz wichtig.

Zu Guhas Forderung nach „Mut zum Risiko" meinte *Lew Semeiko*, das sei im Prinzip richtig, die Frage sei nur, wie dies konkret und zwar für beide Seiten aussehen solle? Einseitige starke Reduzierung der Truppen des Warschauer Vertrages könnte im Westen die Illusion auslösen, die Sowjetunion sei so geschwächt, daß man sie militärisch besiegen könne. Semeiko verwies auf Reagans Äußerung, die Zeit der Skrupel sei vorbei – die USA müßten ihre Stärke jetzt nutzen.

Wenn die Bundesrepublik ihre Zusage zur Stationierung zurückzieht . . .

Zu Mechtersheimers skeptischer Einschätzung der Möglichkeiten bundesdeutscher Einflußnahme auf die USA meinte Semeiko: die Bundesrepublik hat jedenfalls Einfluß darauf, ob die Stationierung der neuen amerikanischen Raketen auf ihrem Boden tatsächlich stattfindet. Wenn die Bundesrepublik ihre Zusage zurückzieht, werden die Niederlande, Italien, usw. folgen! Aber was passiert, wenn Bonn die Nachrüstung nicht stoppt (und dazu bleibe nur noch ein Jahr Zeit!)? Das wäre eine Tragödie, meinte Semeiko. Die Sowjetunion *muß* dann reagieren. Die Bundesrepublik wäre dann stärker bedroht als bisher – und auch gegen die USA selbst würden *mehr* Schläge geplant werden. Hier seien keine Diskussionen über technische Details möglich. Aber zu fragen sei: Wie werden die USA dann wiederum reagieren? Und die NATO? Das wäre ein Teufelskreis! Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik befinde sich in einer historischen Entscheidungssituation. Sie stehe vor der Frage, wieviel Einfluß sie auf die eigene Regierung habe, bzw. gewinnen könne.

Der Bonner Theologe Professor *Walter Kreck* meinte zu den Vorschlägen Guhas und Mechtersheimers, zweifellos sei auf Dauer eine prinzipielle Änderung der Sicherheitspolitik nötig und natürlich gebe es auf beiden Seiten nicht nur Engel. Aber er könne die Verantwortung für die gegenwärtigen Spannungen nicht so gleichmäßig auf Ost und West verteilen: Wenn wir von der anderen Seite Zeichen des guten Willens und Abrüstungsschritte fordern, sagte Kreck, dann können wir das nur, wenn wir gegen die Tendenzen zur Aufrüstung und Spannungsverschärfung bei uns selbst angehen. Jeder aufmerksame Zeitungsleser bei uns kann doch jeden Tag lesen, woher die aggressiven Töne kommen (auch wenn aus der Sowjetunion manches nicht gekommen ist, was wir gerne gehört hätten). Es gehört zur Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit, auszusprechen, daß wir darunter leiden.

Aber er sehe keinen Grund zum Pessimismus, meinte Kreck, trotz hundert Jahre währender antisozialistischer und antikommunistischer Indoktrination. Er hoffe, daß die Vernunft sich durchsetzen werde und eine Ost-West-Verständigung erreichbar sei.

Die Gemeinsamkeit der Kriegserfahrung

Klaus von Bismarck, der frühere WDR-Intendant, schloß sich den zusammenfassenden Bemerkungen Gunnar Matthiessens an und machte die folgenden drei Ergänzungen:
1. Immer noch, auch nach 37 Jahren, sei die Erfahrung des letzten Krieges sowohl für Deutsche als auch für Russen der entscheidende Impuls – anders als in den USA. In keinem Land gehe man so naiv auf die Kriegsfrage los wie dort, meinte Bismarck.
2. Zum Thema Glaubwürdigkeit: die sowjetischen Teilnehmer haben mich überzeugt, daß sie sich große Sorge um den Frieden machen.
3. Für mich persönlich überzeugend und glaubhaft geworden ist der sowjetische Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Es habe ihn überzeugt, wie und von wem dies gesagt worden sei. Das sei etwas anderes, als in der Zeitung von einem solchen Schritt zu lesen. Offenbar sei die Sowjetunion bereit, einen Prozeß des Umdenkens in Gang zu setzen.

Zu Mechtersheimers Kritik an Kooperation im Rahmen der Bipolarität erklärte Bismarck, er sei gegen die Vorstellung, die Bundesrepublik solle aus dem westlichen Bündnis herausgekoppelt werden. Positiv dagegen werte er die Vorstellung einer atomwaffenfreien Zone. Es sei aber gefährlich für den Frieden, wenn die Bundesrepublik aus der NATO herausgehe, ebenso wie ein Ausscheiden Polens aus dem Warschauer Pakt den Frieden gefährden könnte. Neutralismus sei in der Bundesrepublik umstritten, nur eine Minderheit folge dieser Vorstellung, Das gleiche gelte für Wunschvorstellungen über eine Wiedervereinigung, mit der in aller absehbaren Zukunft nicht zu rechnen sei.

Oberkirchenrat *Spengler* äußerte seine Zustimmung zu von Bismarcks Ausführungen und wies auf die Friedenswochen, die im November in der Bundesrepublik, besonders auch im kirchlichen Bereich, stattfänden. Unterschiedliche Gruppen seien auf der Suche nach dem Weg zum Frieden. Es gehe um die Erprobung von Friedenspraxis. Man wolle nicht bei der Diagnose „der andere will nicht" stehen bleiben. Man müsse die unterschiedlichen Bilder vom Gegner und die unterschiedlichen Bedrohtheitsvorstellungen zur Kenntnis nehmen. Ich habe hier *Ihre* Bedrohtheitsvorstellung kennengelernt, sagte Spengler. Ich finde sie konsistent und glaubwürdig. Aber auch im Westen gibt es Bedrohtheitsvorstellungen, die nicht einfach für nichtig erklärt werden können. Spengler bat darum, mitzuhelfen, diese Bedrohtheitsvorstellungen aufzuarbeiten. Der Abbau von Feindbildern sei für die Kirchen zentral. Auch Spengler betonte die Gemeinsamkeit der Kriegserfahrung auf deutscher und sowjetischer Seite. Er sei Falin und Projektor dankbar für die Bereitschaft, auch die psychologische Seite des Problems aufzuarbeiten. Die Friedensbewegung sei für ihn ein Aufstand gegen die Resignation und ein Zeichen der Hoffnung.

Beeindruckt von der Aufrichtigkeit

Professor *Horst Eberhard Richter* äußerte seine Befriedigung darüber, die Vorstellungen der sowjetischen Partner kennengelernt zu haben, die ihm vorher in dieser Klarheit nicht bekannt gewesen seien. Er sei persönlich sehr beeindruckt nach den langen Stunden des Gesprächs, auch über eine gewisse Geduld mit den durchaus heterogenen Fragen und Vorstellungen, die aus der unterschiedlichen Zusammensetzung der deutschen Gruppe resultierten. Ein Nachteil sei wohl, daß manche Fragen deshalb nicht so hätten vertieft werden können, wie es wünschenswert gewesen wäre. Vielleicht sollte man in Zukunft eher begrenzte Themenkreise aufgreifen.

Wir fahren sicher nicht mit leichterem Herzen nach Hause, meinte Richter. Dafür seien die Probleme zu schwierig. Er sei aber beeindruckt von der Aufrichtigkeit, die uns entgegengebracht wurde. Dies sei eine Ermutigung für unsere Arbeit in der Friedensbewegung.

Pawel Naumow, als Vertreter des sowjetischen Friedenskomitees, meinte: vielleicht hat unsere Logik Sie in diesen zwei Tagen nicht überzeugen können, aber Sie haben sie jetzt aus erster Hand kennengelernt. Gerade in einer so prekären Zeit komme es auf die Zusammenarbeit aller Antikriegskräfte der unterschiedlichsten Herkunft an, und diese Zusammenarbeit werde in der Tat gegenwärtig immer breiter. Naumow wies auf die Weltversammlung gegen den Atomkrieg hin, die im Juni 1983 in Prag stattfinden wird. Für November 1983 sei ein Treffen politischer Parteien aus Ost und West geplant, und viele weitere Projekte würden vorbereitet.

Es komme jetzt für jeden Einzelnen darauf an, seine persönliche Verantwortung dafür zu erkennen, daß es zu keiner Katastrophe kommt. Wenn die machtvollen Demonstrationen in aller Welt nicht umsonst bleiben sollten, komme es darauf an,auf die Regierungen einzuwirken, denn in letzter Instanz seien es die Regierungen, die die nötigen Entscheidungen fällen oder korrigieren müßten.

Eine neue psychologische Struktur in der Welt schaffen

Daniil Projektor fand, bei einer Reihe von Fragen seien übereinstimmende oder nahe beieinanderliegende Positionen festzustellen:
1. Für uns alle gibt es keine höhere Priorität als die Erhaltung des Friedens.
2. Das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und seine Erhaltung ist für die Stabilität im Ganzen wichtig. In dieser Hinsicht gäbe es zwar Unterschiede im Detail, aber nicht im Prinzip.
3. Das militärische Element des Gleichgewichts darf nicht verabsolutiert werden. Aber *ohne* Gleichgewicht wird es bis auf weiteres kaum gehen.
4. Die Rolle einer vernünftigen Politik für den Frieden wächst bzw. muß verstärkt werden. Man muß die Bedeutung der Psychologie für den Frieden erkennen. Es kommt darauf an, eine neue psychologische Struktur in der Welt zu schaffen. Der Schlüsselbegriff dabei ist: Vertrauen schaffen!

Die sowjetischen Gesprächspartner waren bemüht, meinte Projektor abschließend, zu zeigen, welche unvergleichliche Priorität die Erhaltung des Friedens für die Sowjetunion hat. Krieg sei dem sowjetischen Volk organisch wesensfremd. Zum einen sei die Erfahrung des II. Weltkrieges im ganzen Volk lebendig und zum anderen habe man derart gewaltige gesellschaftliche Pläne, derart große Aufgaben zu lösen, daß auch deshalb eine Alternative zum Frieden nicht denkbar sei.

Eugen Kogon listete in seinen abschließenden Bemerkungen acht Teilgebiete auf, denen besonderes Gewicht beizumessen sei:
1. Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen (und letztendes der Verzicht auf „Abschreckung").
2. Eine Begrenzung der nuklearen Arsenale.
3. Eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen, insbesondere in Europa.
4. Das Ziel, alle Atomwaffen in der Welt zu verbieten.
5. Keine weitere Ausweitung der Militärblöcke.
6. Abhaltung einer *europäischen* Konferenz über Sicherheit und Abrüstung, die auf den Eigeninteressen der Europäer fußt.

7. Die Bändigung und schließliche Beseitigung der internationalen Konfliktherde.
8. Weitere Beiträge zur Entspannung.

Sein Eindruck sei, daß es der sowjetischen Seite absolut ernst mit ihrer Sorge um den Frieden ist. Die von ihr unternommenen oder vorgeschlagenen Schritte seien in der Tat vertrauenswürdig, und es sei notwendig, dies im Westen bekannt zu machen. Offenkundig sei die Erhaltung des Friedens für die Sowjetunion zentrales Anliegen – ein Ergebnis ihrer ungeheuren Verluste im Zweiten Weltkrieg –, offenbar viel stärker als in den USA.

Schwierigkeiten erwüchsen für die Friedensbewegung aus der Tatsache, daß auch auf sowjetischer Seite das Denken in Kategorien des Gleichgewichts und der Abschrekkung noch eine starke Rolle spiele, obwohl dies bisher immer zu mehr Aufrüstung auf beiden Seiten geführt habe.

Kein Konflikt kann mehr mit Gewalt gelöst werden

Kogon resümierte: kein Konflikt kann heute mehr mit militärischer Gewalt gelöst werden. Wenn diese Einsicht sich nicht rechtzeitig durchsetze, könne es schon in den nächsten Jahren zur Katastrophe kommen. Entscheidend sei, daß nicht nur die Öffentlichkeit umdenke, sondern daß dies auch auf die Regierungsebene durchschlage.

Gerd Ruge fand manche Erwartungen an die sowjetischen Partner übertrieben. Ihm leuchte Projektors Konzept am ehesten ein (eher als das Mechtersheimers): Die Bundesrepublik solle ihre positiven Möglichkeiten innerhalb des westlichen Bündnisses nutzen. Es sei gut, daß trotz der ernsten Lage nicht nur Pessimismus verbreitet worden sei.

Beim abschließenden Pressegespräch wurde von sowjetischer Seite die Frage gestellt, was die Friedensbewegung in der Bundesrepublik gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen tun könne. Professor *Kade* antwortete: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat sich *aufgrund* des Nachrüstungsbeschlusses seit zwei Jahren sehr vergrößert, ausgeweitet und neue Kreise erfaßt. Aber die Friedensbewegung ist so vielfältig und ihre Aktionen sind so unterschiedlich, daß es keine einheitliche Meinung darüber gibt, *wie* die Aufhebung des Nachrüstungsbeschlusses erreicht werden kann. Die Ablehnung der „Nachrüstung" ist jedoch das verbindende Element. Je näher der Termin der geplanten Stationierung rückt (und je deutlicher wird, daß die Verhandlungen negativ verlaufen), desto deutlicher entwikkeln sich auch neue Formen des Widerstands.

Professor *Kogon* ergänzte, unter Verweis auch auf die in vielen Städten und Landkreisen der Bundesrepublik entstehende Kampagne für atomwaffenfreie Zonen „von unten": die moralische Initiative, vor allen Dingen in der Jugend, gegen weitere Aufrüstung, speziell gegen Atomwaffen nimmt spürbar zu.

Medienkritik

SENSIBLER PROTEST.

Die großen Festivals sind für die marktbeherrschenden US-Kinokonzerne nur Nebenkriegsschauplätze, auf denen man zwar gelegentlich seine Macht spielen läßt, wo aber Außenseiter reelle Chancen haben. Denn für das Image der Branche kann es sogar förderlich sein, wenn in Berlin, Cannes, Venedig auf der Leinwand nicht, wie in allen anderen Kinos, pausenlos die Rituale eines dritten Weltkriegs zelebriert werden. Und so kann dort auch ein Film reüssieren, der den damit nebenbei verbundenen *Niedergang der Kunst* beklagt.

Wim Wenders' Film „Der Stand der Dinge" erhielt den Hauptpreis der Biennale in Venedig, läuft jetzt in den Kinos an und wird, weil vom ZDF mitproduziert, auch dort zu sehen sein. Wenders, der selbst mit großen Hoffnungen nach Hollywood gegangen war, reflektiert in diesem Film „eigne Erfahrungen im Land der synthetischen Geschichten" (Südd. Zeitung): ein deutscher Regisseur dreht in Portugal einen Film für einen US-Produzenten, dessen Geldgeber jedoch das Interesse an dem Projekt verlieren und die Weiterfinanzierung verweigern, als sie erfahren, daß der Film in Schwarz-weiß gedreht werden soll. Darüber hinaus allerdings scheint nichts an der Story anstößig zu sein, das jedenfalls, was man von ihr zu sehen bekommt, erscheint ziemlich konventionell – und ist auch nur ein Remake des Hollywood-Regisseurs Allan Dwan. „Die Überlebenden" – so der Titel – einer weltweiten Untergangskatastrophe bewegen sich durch eine zerstörte, ausgestorbene und verseuchte Welt in der Hoffnung, irgendwo einen Platz für ein neues Leben zu finden. Das Meer scheint Rettung zu versprechen, aber an diesem Punkt müssen die Dreharbeiten abgebrochen werden, weil kein Filmmaterial mehr da ist. Ort der nun beginnenden eigentlichen Handlung ist ein verfallenes Luxus-Strandhotel; wo die Überlebenden der Filmkatastrophe letzten Schutz suchten, wohnt auch das Filmteam, nun zur tagelangen Untätigkeit verurteilt – auch sie *Überlebende*, Repräsentanten einer eigentlichen, anderen Kunst?

„Nun können wir endlich einmal über den Film reden", hatte der Regisseur noch am ersten Abend vorgeschlagen, aber dazu kommt es nicht. Jeder zieht sich zurück und geht seinen eigenen privaten Interessen und Problemen nach. Der Film zeigt eindringliche Milieustudien, brillant gefilmte Kurzperioden, die sich nur durch Subtilität und Sensibilität von den Mustern unterscheiden, nach denen in gewöhnlichen Katastrophenfilmen versucht wird, die geschlossene Gruppe der in der Not aufeinander Angewiesenen psychologisch glaubwürdiger erscheinen zu lassen. Die betrogenen Künstler, verfolgt noch auf der Flucht aus dem Hollywood-Sumpf von der „Dallas"-Erkennungsmelodie, tragen schon das Gift in sich, das sie unfähig macht, Widerstand zu leisten.

Der deutsche Regisseur, sein Name ist Friedrich Munroe, fliegt noch in die USA um Geld zu besorgen. Bei der Auseinandersetzung mit dem Produzenten schweigt er meistens, es rührt ihn, daß der andere ebenso betrogen ist wie er und sich seinen Verfolgern durch ein Leben im Wohnmobil entziehen muß. In die Verbrüderung der beiden mischt sich die Erleichterung, nicht mehr kämpfen zu müssen. Gemeinsam sterben sie einen symbolisch ausgestalteten Kinotod.

Ein deutscher Regisseur, sein Name ist Friedrich Wilhelm Murnau, geboren 1888, ging 1926 nach Hollywood, nachdem er in Deutschland einige wichtige Filme gedreht hatte. Bei seinen amerikanischen Filmen soll er, so meldet das (rororo-Film)Lexikon lakonisch, „unter den Einmischungen der Studios zu leiden" gehabt haben. Die US-Filmindustrie hatte in den 20er Jahren fast alle erfolgreichen deutschen Regisseure aufgekauft, um ihre Herrschaft über den Weltmarkt zu sichern und gleichzeitig neue Stile und Talente ihren Profiten nutzbar zu machen. Dieser *Stand der Dinge* ist also nicht neu, und solchen Versuchen und Versuchungen widerstanden zu haben, ehrt Wim Wenders. Gegen den aus den USA kommenden Tonfilm hatte man lange den Stummfilm als wahre Kunst verteidigt. Geht es heute wirklich nur um die Frage Schwarz-weiß oder Farbe? Oder anders gefragt: wenn die großen Filma brutal und selbstherrlich sind, müssen dann die kleinen grauen Filme außer sanft auch noch ratlos sein?

Günter Giesenfeld

Autoren dieses Heftes

Dr. Werner HOLTFORT, geb. 1920 in Hannover, Rechtsanwalt und Notar, Mitglied des niedersächsischen Landtags, Vorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins; Mitherausgeber des „Einspruch". *** *Dr. Wolfgang DÄUBLER*, geb. 1939 in Berlin, Professor für Arbeitsrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, arbeitet z. Z. an Rechtsproblemen der „Nachrüstung". *** *Konrad EGE*, geb. 1958 in Augsburg, lebt als freier Journalist in Washingitton D. C.; Mitherausgeber der Zeitschrift „Counter Spy", Mitarbeit bei „Pacifica Radio" und zeitweilig bei „Clergy and Laity Concerned". *** *Bernd GREINER*, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. *** *Dr. Rainer RILLING*, geb. 1945 in Stetten/Württ., 1974–1980 Dozent für Soziologie in Marburg, z. Z. Forschungsstipendium in den USA; Buchveröffentlichungen u. a.: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975. *** *Dr. Jörg HUFFSCHMID*, geb. 1940 in Köln, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Veröffentlichungen zur Wirtschaftspolitik, Mitglied der Memorandum-Gruppe „Alternative Wirtschaftspolitik". *** *Dr. Martin KUTSCHA*, geb. 1948 in Bremen; Rechtsanwalt in Hamburg, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. zu den Berufsverboten, zum Verfassungsrecht und zum Staatsapparat der BRD. *** *D. Walter KRECK*, geb. 1908 in Weidelbach/Hessen, Pfarrdienst und Ausbildungstätigkeit in der Bekennenden Kirche, Ausweisung und Reichsredeverbot im Kirchenkampf (1941), von 1952–1973 Professor für Systematische Theologie in Bonn; Buchveröffentlichungen, u. a.: Grundfragen christlicher Ethik, München ^{2}1979; Kirche in der Krise der bürgerlichen Welt, München 1980. ***

Mitteilungen des Verlages

Auf vielfachen Wunsch unserer Abonnentinnen und Abonnenten verlängern wir das ursprünglich zum Jahresende befristete Treue-Angebot bis zum 15. Februar 1983. Sofern Bestellschein und Gesamtverzeichnis nicht mehr zur Hand sind, bitte beim Verlag anfordern.

Wir erinnern unsere Abonnentinnen und Abonnenten, daß trotz weiter gestiegener Kosten der Abonnementpreis der „Blätter" für 1983 nicht erhöht wird. Die neuerliche Gebührenerhöhung der Bundespost können wir allerdings zu unserem Bedauern nicht auffangen. Wir müssen deshalb ab Januar 1983 die Versandkosten um DM 0,15 von bisher DM 0,50 auf DM 0,65 je Heft erhöhen. Pahl-Rugenstein-Verlag.

Bemerkungen

Von allen in den „Blättern" veröffentlichten Beiträgen können bei Bestellungen ab 100 Expl. Sonderdrucke angefertigt werden. Bestellungen sind an den Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, zu richten. Eine Preisliste kann beim Verlag angefordert werden.

Hinweis: Der Kongreßbericht „Die Zukunft der Arbeit" in „Blätter", 11/1982, S. 1359 ff. wurde nicht von Joachim Eisbach allein verfaßt. Beteiligt waren ferner Wolfram Elsner, Jürgen Grumbach, Jörg Huffschmid und Niels Ernst-Pörksen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Siebenundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1982

Herausgegeben von

RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE

WALTER KRECK
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ

MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER

HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL

FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats November 1982

1. 11. – I n d i e n / P a k i s t a n. Der pakistanische Präsident Zia ul-Haq unterbricht den Flug nach Indonesien in der indischen Hauptstadt Neu Delhi, um mit Premierminister Frau Gandhi zu konferieren. Es wird vereinbart, Verhandlungen über einen Vertrag zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen aufzunehmen.

4. 11. – U N O. Die in New York tagende Generalversammlung fordert in einer Resolution (angenommen mit 90 gegen 12 Stimmen bei 52 Enthaltungen) Argentinien und Großbritannien auf, sich auf diplomatischem Wege um eine friedliche Lösung ihres Konflikts über die Malwinen (Falkland-Inseln) zu bemühen. Argentinien gehört zu den Initiatoren der Resolution, Großbritannien gibt eine Nein-Stimme ab.

– N i e d e r l a n d e. Ein neues Koalitionskabinett, dem acht Vertreter der Christdemokraten (CDA) und sechs Vertreter der Liberalen Volkspartei (VVD) angehören, und das sich auf 81 der 150 Sitze im Parlament stützen kann (vgl. „Blätter", 10/1982, S. 1154), wird in Den Haag vereidigt. Neuer Ministerpräsident wird Ruud Lubbers (CDA), der das Amt von Andries van Agt, ebenfalls CDA, übernimmt. Außenminister wird Hans van den Broek (CDA).

– I r l a n d. Mit 82 gegen 80 Stimmen wird der Minderheitsregierung unter Ministerpräsident

Haughey das Vertrauen entzogen. Anlaß ist ein von der Regierung vorgelegtes Sparprogramm. – Am 24. 11. finden erneut vorgezogene Parlamentswahlen statt (vgl. „Blätter", 3/1982, S. 259), bei denen die Fine Gael unter Oppositionsführer Garret FitzGerald Stimmengewinne erzielt, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu erreichen.

– N A T O. Der „Oberste Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa" (SACEUR), der amerikanische General Rogers, macht in Bonn einen Antrittsbesuch bei der neuen Bundesregierung. Rogers erörtert mit Bundeskanzler Kohl und Verteidigungsminister Wörner seine Vorschläge („Rogers-Plan") für eine wesentliche Verstärkung des konventionellen NATO-Streitkräfte in Europa. – Am 29. und 30. 11. tagen im NATO-Hauptquartier in Brüssel die EUROGROUP sowie die Nukleare Planungsgruppe (NPG).

5.–7. 11. – F D P. Im Mittelpunkt des 33. Bundesparteitages der Freien Demokraten in Westberlin stehen die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Auflösung der SPD/FDP-Koalition in Bonn (vgl. „Blätter", 10/1982, S. 1154). Der Parteivorsitzende Genscher, der vor den Delegierten den Koalitionswechsel noch einmal nachdrücklich verteidigt, wird mit 222 von 400 Stimmen in seinem Amt bestätigt; auf den einzigen Gegenkandidaten, den schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Uwe Ronneburger, entfallen 169 Stimmen. Neuer Generalsekretär wird die Bundestagsabgeordnete Irmgard Adam-Schwaetzer. Am Rande des Parteitages beraten Gegner des Koalitionswechsels innerhalb der FDP über die Möglichkeiten zur Gründung einer neuen Partei. Die etwa 120 Teilnehmer der Versammlung verabschieden eine „Berliner Erklärung der Sozialliberalen". Im Anschluß an den Parteitag verlassen mehrere führende Mitglieder, darunter einige Bundestagsabgeordnete, die FDP. Auch die Deutschen Jungdemokraten vollziehen die Trennung von der Partei.

7. 11. – T ü r k e i. Die regierenden Militärs lassen über den Entwurf einer Verfassung abstimmen; es besteht Wahlpflicht. Der Anteil der Ja-Stimmen wird mit über 90 % angegeben. General Kenan Evren, Vorsitzender des aus Offizieren bestehenden Nationalen Sicherheitsrates (vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1154), wird mit Annahme der neuen Verfassung zum Staatsprädidenten mit umfassenden Vollmachten für eine Amtszeit von sieben Jahren bestimmt.

8. 11. – P o l e n. Minsterpräsident Jaruzelski und der Primas der katholischen Kirche, Erzbischof Glemp, führen in Warschau ein längeres Gespräch. Anschließend heißt es in einem Kommuniqué, als Termin für die geplante Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen (vgl. „Blätter" 9/1982, S. 899) sei der Juni des kommenden Jahres vorgesehen. – Am 24. 11. erklärt Außenminister Olszowski in einer Feierstunde zum 25. Jahrestag der Vorlage des polnischen Vorschlages zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa („Rapacki-Plan"), die nukleare Bedrohung, die durch die jüngste Rede des amerikanischen Präsidenten Reagan erneut deutlich geworden sei, zeige eine gewisse Analogie mit der Zeit zu Beginn der Atomrüstung. Der damals vorgelegte Plan sei heute, zumindest in abgewandelter Form, wieder aktuell.

9. 11. – K S Z E. Das im März d. J. unterbrochene Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wird in Madrid wieder aufgenommen (zur Unterbrechung vgl. „Blätter", 4/1982, S. 386). Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Entwürfe der neutralen Teilnehmerstaaten für ein Schlußdokument (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 6).

12. 11. – U d S S R. Zum Nachfolger des am 10. 11. überraschend verstorbenen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Leonid Iljitsch Breschnew (zum Amtsantritt vgl. „Blätter", 11/1964, S. 836 und 5/1966, S. 347), wählt das Zentralkomitee einstimmig Juri Wladimirowitsch Andropow, bisher Sekretär des ZK der KPdSU. Breschnew wird am 15. 11. an der Kreml-Mauer auf dem Roten Platz beigesetzt. Am Rande der Trauerfeierlichkeiten kommt es zu zahlreichen Begegnungen von Politikern aus aller Welt. Der neue Generalsekretär Andropow empfängt im Kreml u. a. den amerikanischen Vizepräsidenten Bush, Bundespräsident Carstens und Außenminister Genscher sowie den chinesischen Außenminister Huang Hua zu getrennten Unterredungen. – Am 22. 11. nimmt das Zentralkomitee Veränderungen in der Zusammensetzung des Politbüros vor. – Am 23. 11. wählt der Oberste Sowjet Generalsekretär Andropow zum Mitglied seines Präsidiums.

12.–14. 11. – D i e G r ü n e n. Eine Bundesdelegiertenkonferenz berät in Hagen über die Kandidatur bei den bevorstehenden Bundes-

tagswahlen. Zu gleichberechtigten Sprechern des Bundesvorstandes werden Reiner Trampert, Wilhelm Knabe und Manon Maren-Griesebach bestimmt.

13. 11. – U S A. In einer Rundfunkansprache teilt Präsident Reagan mit, er habe die gegenüber der Sowjetunion verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Bau einer Erdgasleitung nach Westeuropa (vgl. „Blätter", 1/1982, S. 6 und 7/1982, S. 769 f.) aufgehoben. Der Präsident erklärt, die USA hätten sich mit ihren Verbündeten auf langfristige Einschränkungen im Handel mit der Sowjetunion geeinigt. – Am 17. 11. widerspricht der französische Außenminister Cheysson vor der Nationalversammlung in Paris der von Reagan abgegebenen Erklärung. Frankreich habe mit den USA keinerlei Abkommen über handelspolitische Restriktionen gegenüber der Sowjetunion abgeschlossen. – Am 22. 11. unterbreitet Präsident Reagan dem Kongreß einen Stationierungsplan für neue MX-Interkontinentalraketen. Reagan gibt gleichzeitig bekannt, er habe ein Schreiben an die sowjetische Führung gerichtet, dessen Text jedoch nicht veröffentlicht wird.

– I t a l i e n. Wegen Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik bricht die aus fünf Parteien bestehende Regierungskoalition auseinander (vgl. „Blätter", 7/1981, S. 770). Ministerpräsident Spadolini (Republikaner) und sein Kabinett treten zurück.

14. 11. – B R D / D D R. Bundespräsident Carstens und der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker, die sich zur Beisetzung des verstorbenen KPdSU-Generalsekretärs Breschnew in Moskau aufhalten, treffen in einem Gästehaus der sowjetischen Regierung zu seiner Unterredung zusammen. Zu den Teilnehmern des Gesprächs gehört auch Bundesaußenminister Genscher. Ein Sprecher der BRD-Delegation erklärt, beide Seiten hätten ihre Absicht bekundet, die gegenseitigen Beziehungen entsprechend dem Grundlagenvertrag fortzusetzen und weiter zu entwickeln.

14.–16. 11. – U S A / B R D. Bundeskanzler Kohl hält sich zu einem Meinungsaustausch mit Präsident Reagan und anderen führenden Politikern in den Vereinigten Staaten auf. Zu den Gesprächspartnern des Bundeskanzlers gehören u. a. Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger. In New York stattet Kohl dem UN-Generalsekretär de Cuellar einen Besuch ab.

18.–19. 11. – S P D. Die Sozialdemokratische Partei hält in Kiel einen „kleinen Parteitag" ab, an dem 450 Mandatsträger der Partei teilnehmen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen wird eine „Kieler Erklärung" verabschiedet. Als Kanzler-Kandidat wird Hans-Jochen Vogel, SPD-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus von Westberlin, nominiert.

19. 11. – C h i n a. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo er an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Generalsekretär Breschnew teilgenommen und mit dem neuen KPdSU-Generalsekretär Andropow sowie Außenminister Gromyko gesprochen hatte, wird Außenminister Huang Hua durch seinen bisherigen Stellvertreter Wu Xuequian abgelöst. Huang Hua bleibt jedoch Vizepremier und Mitglied des Staatsrates. Einen Wechsel gibt es auch im Amt des Verteidigungsministers. – Am 26. 11. tritt in Peking der Nationale Volkskongreß (Parlament) zusammen. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Verabschiedung einer neuen Verfassung.

26. 11. – J a p a n. Das Unterhaus wählt (mit 287 von 497 Stimmen) Yasuhiro Nakasone zum neuen Ministerpräsidenten. Nakasone übernimmt die Ämter des Parteivorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei und des Ministerpräsidenten von Zenko Suzuki, der im Oktober d. J. zurückgetreten war (zum Amtsantritt vgl. „Blätter", 8/1980, S. 899).

28. 11. – L i b e r a l e D e m o k r a t e n. Auf einer Konferenz zum Thema „Die Zukunft der Liberalen" wird in Bochum die Gründung einer Partei mit dem Namen „Liberale Demokraten" beschlossen. Teilnehmer der Konferenz sind vor allem ehemalige Mitglieder der FDP.

– D e m o k r a t i s c h e S o z i a l i s t e n. In Münster konstituiert sich die Partei „Demokratische Sozialisten" (DS). Zu den Gründungs- und Vorstandsmitgliedern gehören auch die Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik, früher Mitglied der SPD-Fraktion.

30. 11. – U S A / U d S S R. Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über nukleare Waffensysteme mittlerer Reichweite (INF) werden nach der 55. Sitzung in Genf vertagt (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 1/1982, S. 3). Die Beratungen sollen im Januar 1983 fortgesetzt werden.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort
Entwurf eines Hirtenbriefs der Katholischen Bischofskonferenz der USA über Krieg und Frieden

(Auszüge)

Auf einer vom 15.–18. November 1982 dauernden Sitzung hat die katholische Bischofskonferenz der USA einen Entwurf zu einem Hirtenbrief gebilligt, mit dessen im Mai 1983 zu verabschiedender Endfassung die Bischöfe den etwa 50 Mio. amerikanischen Katholiken Entscheidungshilfen in Fragen der Friedenssicherung und Abrüstung, der Abschreckungsstrategie und möglicher Alternativen geben wollen. Der Entwurf, der im amerikanischen Original 110 Seiten umfaßt, ist in vier Abschnitte gegliedert (I. Frieden in der modernen Welt: Religiöse Perspektiven und Prinzipien; II. Krieg und Frieden in der modernen Welt: Probleme und Prinzipien; III. Die Förderung des Friedens: Vorschläge und Verfahren; VI. Die pastorale Herausforderung und Antwort). Die im folgenden wiedergegebenen Auszüge sind dem zweiten Abschnitt entnommen. Die Arbeitsgruppe der Bischofskonferenz, die unter Vorsitz des Erzbischofs von Chicago, Joseph L. Bernardin, steht, hat seit Juli 1981 in vierzehn Sitzungen zahlreiche Sachverständige aus dem kirchlichen und öffentlichen Leben angehört, darunter auch hochrangige Politiker der Reagan-Administration und früherer US-Regierungen. Die Vorlage des Entwurfs des Hirtenbriefs hat die Reagan-Administration irritiert. Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Clark, versuchte, die Bischöfe mit einem ultimativen Schreiben zur Aufgabe ihrer Kritik an der US-amerikanischen Abschreckungs- und Aufrüstungspolitik zu bewegen – doch ohne Erfolg. Auch eine vom Weißen Haus gewünschte Intervention des Papstes unterblieb.
Nun wird die endgültige Fassung des Hirtenbriefes im Mai 1983 verabschiedet werden. Dem Vernehmen nach wird seine Formulierung noch entschiedener den Forderungen nach Frieden und Abrüstung Rechnung tragen und den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und der wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklung in den USA aufweisen. D. Red.

. . .

Wir befinden uns in einer äußersten Krise, weil ein Atomkrieg die Existenz unseres Planeten bedroht; diese Bedrohung ist verheerender als alles, was die Welt bisher gekannt hat. Es ist weder annehmbar noch notwendig, daß wir dazu verurteilt sein sollen, unter solchen Verhältnissen zu leben. Aber diese Verhältnisse zu überwinden, wird eine außerordentliche Kraftanstrengung, Vernunft und Mut erfordern . . .

II. Krieg und Frieden in der heutigen Welt: Probleme und Prinzipien

. . .

A. Die neue Situation

Im Zentrum der Neubewertung des nuklearen Wettrüstens steht die Anerkennung zweier Elemente: (1) das Zerstörungspotential atomarer Waffen und (2) die stringenten Entscheidungen, die das Atomzeitalter sowohl der Politik als auch der Moral abverlangt . . .Papst Johannes Paul II. hat auf bewegende Weise seine persönliche und pastorale Sorge um die Verhütung eines Atomkrie-

ges bekundet, als er die Päpstliche Akademie der Wissenschaft beauftragte, eine Studie zu erarbeiten, die die Erkenntnisse anderer wissenschaftlicher Gremien bekräftigte. Der Heilige Vater hat diese Studie durch persönliche Vertreter den Führern der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs (Großbritannien) und Frankreichs sowie dem Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen übermittelt. Eine der Schlußfolgerungen der Studie bezieht sich speziell auf die öffentliche Debatte in den Vereinigten Staaten: „In jüngster Zeit wird davon gesprochen, daß man einen Atomkrieg gewinnen oder überleben könne; darin kommt mangelndes Verständnis einer medizinischen Realität zum Ausdruck: Jeder Atomkrieg würde unweigerlich Tod, Krankheit und Leiden von infernalischen Ausmaßen auslösen, und dies ohne die Möglichkeit wirksamer medizinischer Hilfe. Diese Realität führt zu der gleichen Schlußfolgerung, die die Ärzte zu allen Zeiten für lebensbedrohende Epidemien gezogen haben: Vorbeugung ist die Voraussetzung einer Verhütung . . .

Heute . . . ist die moralische Aufgabe, ebenso wie die medizinische, vorzubeugen: Als Volk müssen wir uns weigern, das Konzept des Atomkriegs zu legitimieren. Eine solche Verweigerung wird nicht nur neue Ideen und neue Visionen verlangen, sondern auch das, was im Evangelium die Bekehrung des Herzens genannt wird.

Zum Atomkrieg „Nein" zu sagen, ist eine notwendige und zugleich eine schwierige Aufgabe . . .

Wir sehen in voller Klarheit: die politische Unsinnigkeit eines Systems, das auf der Drohung des gegenseitigen Selbstmords aufgebaut ist; den psychologischen Schaden, den dies den einfachen Bürgern, insbesondere der Jugend zufügt; die Verzerrung der wirtschaftlichen Prioritäten – wenn Milliarden bereitwillig für Vernichtungswaffen ausgegeben werden und zugleich Tag für Tag in unseren gesetzgebenden Gremien erbittert um einen Bruchteil dieses Betrages für die Wohnungslosen, die Hungrigen und die Hilfsbedürftigen hierzulande und im Ausland gefochten wird . . .

B. Die kirchliche Führung und die öffentliche Auseinandersetzung

. . .

Die „neue Situation", die in der öffentlichen Debatte über Atomwaffen entstanden ist, bietet die befruchtende Gelegenheit und zugleich den moralischen Imperativ, das Verhältnis zwischen öffentlicher Meinung und Politik zu überprüfen. Wir glauben, daß es um der Kriegsverhütung willen erforderlich ist, einen Damm gegen das Konzept der Atomkriegsführung als einer anwendbaren Militärstrategie zu errichten. Es muß einen klaren Widerstand der Öffentlichkeit gegen die Rhetorik „gewinnbarer" Atomkriege, des Überlebens" von Atomschlägen und der Strategien für einen „Atomkrieg längerer Dauer" geben. Wir versuchen, in der Öffentlichkeit eine Haltung zu ermutigen, die der Art der Aktivitäten, die unsere Regierung auf dem Gebiet der Atomstrategie in unserem Namen unternehmen will, entschiedene Grenzen setzt . . .

C. Die Anwendung von Atomwaffen

. . .

1. Kriegsführung gegen die Bevölkerung: Unter keinen Umständen dürfen Atomwaffen oder andere Massenvernichtungsinstrumente zum Zweck der Zerstörung von Bevölkerungszentren oder anderer überwiegend ziviler Ziele eingesetzt werden . . .

2. Die Auslösung eines Atomkrieges: Wir können uns keinerlei Situation vorstellen, in der es moralisch gerechtfertigt wäre, aus freien Stücken einen Atomkrieg zu beginnen, auf wie begrenzter Ebene auch immer. Nichtnukleare Angriffe eines anderen Staates müssen mit anderen als Atomwaffen abgewehrt werden . . .

3. Begrenzter Atomkrieg: Man könnte unseren ersten beiden Schlußfolgerungen zustimmen und dennoch nicht sicher sein, was den Einsatz von Atomwaffen für Vergeltungsschläge im Rahmen eines sogenannten „begrenzten Schlagabtauschs" angeht. Die Meinung der Praktiker und die Schriften der Moralisten bleiben hinsichtlich dieser Frage uneins. Unser Problem ist die *reale*, nicht die *theoretische*, Möglichkeit eines „begrenzten atomaren Schlagabtauschs". Uns ist bewußt, daß die Strategiedebatte in dieser Frage nicht entschieden ist und daß alle Teilnehmer sich auf hypothetische Prognosen über wahrscheinliche Reaktionen in einem Atomkrieg verlassen

müssen. Wir versuchen nicht, ein Urteil über die technische Debatte zu fällen. Wir nehmen sie zur Kenntnis und möchten eine Reihe von Fragen stellen, die die aktuelle Bedeutung des Begriffs „begrenzt" in dieser Diskussion auf die Probe stellen:
– Würden die Verantwortlichen über ausreichende Informationen verfügen, um wirklich zu wissen, was bei einem nuklearen Schlagabtausch vor sich geht?
– Würden sie unter solchen von Streß, Zeitdruck und bruchstückhafter Information gekennzeichneten Bedingungen in der Lage sein, die außerordentlich präzisen Entscheidungen zu fällen, die erforderlich sein würden, um den Schlagabtausch begrenzt zu halten, sofern dies technisch überhaupt möglich ist?
– Würden die Militärbefehlshaber in der Lage sein, inmitten der Zerstörung und Verwirrung, die ein nuklearer Schlagabtausch auslösen würde, eine Strategie, „differenzierender Zielauswahl" durchzuhalten? Ist dies in einem modernen Krieg, der über große Entfernung hinweg mit Flugzeugen und Raketen geführt wird, überhaupt möglich?
– Welche Sicherheiten haben wir, angesichts der uns bekannten Unfälle schon unter Friedensbedingungen, daß Computerirrtümer inmitten eines Atomkrieges vermieden werden könnten?
– Würden nicht die Menschenverluste selbst in einem von den Strategieplanern als begrenzt" definierten Krieg immer noch Millionen betragen?
– Wie „begrenzt" wären die langfristigen Auswirkungen der Strahlung, des Hungers, der Zerstörung der sozialen Bezüge und der wirtschaftlichen Zerrüttung?

Dieses Fragenbündel macht uns skeptisch, was die wirkliche Relevanz des Begriffs „begrenzt" angeht.

Angesichts dieser furchterregenden und hochgradig spekulativen Debatte über eine Angelegenheit, die Millionen von Menschenleben berührt, halten wir es für den wirksamsten Beitrag, den eine moralische Beurteilung leisten kann, wenn wir Perspektiven einbringen, die eine Bewertung der empirischen Debatte erlauben. Das Problem des begrenzten Krieges betrifft nicht nur die Größe der in Betracht gezogenen Waffen oder die geplanten Strategien. Die Debatte sollte die psychologische und politische Bedeutung einschließen, die ein Überschreiten der Grenze von der konventionellen zur atomaren Ebene in jeder Hinsicht haben würde. Diese Grenzlinie zu überschreiten, hieße, in eine Welt einzutreten, über die wir keinerlei Erfahrungen haben, etwa, ob dort noch eine Kontrolle möglich wäre. Starkes Beweismaterial spricht vielmehr gegen eine solche Möglichkeit, und es gibt keine Rechtfertigung, die Menschheit diesem Risiko auszusetzen . . .

D. Abschreckung in Theorie und Praxis

. . .

(Die) . . . negativen Dimensionen der Abschreckung schließen alle im Folgenden genannten Aspekte ein: 1) die Absicht, strategische Atomwaffen einzusetzen, die die Prinzipien der Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit verletzen würde; 2) die menschlichen Konsequenzen, falls die Abschreckung versagt; 3) der Charakter der politischen Beziehungen, unter denen die Abschreckung aufrechterhalten wird – Beziehungen eines radikalen Mißtrauens, welches Johannes XXIII. in „Pacem in Terris" als die Wurzel unserer internationalen Probleme beschrieb; 4) die Drohungen, die im Namen der Abschreckung ausgesprochen werden oder ihr innewohnen und die keine Sicherheit dafür bieten, daß irgendwelche Grenzen eingehalten werden würden, wenn die Abschreckung versagt, und 5) der Entzug lebenswichtiger und dringend benötigter Ressourcen, die vom Wettrüsten verschlungen werden. Die Gesamtheit dieser Verhältnisse liefert den Grund, warum wir das Wettrüsten, mit der Abschreckung als seinem Kernstück, einen „sündhaften Zustand" genannt haben, der geändert werden muß, wie langwierig und schwierig die Aufgabe auch sein möge. . .

1) Falls die Abschreckung nur dazu da ist, den *Einsatz* nuklearer Waffen durch Andere zu verhüten, dann muß Vorschlägen, die über dieses Ziel hinausgehen und zur Beschaffung von Kriegsführungsfähigkeiten ermutigen, Widerstand entgegengesetzt werden. Wir müssen ein permanentes „Nein" zum Konzept des Atomkriegs sagen.
2) Falls Abschreckung unser Ziel ist, dann ist eine zur Abschreckung ausreichende Bewaffnung („sufficiency") die angemessene Strategie der Forderung nach Überlegenheit muß Widerstand entgegengesetzt werden.

3) Falls Abschreckung als „ein Schritt auf dem Weg zu fortschreitender Abrüstung" dienen soll, dann muß jede vorgeschlagene Ergänzung unseres strategischen Systems und jeder Wechsel der strategischen Doktrin genauestens geprüft werden, und zwar im Licht der Frage, ob sie Schritte in Richtung auf Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen . . .

In Lichte dieser allgemeinen Prinzipien widersetzen wir uns einigen spezifischen Vorschlägen hinsichtlich unserer gegenwärtigen Abschreckungspolitik:
1) Der Beschaffung neuer Waffen, die wahrscheinlich zum Angriff einladen und deshalb die Auffassung zu bestätigen scheinen, daß die USA eine Erstschlag-Fähigkeit zur Zerstörung gehärteter (d. h.: verbunkerter, d. Red.) Ziele anstreben; die MX-Rakete könnte in diese Kategorie gehören;
2) (Wir widersetzen uns) der Bereitschaft, eine strategische Planung zu betreiben, die eine nukleare Kriegsführungs-Fähigkeit anstrebt;
3) (Wir widersetzen uns) Vorschlägen, die eine Absenkung der Atomschwelle bewirken und den Unterschied zwischen nuklearen und konventionellen Waffen verwischen.

Wir unterstützen das Konzept der „sufficiency", also der Beschränkung auf ein angemessenes Abschreckungspotential, und *wir empfehlen* deshalb im Lichte der gegenwärtigen Größe und Zusammensetzung der strategischen Arsenale sowohl der USA als auch der Sowjetunion:
1) Unterstützung für sofortige, bilateral überprüfbare Vereinbarungen über einen Stopp für die Erprobung, die Produktion und die Stationierung neuer strategischer Systeme;
2) Unterstützung für die bilaterale Aushandlung tiefgreifender Verringerungen in den Arsenalen beider Supermächte, insbesondere bei solchen Waffensystemen, die destabilisierende Eigenschaften haben;
3) Unterstützung für ein umfassendes Teststoppabkommen;
4) einen Abzug der Atomwaffen aller Seiten aus Grenzgebieten und die Stärkung der Kontrolle der politischen und militärischen Führung über taktische Atomwaffen, um deren versehentlichen und nicht autorisierten Einsatz zu verhüten.

. . .

Wir würdigen es, daß es viele entschiedene Stimmen unter uns Bischöfen und innerhalb der breiteren katholischen Gemeinschaft gibt, die generell in Frage stellen, daß die Strategie der Abschreckung eine angemessene Antwort auf das heutige Wettrüsten sein kann. Sie betonen die geschichtlich erwiesene Tatsache, daß die Abschreckung keinen Prozeß der Abrüstung in Gang gesetzt hat. Im Gegenteil, sie hat die Impulse für eine fast unbegrenzte Beschleunigung der Waffenproduktion gegeben.

Darüberhinaus äußern diese Stimmen zu Recht die Besorgnis, daß selbst die nuancierte und bedingte Billigung der Abschreckung, wenn sie in einem Brief wie diesem dargelegt wird, von manchem als Bekräftigung der Aufrüstungspolitik mißbraucht werden könnte. Stattdessen sollten wir, so rufen sie uns auf, die Gemeinschaft der Gläubigen mit einer prophetischen Herausforderung konfrontieren – einer Herausforderung, die über die Abschreckung, selbst in ihrer bedingten Form, hinausgeht und entschiedenere Schritte in Richtung auf wirkliche bilaterale Abrüstung und Friedenspolitik einschlägt. Wir sehen die geistigen Grundlagen, auf denen diese Argumentation aufgebaut ist, und die religiöse Sensibilität, die ihr starke Kraft verleiht.

Die Gefahren des Atomzeitalters und die enormen Schwierigkeiten, denen wir uns auf dem Weg zu einem angemesseneren System globaler Sicherheit, Stabilität und Gerechtigkeit gegenübersehen, verlangen Schritte, die über unsere gegenwärtigen Vorstellungen von Sicherheit und Sicherheitspolitik hinausführen . . .